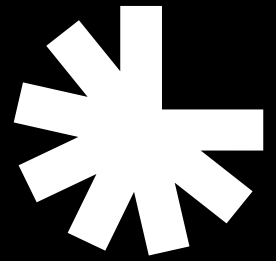


7



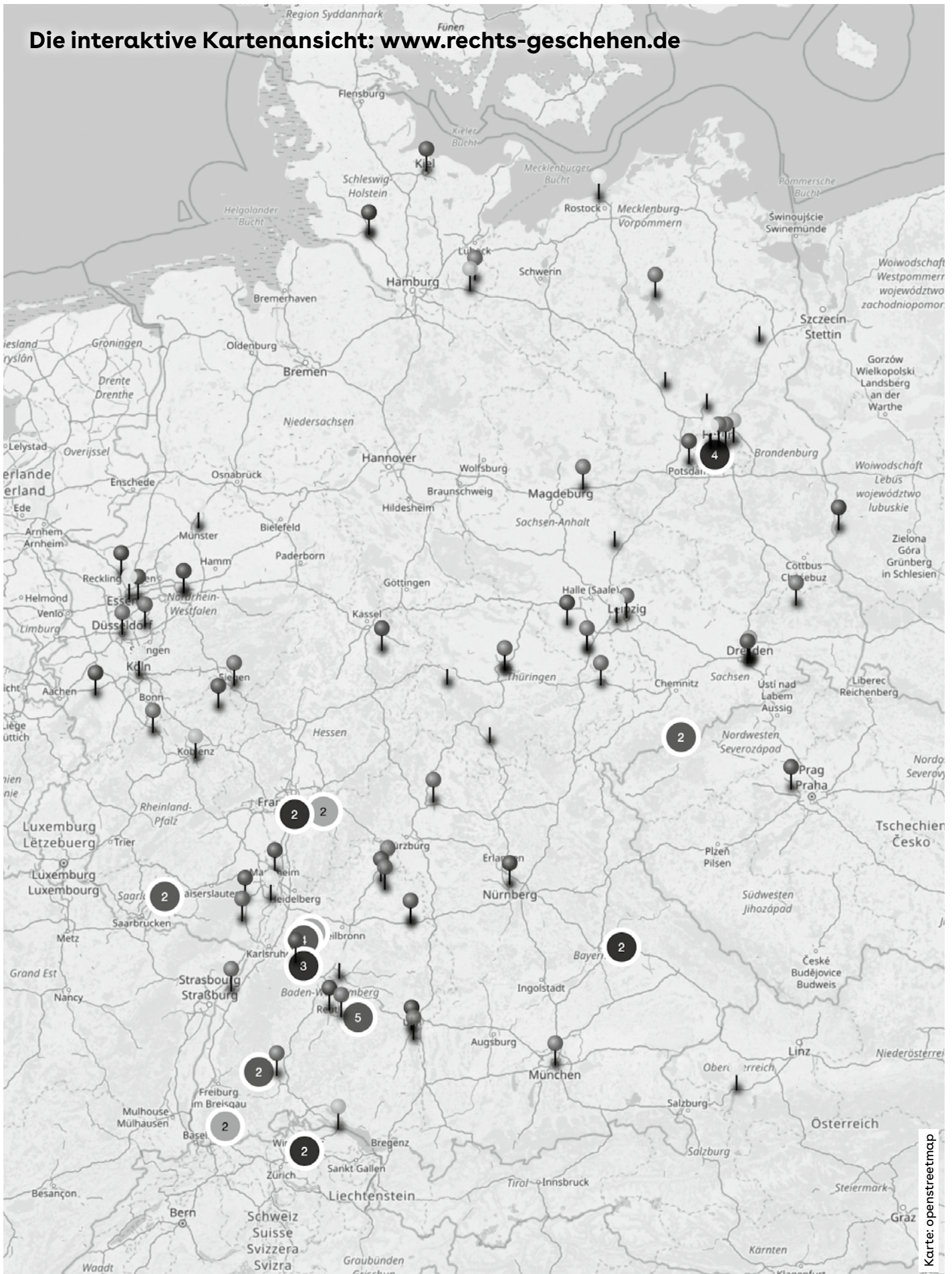
Januar bis März 2023

RECHTS.GESCHEHEN



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus

Die interaktive Kartenansicht: www.rechts-geschehen.de



Editorial

Vor Ihnen liegt nun die erste Ausgabe unseres Journals RECHTS.GESCHEHEN in neuer und erweiterter Form. Ein wesentlicher Bestandteil ist und bleibt die Chronik des GESCHEHENS im rechts-populistischen bis rechtsextremen Spektrum. Während bislang hauptsächlich über Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland – mit einem besonderen Blick auf Baden-Württemberg – berichtet wurde, dokumentieren wir nun ausgewählte Vorkommnisse aus der ganzen Welt. Rechtsextremismus ist zwar völkisch und nationalistisch ausgerichtet, kennt aber keine Ländergrenzen.

Neu sind Berichte und Analysen renommierter Expertinnen und Experten. Es wird regelmäßige Rubriken geben, in denen wir relevante Aspekte aus unserem Themenfeld differenziert aufarbeiten und einordnen. Zahl und Titel der Rubriken werden wir dabei flexibel halten, um gegebenenfalls schnell auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Wir freuen uns, dass wir Timo Büchner als Autor gewinnen konnten. In diesem Heft berichtet er unter der Rubrik »Aus dem Ländle« über aktuelle Tendenzen im Rechtsrock. Armin Pfahl-Traughber, der kürzlich bereits seinen zweiten Vortrag für die Dokumentationsstelle hielt, informiert in der Rubrik »Aus dem Ausland« über Rechtsextremismus in Schweden.

Seit Anfang des Jahres arbeitet Linda Roth im Redaktionsteam RECHTS.GESCHEHEN. Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe ist Rechtsterrorismus. Anton Maegerle und Linda Roth haben gemeinsam hierfür einen Artikel über den ehemaligen Rechtsterroristen Odfried Hepp, der einst als »Deutschlands meistgesuchter Neonazi« bezeichnet wurde, verfasst. Zudem schrieb Linda Roth in diesem Heft zwei Portraits für unsere gleichnamige neue Rubrik. So lernen wir neben Odfried Hepp auch den leitenden Kriminaltechniker Peter F. kennen, der in der »Soko Parkplatz« versuchte, den vom NSU verübten Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter aufzuklären.

Karlsruhe, im Mai 2023

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Inhaltsverzeichnis

Editorial	Seite 3
 Themenschwerpunkt Rechtsterrorismus	
Portrait: Linda Roth: Der Nachlass eines Rechtsterroristen	Seite 6
Hintergrund: Anton Maegerle / Linda Roth: Vom Rechtsterroristen zum Mahner gegen Rechtsextremismus: Odfried Hepp.....	Seite 10
Portrait: Linda Roth: Auch ein Opfer des NSU	Seite 17
 Aus dem Ländle	
Timo Büchner: Dem Kult noch treu	Seite 20
 Ausland	
Armin Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus in Schweden	Seite 23
 Rezension	
Longerich: Außer Kontrolle (Anton Maegerle / Paul Mai)	Seite 26
 Chronik	
Januar bis März 2023	Seite 27

Themenschwerpunkt: Rechtsterrorismus

Portrait

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth

Der Nachlass eines Rechtsterroristen

Es ist sieben Uhr morgens. ICE 474, Wagen drei. Odfried Hepp sitzt in diesem Zug auf dem Weg nach Berlin. Pullunder, Hemd, einen Seidenschal um den Hals. Ein Mann, Mitte sechzig, der zurückhaltend und konservativ wirkt. Keiner in diesem Zug wird eine Geschichte wie er im Gepäck haben.

Hepp war mal »Deutschlands meistgesuchter Neonazi«. In den nächsten Stunden wird er von seinem Leben im Untergrund erzählen, von der Hepp-Kexel-Gruppe, der PLO und der PLF, der Stasi, von Toten wie Manfred Roeder und Sterbenden wie Karl-Heinz Hoffmann. Die junge Frau einen Sitz weiter und auch das Ehepaar gegenüber werden interessiert zuhören, ab und zu herüberschauen, die Augenbrauen heben, aber kein Wort sagen.

»Wehe dem, der ein Halber ist, und Wehe dem Volk, das seinen Auftrag nicht erkennt.«

Sechs Stunden Zugfahrt nach Berlin, einen Tag Aufenthalt und sechs Stunden wieder zurück nach Karlsruhe. Am Ende der kurzen Reise ist der Schreibblock voll. Ein Berg an Informationen, der Gipfel in den Wolken. Und die Frage, was macht man daraus? Hepp hat jedes Detail aus seinem Leben als Rechtsterrorist erzählt, er hat darüber gesprochen, wie er zum Neonazi wurde, wie zum »Nationalrevolutionär«, zum Terroristen. Bereits 2004 hat Yury Winterberg diesen Teil seines Lebens in dem Buch »Der Rebell« auf 370 Seiten ausführlich dokumentiert. Es vereint alles: es ist Krimi, ein Drama, eine Tragödie und ein Roman. Parallel zum Buch erschien auch noch ein Film mit dem gleichen Titel, auf Youtube ist dieser noch heute abrufbar. Hepp selbst ist darüber, wie er im Film dargestellt wird, nicht besonders glücklich, wie er erzählt. Vom Buch spricht er hingegen von einer »sorgfältigen und psychologisch professionellen Biografie«.

»Es ist ein altes Wort, das da sagt, daß es schöner ist, einen Tag als Löwe, denn ein ganzes Leben als Hund zu leben!«

Hepps Besuch in Berlin gilt einem alten Freund, wobei »Freund« nicht das richtige Wort ist, denn Eberhard Böttcher ist für ihn eine »Vaterfigur«. Eine zentrale Person in seinem Leben, dem er noch heute dankbar ist, denn: »Bei meiner politischen Umorientierung hat er eine entscheidende Rolle gespielt«, sagt Hepp. Böttcher war es, der ihm nach seiner Flucht in die DDR antifaschistische Literatur zu lesen gab, beide führten sie lange Gespräche miteinander, die Erinnerungen daran, gaben ihm auch später während seiner langen Haftstrafe inneren Halt, wie Hepp sagt. Böttcher war Oberstleutnant des Ministeriums für Staatssicherheit. Er und seine Abteilung waren zuständig für die Beobachtung westdeutscher Neonazis.

Vom Hotel in Lichtenberg bis nach Berlin-Marzahn, wo Böttcher mit seiner Frau noch heute wohnt, sind es zwanzig Minuten mit dem Auto. Auf dem Weg dorthin steht der sozialistische Stolz Spalier: Platte an Platte an Platte. Hepp kommt während der Fahrt mit der Taxifahrerin ins Plaudern, interessiert sich für Kilometerpreise, für Uber, dafür, ob das Navi nachträglich eingebaut wurde. »Standardausstattung«, antwortet die Taxifahrerin. Hepp nickt anerkennend. Er selbst sei auch Taxi gefahren, erzählt er. Dass das Arbeitsklima schlecht war und er den Job aufgeben musste, weil er kurz vor einem Burnout stand, das zu erzählen, wäre zu persönlich geworden.

Früher fuhr Hepp mit der U-Bahn ab Haltestelle Friedrichstraße aus Westberlin zum Ministerium für Staatssicherheit nach Ostberlin. Mit leeren Händen kam er dort nie an. Erst brachte er Böttcher Informationen mit und später einen Haufen Probleme, als er als flüchtiger Rechtsterrorist aus dem Westen in der DDR aufschlug und Böttcher für ihn Unterschlupf und später eine neue Identität, Geld und die Weiterreise organisieren musste. Als »Operativer Kontakt« wird Hepp in den Stasi-Akten des MfS geführt.

»Der im Kriege handelnde Soldat bedarf weniger einer im bürgerlichen Leben geschätzten 'Intelligenz' als vielmehr gerade des in den Epochen bürgerlicher Geruhsamkeit häufig genug verachteten Charakters.«

Dass Böttcher mit seiner Frau in der Platte wohnt, ist dermaßen Klischee, dass man es kaum fassen kann. Hinter einem Fenster im Erdgeschoss stehen Kunstblumen in Vasen und die Vasen auf

gehäkelten Deckchen. Ruhig ist es, wie auf einem Dorf und der Aufgang ist picobello. Das Gefühl, irgendwas zwischen heimelig und befremdlich. Die Böttchers wohnen hier schon über vierzig Jahre oder wie Frau Böttcher es sagt: »Wir bleiben hier, bis sie uns raustragen.« Die Mieten seien zwar hier auch ganz schön hochgegangen, auch sie müssten inzwischen für ihre Zwei-Zimmerwohnung einen mittleren dreistelligen Betrag bezahlen, erzählen die Böttchers. Man könnte meinen, einer, der bei der Stasi Führungsverantwortung hatte, machte nach der Wende im neuen Staat weiter Karriere, aber dem war bei Böttcher nicht so. »Ich war etwas und dann gar nichts mehr«, sagt er und klatscht in die Hände, an dieser Stelle hätte er auch mit den Schultern zucken können, denn unglücklich wirkt Böttcher nicht. Bis zu seinem Renteneintritt arbeitete der ehemalige Stasi-Mitarbeiter als Kaufhausdetektiv. »Erfolgreich«, wie er betont.

Bei den Böttchers zu Hause steht im Wohnzimmer auf dem Regal das Buch »Der Rebell«. Es ist nicht irgendwie verstaubt zwischen anderen, es ist vielmehr ausgestellt. Mit Hepps Informationen von Neonazis aus dem Westen ist Böttcher damals die Karriereleiter hochgestiegen. »Ich wurde Oberstleutnant durch ihn«, sagt er.

Dass Hepp für das MfS als »operativer Kontakt« arbeitete, darüber schwieg dieser bis zur Wende. »Er hielt dicht und damit sein Versprechen«, sagt Böttcher voller Stolz und schaut zu Hepp, dieser nickt. Dass sich beide gegenseitig viel zu verdanken haben, in keinem anderen Moment wird es deutlicher, als in diesem. Während seiner Haftstrafe in Mannheim schickte Böttcher Hepp eine Karte. Eine mit Diddl-Mäusen, auf der steht »Du bist was Besonderes«. Hepp hat diese noch immer, sie liegt in einer Klarsichtfolie in einem Ordner, in dem auch einige Kopien seiner Stasi-Akte, insgesamt umfasst diese 15 Aktenordner, abgeheftet sind. Böttcher schreibt in dieser Karte im März 1992 an Hepp: »Ich freue mich sehr, daß deine Gesundheit und Moral stabil sind«. Nach der Wende wurde Böttcher, wie Hepp erzählt, vom BKA vernommen. Die Beamten meinten damals zu ihm: »Der Hepp wird mit Sicherheit wieder straffällig, darauf können Sie wetten.« Böttchers Antwort: »Die Wette gilt.«

»Der Krieg bildet und formt ihn so stark, daß er in seiner ganzen Haltung, in seinem Denken, in seinen Sehnsüchten kompromisslos wird.«

Zum Abschied umarmen sich Böttcher und Hepp. Der ehemalige Stasi-Mitarbeiter und der ehemalige Terrorist, ein Abschied der kein »bis bald« und wahrscheinlich auch kein »auf Wiedersehen« ist. »Dass ich ihn überhaupt nochmal sehen konnte«, sagt Hepp. Statt Wehmut bleibt Freude. Auf dem Weg von Marzahn zurück ins Hotel sagt Hepp, ihm sei aufgefallen, dass das Buch über ihn ganz präsent bei den Böttchers im Wohnzimmer ausgestellt ist. Das Buch und auch der Film über ihn haben damals nicht nur Vorteile mit sich gebracht. »Beruflich sogar nur Nachteile«, sagt Hepp, der zu dieser Zeit über eine Personalvermittlungsagentur für ein großes deutsches Unternehmen



Odfried Hepp im Generallandesarchiv Karlsruhe, Mai 2023 (Foto: Linda Roth)

arbeitete. Plötzlich war er nicht mehr ein Arbeitnehmer unter vielen, sondern der ehemalige Neonazi, der Terrorist, der Anschläge verübte, Menschenleben gefährdete, einer, der im Gefängnis war. Sein Vater hatte Hepp von dem Buch- und Filmprojekt abgeraten. »Trotzdem bin ich damals wie heute der Überzeugung, dass es wichtig ist, sich der Verantwortung zu stellen, und wenn es nur ein einziger Mensch ist, der aus meinen Erfahrungen eine positive Lehre ziehen kann, die ihn von einem falschen Weg abbringt«, begründete er seine Entscheidung, mit seiner Geschichte in die Öffentlichkeit zu gehen. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis musste Hepp sich selbst um den Aufbau eines neuen Lebens kümmern. Damals, im Gegensatz zu heute, gab es noch keine Aussteigerprogramme, niemanden, der ihm die Hand reichte, damit er in Begleitung beruflich wieder Fuß fassen konnte. Und irgendwie, holte ihn alles immer wieder ein. Ihn und seine Familie. Hepp der Rechtsterrorist – bis an sein Lebensende werden sich die meisten für diese Geschichte aus seinem Leben interessieren. Es gibt auch Anekdoten, von denen Hepp gerne erzählen würde, die das Leben aber nie geschrieben hat. Zum Beispiel mehr gemeinsame über seinen »Herzensbruder« Walther Kexel. Doch Kexel ist schon lange tot. Im März 1985 war Hepp in Tunis. Wie jeden Tag ging er an den Kiosk, an dem es drei deutschsprachige Periodika gab: den Spiegel, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Süddeutsche Zeitung. Welche er sich an diesem Tag kaufte, weiß er heute nicht mehr. Er schlug sie auf und dort stand, dass sein Freund sich in seiner Zelle erhängt hat. Bis zu dieser Geschichte über Kexels Tod hat Hepp schon viel erzählt, viele Worte, wenig Emotionen. Doch in diesem Moment sieht man ihm die Traurigkeit über diesen Verlust an. Hepp beschreibt, wie er sich den Freund vorstellt, wie der immer unruhige, fast schon hyperaktive Kexel in seiner Zelle auf und ab läuft, wie ein Tiger im Käfig. Auf und ab. Auf und ab. Ein letztes Mal auf. Hepp hielt Kexels Tod eine Zeitlang für das Werk von Geheimdiensten, weil dessen Abschiedsbrief ohne Datum und Unterschrift war und vor allem sagt Hepp: »weil Kexel umfangreiches Wissen über die Verbindungen des BND zur rechtsradikalen Szene hatte«. Heute ist er anderer Meinung und sagt: »Wir sind hier schließlich keine Bananenrepublik«. Lange wollte er sich einfach nicht eingestehen, dass sein bester Freund sich für einen Freitod entschieden hat.

»Die im Kriege geborene Kameradschaft führt zu politischen Freundschaften, die gerade im Frieden das geistige Gesetz des ewigen Krieges zur Entfaltung bringen trachten.«



Odfried Hepp und Eberhard Böttcher, April 2023 in Berlin (Foto: Linda Roth)

Hepp hat die Erinnerungen aus seinem halben Leben, aus seiner Zeit im Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) und der Wiking-Jugend bis in die Jahre, als er ein weltweit zur Fahndung ausgeschriebener Terrorist war, im Herbst 2021 dem Generallandesarchiv in Karlsruhe übergeben – Nachlass nennt sich das im Archiv-Jargon. Ein Begriff, der einem eher begegnet, wenn es um die Hinterlassenschaften eines Verstorbenen geht. Doch auch auf Hepp passt er – schon vor sehr langer Zeit hat er seine einstmalige rechtsradikale Gesinnung begraben. »Die Unterlagen sollen einen wichtigen Beitrag leisten zur Erforschung des Rechtsextremismus und zur Erarbeitung von Strategien bei der Extremismusprävention im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen«, sagt er. An Hepps umfangreichem Material lässt sich sein Hineinwachsen in den Rechtsextremismus, angefangen in den Kinderschuhen, nachzeichnen. Das Blättern durch die Akten ist wie das Nachlaufen eines Lebenswegs, auf dem rechtes Gedankengut und völkische Überzeugung ständiger Begleiter waren. 2009 hielt Hepp bei der Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld zum Thema »Freiheitskampf oder Terrorismus« einen Vortrag, dieser kommt einer »Demaskierung« der rechtsradikalen Szene gleich. Hepp sagte dort zum Beispiel: »Die Neo-Nazis glauben, sie wären noch die einzigen echten Patrioten in Deutschland. Die Wahrheit ist genau umgekehrt: sie sind die einzigen, die mit Sicherheit keine Patrioten sind, sondern eine Schande für das wahre, das humanistische Deutschland«. Oder an anderer Stelle: »Das tödlichste Gift der Weltgeschichte sind vaterländische Parolen. Kein Gift der Welt hat mehr Opfer gefordert als dieses«. Nicht jeder der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war mit Hepp einer Meinung, deshalb führte er im Anschluss harte Diskussionen, wie er sagt.

In Hepps Nachlass ist ein kleines abgegriffenes Buch, »Der Vater aller Dinge – Ein Buch des Krieges« von Kurt Eggers. Hepps Vater schenkte es ihm einmal als Jugendlichen. »Meine damalige Bibel«, sagt Hepp über die Bedeutung dieses Buches auf seinem Weg der Radikalisierung. Auf dieses Buch ging Hepp auch in seinem Vortrag bei der Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld ein und fragte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: »Sehr verehrte Damen und Herren, ein junger Mensch, der an eine gerechte Sache glaubt und dessen Denken auf diese perverse Art und Weise programmiert wurde und der diese Inhalte ernst nimmt, was soll der anderes als Bombenleger oder Selbstmordattentäter werden?« Die in diesem Text kursiv gesetzten Zitate stammen aus »Der Vater aller Dinge – Ein Buch des Krieges«.

Circa zwei Meter Archivregal umfasst Hepps Schenkung. Die Fotos, Briefe, Schriftstücke und Bücher dokumentieren nicht nur sein halbes Leben, sondern das einer ganzen Generation. Einer, deren Eltern noch das, was durch die Adern fließt und das, woraus Leben wächst, in zwei Schlagworten als Identität in sich trugen. Diese in einer gewissen Zurückhaltung im Alltag mit ihren Kindern, bei Festen und Ferienlagern weiterlebten, was man auch ihnen mal als das »Richtige« beigebracht hatte.

»Die Kameradschaft der Krieger führt auch zu Freundschaften der Söhne. Darum ist die Heldenverehrung politisch von unermesslichem Wert.«

Das Leben in den Wertvorstellungen der Eltern aus der Zeit des Nationalsozialismus führte in den 1960ern zu politischen Gräben zwischen den Eltern und Kindern und unter Geschwistern. Es gab die, die folgten, und die, die rebellierten, auch in Hepps Familie. Doch egal, wer welche Haltung hatte, alle Geschwister hielten immer zu ihrem Bruder. Hepp hat nie eine eigene Familie gegründet, die Liebe seines Lebens hat nicht ihn geheiratet. Jahre im Untergrund, auf der Flucht, zwischen den Welten, den Identitäten, in Haft, das Leben hinterließ Spuren. Als Hepp 1993 aus dem Gefängnis entlassen wurde, galt er in der Neonazi-Szene als »Verräter« und bei den Diensten als »abgeschöpft«. Die Zeit als Rechtsterrorist hat Hepp Lebenszeit gekostet, die härteste Währung, in der man bezahlen kann. Heute ist er ein sehr spiritueller Mensch. Auf dem Weg dorthin hat er mit seiner Vergangenheit Frieden geschlossen.

Hintergrund

Vom Rechtsterroristen zum Mahner gegen Rechtsextremismus: Odfried Hepp

Von unseren Redaktionsmitgliedern Anton Maegerle und Linda Roth

Seit dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 ist politisch denkenden Menschen bewusst, dass Rechtsextremismus auch in Rechtsterrorismus münden und eskalieren kann. Die Geschichte des Rechtsterrorismus beginnt jedoch nicht erst mit den NSU-Rechtsterroristen Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Einer der ersten Rechtsterroristen war Odfried Hepp, zeitweilig nicht nur einer der meistgesuchten Terroristen der Welt, sondern bis zu seiner Festnahme 1985 »Deutschlands meistgesuchter Neonazi«.

Ein Team der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Generallandesarchiv Karlsruhe begleitete Hepp bei einer Fahrt nach Berlin Ende April. Hepp und das Team trafen sich zu einem Hintergrund-

50 000 DM
Belohnung

*Mit Haftbefehl
gesuchter Terrorist*

HEPP, Odfried
25 Jahre,
179 cm groß, schlank
blaue Augen,
kleine, anliegende Ohren

HEPP ist dringend verdächtig, zusammen mit weiteren rechtsterroristischen Gewalttätern Sprengstoffanschläge auf Angehörige der US-Streitkräfte im Rhein-Main-Gebiet sowie mehrere Banküberfälle verübt zu haben. Für Hinweise, die zur Festnahme des Gesuchten führen, ist eine Belohnung von

50 000 DM ausgesetzt.

Jedem Hinweisgeber steht es frei, bei der Übermittlung von Hinweisen und beim Erhalt der Belohnung sich einer Person seines Vertrauens zu bedienen und damit den Behörden gegenüber völlig anonym zu bleiben. Die Belohnung wird unter Ausschluß des Rechtsweges zuerkannt. Sie ist nicht für Personen bestimmt, zu deren Berufspflichten die Verfolgung strafbarer Handlungen gehört.

Hinweise bitte an das Hessische Landeskriminalamt,
Sonderkommission "Rhein-Main", Tel.: 0 61 21/8 31
oder jede andere Polizeidienststelle.

Vorsicht Schußwaffen!

Herausgeber LKA Wiesbaden · Druck: Bundesdruckerei · August 1983

gespräch mit Eberhard Böttcher. Der einstige Oberstleutnant des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) war Leiter der Abteilung 22, Unterabteilung 1, die zuständig für die Beobachtung westdeutscher Neonazis war. Böttcher, heute ein väterlicher Freund von Hepp, hatte diesem vor fast vier Jahrzehnten den Weg zum Ausstieg aus dem Rechtsextremismus bereitet.

Anfang der 1980er Jahre gehörten die Mitglieder der rechtsterroristischen Vereinigung Hepp-Kexel-Gruppe (HKG), Walther Kexel, Dieter Sporleder, Odfried Hepp, Hans-Peter Fraas, Ulrich Tillmann und Helge Blasche zu den meistgesuchten Personen in der Bundesrepublik. Die Gruppe flog am 18. Februar 1983 auf. Zentrales Ideologem im Weltbild dieser Akteure war ein militanter Antiamerikanismus, der in einer bewaffneten Strategie gegen die US-Armee auf deutschem Boden gipfelte. Antisemitismus soll in der Gruppe keine Rolle gespielt haben, so Eigenangaben von Hepp. Die in der Bundesrepublik stationierten US-Soldaten wurden von der Gruppe, die bis zum Zeitpunkt der Festnahme ihrer Mitglieder keinen Namen hatte, als »Besatzermacht« wahrgenommen und als klares Feindbild markiert. Von Oktober bis Dezember 1982 verübte die Gruppe im Rhein-Main-Gebiet mindestens elf Sprengstoffanschläge auf US-amerikanische Objekte: einen Anschlag auf eine US-Wohnsiedlung und Anschläge auf Privatautos von US-Militärangehörigen. Bei einem Anschlag in Butzbach wurde ein GI lebensgefährlich verletzt. Am Morgen des 14. Dezember 1982 setzte sich der US-Soldat Ricky Lee-Seuis an das Steuer seines Wagens. Der Sprengsatz detonierte. Der 1962 geborene Afroamerikaner Seuis wurde schwer verletzt, der Wagen brannte völlig aus. Bundesweite Schlagzeilen lieferte der Sprengstoffanschlag auf das Gelände der John-Foster-Dulles-Housing-Area in Gießen am 31. Oktober 1982. Der Sachschaden belief sich auf mindestens 500.000 Deutsche Mark. Nach dem Vorbild der Roten Armee Fraktion (RAF) und der Revolutionären Zellen (RZ) baute die HKG eine bewaffnete geheime Struktur auf. Zusätzlich zur bewaffneten Strategie plante ein Teil der Gruppe, einen politischen Arm nach dem Vorbild der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)¹ ins Leben zu rufen.

Die Finanzierung ihres Lebens im Untergrund und ihres als antiimperialistischen Befreiungskampf definierten Terrors erfolgte überwiegend durch sieben von April bis Dezember 1982 begangene Banküberfälle, bei denen die Rechtsterroristen insgesamt 630.000 DM erbeuteten. Bei keinem dieser Überfälle kam es zu einem Schusswechsel. Die Banküberfälle mussten in einem von Hepp festgesetzten Zeitfenster von zwei Minuten durchgeführt werden, um noch vor der eintreffenden Polizei vom Tatort verschwunden zu sein.

Hepp: mit 12 Jahren beim Bund Heimattreuer Jugend

Politisch sozialisiert wurde der aus dem baden-württembergischen Achern stammende Hepp (Jg. 1958) beim Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) und der NS-treuen Wiking-Jugend (WJ). Zur Jahreswende von 1970 auf 1971 weilte der erst 12-jährige Hepp im BHJ-Winterlager in der Jugendherberge Oberbernhart in Hessen. In den Folgejahren nahm er an Gedenkfeiern zu Ehren des einstigen Freikorpsterroristen Albert Leo Schlageter, an Wolfsangelmärschen und der Ijzerbedevaart im belgischen Diksmuide teil. Die Ijzerbedevaart ist ein traditionelles flämisches Nationalistentreffen, am Rande dessen sich über viele Jahre hinweg europaweit auch Neonazis versammelten. 1976 war Hepp Vortragender bei einer Saalveranstaltung des Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes (DKEG) in Lüneburg. Diese 1950 von dem vormaligen Mitarbeiter der Obersten SA-Führung Herbert Böhme gegründete NS-apologetische Vereinigung galt in rechtsextremen Kreisen als elitäre nationalistisch-völkische Kulturgemeinschaft. In Hepps Elternhaus wurde der Deutschgläubigen Gemeinschaft, seit 1967 unter Führung des »Reichsamtmanns« Odfried Jungklaaf, gehuldigt. Die Deutschgläubige Gemeinschaft, der »freie Zusammenschluß Gleichgesinnter in ihrer Volksreligionsgemeinschaft«, umfasste »alle geschichtlich-deutschen Stämme ungeachtet staatlicher Grenzziehungen und pflegt(e) darüber hinaus die religiösen Gemeinsamkeiten mit gleichgearteten Gruppen im gesamten germanischen Sprachraum und in Frankreich.« Odfried Hepp wurde von seinen Eltern nach Odfried Jungklaaf benannt. Politisches Vorbild von Hepp war in den Jahren von 1975 bis 1980 der militante Antisemit, Holocaust-Leugner und Rechtsextremist Manfred Roeder. Am 22. August 1980 verübten Mitglieder der von Roeder gegründeten neonazistischen Deutschen Aktionsgruppen den ersten tödlichen Brandanschlag auf Ausländer in der Bundesrepublik. Bei dem Anschlag auf eine von Vietnamesen bewohnte Flüchtlingsunterkunft in Hamburg wurden Do Anh Lan und Nguyen Ngoc Chau getötet. Roeder war auch dem NSU bekannt. So nahmen 1996 die Rechtsterroristen Böhnhardt und Mundlos als Zuschauer an einer Verhandlung gegen Roeder in Erfurt teil. Roeder musste sich wegen eines Farbanschlags auf die Wehrmachtsausstellung vor Gericht verantworten.

Wichtig für die Radikalisierung von Hepp, Gründer der Wehrsportgruppe Schlageter, war das kriegsverherrlichende Buch »Vater aller Dinge – ein Buch des Krieges« (Zentralverlag der NSDAP, Berlin 1943). In dem Buch ist zu lesen: »Es bedarf keiner ‚Rechtfertigung‘ des Krieges. Es geht vielmehr

¹ Die Kontakte und die aktive Mitarbeit von Hepp für / bei palästinensischen Terrororganisationen sind hier kein Thema. >>>

darum, daß eine rechte Stellung, ein gerechter Standpunkt zum Kriege gefunden wird.« Autor des Machwerkes war der NS-Dichter und SS-Funktionär Kurt Eggers (1905–1943). Eggers war schon in frühester Jugend in der völkischen Bewegung aktiv, mit nicht einmal 15 Jahren war er 1920 am Kapp-Putsch beteiligt und bejubelte 1922 im Alter von nicht ganz 17 Jahren die Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau durch Rechtsterroristen.

Von September 1979 bis Februar 1980 saß Hepp erstmals in Untersuchungshaft. Nach seiner Entlassung wohnte er mit dem späteren Rechtsterroristen Frank Schubert beim bundesweit hinlänglich Szene-bekanntem Neonazi-Ehepaar Ursula und Curt Müller in Mainz-Gonsenheim. Am 27. Juli 1980 setzte sich Hepp zusammen mit Peter Hamberger, Steffen Dupper und Kay Uwe Bergmann in den Libanon ab, um sich dort mit der Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG Hoffmann) zu vereinigen. Zur Finanzierung des Vorhabens hatte Hepp gemeinsam mit Schubert am 3. Juli 1980 einen Banküberfall auf die Volksbank in Bad Homburg durchgeführt. Einen Teil der Beute erhielt damals das Ehepaar Müller, wie Hepp dem Team der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus erzählte.

Im Libanon untergebracht waren die Neonazis in einem palästinensischen Ausbildungslager. Nach dem Verbot der WSG Hoffmann im Januar 1980 hatte sich Hoffmann bis Mitte des Jahres 1981 zusammen mit rund 20 Personen, unter denen sich zum Teil auch Anhänger dieser in Deutschland verbotenen Wehrsportgruppe befanden, im Libanon aufgehalten. Dort hatte er die sogenannte Wehrsportgruppe Ausland, der Hepp angehörte, gegründet. Hoffmanns damaliges Ziel war es laut Behördenangaben, eine Terroristengruppe zu bilden, um vom Ausland aus Aktionen gegen die Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Vorgesehen waren demnach Anschläge gegen Richter, Staatsanwälte, eine Raffinerie und Einrichtungen der US-Streitkräfte. Dem widerspricht Hepp, der bei der WSG Ausland unter dem arabischen Decknamen »Jussuf« geführt wurde. Fakt sei jedoch, sagt Hepp, »dass die WSG Ausland ausrangierte Bundeswehr-Fahrzeuge für die Palästinenser beschaffte und mit dem Druck von Falschgeld beschäftigt war.« Durch seine Kontakte zu militanten linken Palästinensern geriet dessen neonazistisches Weltbild zunehmend ins Wanken. Gegenüber den Autoren führte er aus: »Armseligkeit und Bedeutungslosigkeit der bundesdeutschen Rechtsszene wurden mir immer mehr bewusst.« Ideologisch bewegte sich Hepp von nun an weg vom Neonazi und hin zum Nationalrevolutionär. Heute ist der einstige rechtsextreme Palästinenser-Unterstützer ein bekennender Israel-Freund und Antisemitismus-Gegner, der den Holocaust als singuläres Menschheitsverbrechen wertet. Am 15. Juni 1981 setzten sich Hepp, Hamberger und Fraas von der WSG Ausland ab, meldeten sich in der bundesdeutschen Botschaft in Beirut und machten gegenüber den eingeflogenen Beamten des Bundeskriminalamtes umfangreiche Aussagen über Hoffmanns Libanon-Aktivitäten. Bei der Rückkehr wurde Hepp auf dem Frankfurter Flughafen wegen eines noch anhängigen Karlsruher Strafverfahrens verhaftet. Am 26. Oktober 1981 wurde er durch das Landgericht Karlsruhe wegen Verbreitung und Vorrätighalten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Aufstachelung zum Rassenhass u.a. zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten unter Anrechnung der insgesamt rund neun Monate Untersuchungshaft 1979/80 und 1981 verurteilt. Hepp wurde im Dezember 1981 nach Verbüßung von zwei Dritteln der Gesamtstrafe wie bei Ersttätern üblich aus der Justizvollzugsanstalt Frankenthal entlassen. Während seiner Inhaftierung sollte Hepp von der neonazistischen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) betreut werden. Dies wurde jedoch von der Anstaltsleitung unterbunden. Die 2011 bundesweit verbotene HNG bestärkte unter dem Motto »Dinnen wie draußen eine Front« unter dem Deckmantel einer vermeintlich karitativen Betreuung von Strafgefangenen inhaftierte Rechtsextremisten in ihrer nationalistischen Überzeugung und motivierte sie, in ihrem »Kampf gegen das System« fortzufahren. Der erste Anlaufpunkt für Hepp nach seiner Haftentlassung war erneut das Anwesen der Müllers in Mainz-Gonsenheim, wo sich Odfried Hepp und Walther Kexel kennenlernten.

Hepp/Kexel: Abschied vom Hitlerismus

Mit Datum vom 30. Juni 1982 veröffentlichten Hepp/Kexel das Positionspapier »Abschied vom Hitlerismus«: eine radikale ideologische Umorientierung, die besonders stark durch einen Rekurs auf Repräsentanten des »linken« Flügels der NSDAP wie die Gebrüder Strasser, aber auch nationalrevolutionäre Theoretiker wie Ernst Niekisch geprägt war. Verfasser der Schrift war Kexel, Hepp korrigierte den Text. In ihrem Manifest, damals auch abgedruckt in der linksalternativen taz, betonten die zu Nationalrevolutionären mutierten Ex-Neonazis: »Der Hitlerismus von 1933-1945 hat das deutsche Volk konsequent in das Verderben von 1945 geführt, in dem wir heute noch stecken.« Der imaginierte gemeinsame Feind, die USA als Besatzungsmacht in der Bundesrepublik mitsamt dem US-amerikanisch dominierten Kapitalismus westlicher Prägung, sollte durch ein in alle politischen Richtungen offenes und anschlussfähiges Konzept eines »nationalrevolutionären antiimperialistischen Befreiungskampfes« aus der Bundesrepublik herausgebombt werden. Die in der DDR lebenden

Deutschen wurden als eine Art gesunder Rest des deutschen Volkes betrachtet. Hepp und Kexel riefen zu einem »undogmatischen Befreiungskampf« gegen den »Amerikanismus« auf, in dem die »aktivistische Jugend« aus »linken und rechten Kreisen« ihre weltanschaulichen Gräben überwinden und zusammenwirken sollte, um ein neutrales Deutschland aufzubauen, das weder ein »amerikanischer Bundesstaat« noch eine »Sowjet-Republik« sein sollte. Das Ziel von Hepp/Kexel, durch die Übernahme vermeintlich antiimperialistischer Positionen im Rahmen einer Querfrontstrategie einen Schulterchluss mit der bundesdeutschen Friedensbewegung sowie mit der RAF und den RZ zu forcieren, blieb Wunschdenken.

Hepp: von 1982 bis 1985 inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit

Die Kontaktaufnahme und -pflege des MfS zu militanten Rechtsextremisten diente dem Ziel, Anschläge und Störaktionen gegen das Staatsgebiet der DDR zu verhindern, dem Aufbau militanter rechter Strukturen in der DDR entgegenzuwirken und die Bundesrepublik Deutschland propagandistisch als vermeintlichen neofaschistischen Staat zu diskreditieren.

Im Februar 1982 meldete sich Hepp in der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in der Normannenstraße in Ostberlin. Zu diesem Zeitpunkt betrachtete Hepp »die DDR nicht mehr als Feind, sondern sogar als das bessere Nachkriegsdeutschland.« »Wir definierten uns nicht mehr als Neonazis und Antikommunisten, sondern als anti-imperialistische Nationalrevolutionäre, für die einzig und allein die Sowjetunion und mit ihr die DDR als Bündnispartner in Frage kamen im Kampf gegen die amerikanische Hegemonialpolitik in Europa«, sagt er über ihre damalige politische Einstellung.²

Von nun an wurde der »Selbstanbieter« (MfS-Jargon) von Eberhard Böttcher (Jg. 1937), Major, dem diensthabenden Offizier, betreut. Böttcher war seit 1981 (zunächst kommissarisch bis 1983) Leiter der für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zuständigen Abteilung XXII/1 des MfS. Unter dem vorläufigen Tarnnamen »Adler II« und anschließend als operativer Kontakt (kein Inoffizieller Mitarbeiter »IM«) »Friedrich« avancierte Hepp ab 1982 innerhalb kurzer Zeit zum wichtigsten Informanten über die Neonaziszene der Bundesrepublik (im MfS-Jargon wurde die Bundesrepublik Deutschland als »Operationsgebiet« bezeichnet). Hepps Insiderwissen brachten Böttcher und seinen Mitarbeitern Orden und Beförderung ein. Böttchers circa 25 Personen umfassende Abteilung erhielt das »Banner der Arbeit«, Stufe 3. Er selbst wurde zum Oberstleutnant ernannt. Böttcher war vor seiner Abordnung Mitarbeiter des MfS im damaligen Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). Erinnerungswürdig war ihm im Gespräch mit den Autoren ein Vorfall aus dem Jahr 1980. In der Nacht zum 10. März 1980 verübte der Rechtsextremist Josef Kneifel in Karl-Marx-Stadt einen Sprengstoffanschlag auf das Denkmal eines sowjetischen T-34-Panzers. Im Rahmen eines Austauschs von Agenten und Dissidenten durfte Kneifel 1987 mit seiner Frau in die Bundesrepublik einreisen und erhielt eine Entschädigung als politischer Gefangener. 2002 veröffentlichte die Neonazi-Homepage »www.die-kommenden.de« ein Interview mit Kneifel, das dieser zuvor den »Nachrichten« der HNG gegeben hatte. Kneifel, HNG-Gefangenenbetreuer, schilderte u.a. seine Verhaftung am Grab von Führer-Stellvertreter Rudolf Heß, den er an dessen Todestag am 17. August 1992 mit Blumen ehren wollte.

Hepp führte seit seinem Erstkontakt mit dem MfS ein Doppelleben als Rechtsextremist und Stasi-Informant. Als die Hepp-Kexel-Gruppe im Februar 1983 verhaftet wurde, war Hepp der Einzige, der entkam. Er setzte sich in die DDR ab. Ausgestattet mit einer falschen Identität ging Hepp nach Syrien, Tunesien und Südfrankreich und knüpfte Kontakte zu palästinensischen Terrorgruppen. Finanziell unterstützt wurde er weiterhin durch das MfS und die Palestinian Liberation Front (PLF). Gelegentliche Treffen mit dem MfS fanden weiterhin statt. Einem internen MfS-Papier mit Datum vom 3. April 1985 ist zu entnehmen, dass ein operativer Kontakt mit Hepp vom 23. bis 27. April 1985 im Hotel Royal in Budapest geplant war. »Zur finanziellen Absicherung der Dienstreise und der Erfüllung politisch-operativer Aufgaben« waren 20.000 Forint und 5.000 DM vorgesehen. Doch zu dem Treffen sollte es nicht mehr kommen.

Am 8. April 1985 wollte sich Hepp in Paris im Hotel Hilton mit Mohammed Ghadban (= Farid Mekkaoui) von der PLF treffen, der ihm einen falschen britischen Pass in Aussicht gestellt hatte. Der falsche BRD-Reisepass vom MfS lief im Juni aus. Anstelle des Palästinensers, der sich bei seiner Verhaftung am Pariser Flughafen verplapperte und von einem geplanten Treffen mit einem Journalisten im Hilton erzählte, kam der französische Abwehrrdienst DST und nahm den völlig überraschten Hepp in Gewahrsam. Vier PLF-Terroristen entführten am 7. Oktober 1985 das Kreuzfahrtschiff Achille Lauro, das sich auf der Fahrt von Alexandria nach Port Said im Nordosten Ägyptens befand. Sie wollten Gleichgesinnte in Israel und den in Frankreich im Gefängnis einsitzenden Hepp freipressen. Hepp lehnte ab. Vor seiner Inhaftierung hatte Hepp auch indirekte Kontakte

² Rede von Odfried Hepp am 28. November 2009 bei der 5. Bielefelder Ideenwerkstatt der Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld

zu Abu Ijad (= Salah Chalaf), zeitweilig Chef des PLO-Geheimdienstes. Hepp stand mit den Ijad-Vertrauten Amin el Hindi und Atef Bseiso in Verbindung. Bseiso wurde 1992 in Paris vom Mossad liquidiert. Ijad war maßgeblicher Kopf der palästinensischen Terrortruppe Schwarzer September, die das Attentat auf israelische Sportler bei der Olympiade in München 1972 durchführte. El Hindi und Bseiso gelten als Mitorganisatoren des Olympia-Attentats. Bseiso war Informant (auf Gegenseitigkeit) des Bundesamtes für Verfassungsschutz und lieferte Erkenntnisse über Pläne und Strukturen Arafat-feindlicher palästinensischer Guerilla-Gruppen wie der international agierenden Abu Nidal-Terrororganisation. Die Ermordung von Abu Ijad in Tunis 1991 geht auf das Konto dieser Terrororganisation. Nidal galt als Drahtzieher für Anschläge in über 20 Ländern, bei denen in den 1970er und 1980er Jahren Hunderte Menschen getötet wurden.

Die Franzosen lieferten Hepp am 29. Januar 1987 an die Bundesrepublik aus. Hepp wurde am 27. Oktober 1987 vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main wegen versuchten Mordes, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen und vier Banküberfällen zu einer Freiheitsstrafe von 10 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Im Dezember 1993 wurde Hepp aus dem Strafvollzug entlassen. Dem Rechtsextremismus hatte Hepp zu diesem Zeitpunkt längst abgeschworen.

Hepp: Auftritte bei der Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld und Karl-Heinz Hoffmann

Nach dem Ausstieg aus der Neonazi-Szene trat Hepp noch zweimal szenenöffentlich auf, jedoch ohne Außenwirkung.

Der Neonazi-Aussteiger Hepp referierte auf Einladung des Burschenschafters Michael N. im November 2009 bei der 5. Bielefelder Ideenwerkstatt, ausgerichtet von der Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld, zum Thema »Vaterland und Mutterleib – Von lebensgefährlicher Indoktrination zur eigenen Erkenntnis«. In seinem Vortrag bekannte sich Hepp, zum Unmut des größten Teils des Zuhörendenkreises, zur »schonungslosen Demaskierung der rechten Volksverhetzer und einiger ihrer historischen Idole und Halbgötter.« Begleitet wurde Hepp von Runhild Z., einst Mitglied der völkisch nationalistischen Deutschen Hochschulgilde (DHG) Hermann Löns zu Hannover.

Am 31. März 2012 diskutierten Hepp und Karl-Heinz Hoffmann bei einer geschlossenen Veranstaltung vor 20 Personen zum Thema »Aussteiger? Verräter? Oder Recht auf gewandelte Überzeugung?« auf Schloss Ermreuth. Das bei Nürnberg gelegene Anwesen von Hoffmann diente in den 1970er als Hauptquartier der WSG Hoffmann.

Hepp: Aussteiger und Mahner

Hepp ist seit seinem Ausstieg aus der rechtsextremen Szene überzeugt, »dass der Nationalsozialismus weder patriotisch noch sozialistisch war«. O-Ton Hepp: »Denn als Patriot respektiere ich auch die Gefühle und Rechte anderer Völker, und als Sozialist lasse ich mich nicht in einen verbrecherischen Krieg hetzen, in dem ein Arbeiter auf einen anderen schießt und gewissenlose Machthaber und Konzernherren davon profitieren.« Heute bezeichnet er sich selbst als »überzeugten Demokraten« und ruft »deshalb die nationale Rechte dazu auf, die finsternen und verderblichen Wolken der Vergangenheit hinter sich zu lassen, und sich statt dessen konstruktiv am weiteren Aufbau eines einigen Europas der kulturellen Vielfalt und der garantierten und geschützten Menschenrechte zu beteiligen.«

Hepp hat sich zum Ziel gesetzt, öffentlich aufzuzeigen, dass der bewaffnete Kampf ein tödlicher Irrweg ist. Wichtig ist ihm darauf hinzuweisen: »Dass die Gefahr, die von extrem Rechten, intellektuell geprägten Multiplikatoren hinsichtlich der Radikalisierung Einzelner ausgeht, nicht unterschätzt werden darf.« Er sei dafür ein mahnendes Negativbeispiel.

Hepp: Privatarchiv bei der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Hepp hat sein Privatarchiv der »Dokumentationsstelle Rechtsextremismus« im Generallandesarchiv Karlsruhe überlassen. Neben Prozess- und Stasi-Unterlagen enthält der Nachlass internes Werbe- und Schulungsmaterial rechtsextremer Jugendgruppen, das zeigt, welche Macht Worte, Bilder, Lieder und Symbole haben können.

Der Nachlass Odfried Hepp ist abrufbar: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/struktur.php?bestand=64091>

<https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/einfueh.php?bestand=64091>

<https://www.spiegel.de/politik/du-bist-jetzt-einer-von-uns-a-36b489a4-0002-0001-0000-000013491897>

<https://hlz.hessen.de/hlz/aktuelles/die-gewaltstrategie-der-hepp-kexel-gruppe-und-die-anschlagsserie-1982/>

Der Umgang der DDR mit Rechtsextremisten

Laut Staatsdoktrin wurden Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der DDR totgeschwiegen. Der Staat war ja per se antifaschistisch. Fakt ist jedoch, dass auch in der DDR rechtsextreme Traditionslinien im nicht-öffentlichen Bereich weiterbestanden und unterschwellig bis zum Ende der DDR existierten. Fakt ist ebenso, dass es in der DDR im Laufe ihres Bestehens ca. 210 lose organisierte neonazistische Gruppen gab. Bekannt sind Hunderte Fälle von fremdenfeindlichen Übergriffen. Mindestens 10 Tote wurden nach Streitigkeiten zwischen Deutschen und Ausländern gezählt. Forschungsergebnisse des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung verweisen auf etwa 15 % der DDR- Jugendlichen mit »rechtsradikalen Gefühlsstrukturen«. Akten des Ministeriums für Staatssicherheit dokumentieren, dass von 1965 bis 1980 730 Soldaten wegen rechtsextremer Taten zur Rechenschaft gezogen wurden. 1978 hat das MfS in sieben Monaten 600 Fälle festgestellt, in denen Schüler bis 16 Jahren »neofaschistisches Gedankengut« verbreitet hatten. Sie waren vor allem wegen »Schmierer rechtsextremistischer Symbole und Parolen« aufgefallen. Hakenkreuzschmierereien und verbaler Judenhass tat Stasi-Chef Mielke offiziell als »Ausdruck von Wichtigtuerei Jugendlicher« ab. Armeegeneral Heinz Hoffmann befürchtete Unruhen, »wenn neonazistische Aktionen« öffentlich werden. In den letzten Jahren der DDR stand die offiziöse Bezeichnung »Rowdytum« weithin als Synonym für Rechtsextremismus.

Das MfS und ihre IM in Reihen der BRD-Neonazis

Die Abteilung XXII des MfS wurde 1975 zur »Terrorabwehr jeder politischen Strömung gegen die DDR« gegründet. In der Abteilung XXII beobachteten drei Unterabteilungen, 1, 2 und 4, die Neonazi-Szene in der DDR und der Bundesrepublik. Rund 100 Personen, sowohl in der DDR (mit Verwandtschaft im Westen) als auch in der Bundesrepublik, haben für Böttcher über die Neonazi-Szene berichtet. Der größte Teil der Quellen wurde in den 1980er Jahren geworben und arbeitete bis zur Wende in der DDR mit dem MfS zusammen. Oftmals wurden Söhne von angeworbenen Vätern ausgekundschaftet, wie Böttcher beim Besuch der Autoren in seiner Wohnung in Berlin-Marzahn berichtete – wie im Fall des neogermanischen Neonazis Arnulf Priem. Personen, die einschlägig als Mörder bekannt waren, sollen nicht als IM angeworben worden sein, sagt Böttcher. Dies, so der einstige MfS-Offizier, sei ein Ausschlusskriterium gewesen.

Ziel des MfS war es, ausgewählte rechtsextreme Gruppierungen wie die WSG Hoffmann oder die Wiking-Jugend zu infiltrieren. Einige Mitglieder der rechtsextremen Gruppierungen waren »Republikflüchtlinge« oder von der Bundesrepublik freigekaufte politische Häftlinge wie Priem oder der WSG Hoffmann-Neonazi Uwe Behrendt. 1980 verübte der freigekaufte Behrendt einen Doppelmord. Opfer waren der jüdische Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke. Der Freikauf von politischen Häftlingen kostete die Bundesrepublik Deutschland mindestens 3,5 Milliarden DM. Freigekaufte politische Häftlinge oder bundesdeutsche Rechtsextremisten wie Hepp unterhielten Kontakte zu Verwandten und Freunden in der DDR. Für das MfS war deshalb die Frage dringlich zu untersuchen, ob Verwandte selbst rechtsextreme Gruppierungen gründen und Anschläge – insbesondere auf DDR-Grenzanlagen – verüben könnten.

Im Gespräch betonte Böttcher mehrfach, dass es eine Steuerung rechtsextremer Gruppierungen oder Personen in der Bundesrepublik durch das MfS beziehungsweise die IMs nicht gab. Das MfS sei an Informationen über die rechtsextreme Szene interessiert gewesen, habe diese aber nicht operativ beziehungsweise logistisch unterstützt. Bestätigt wurde von Böttcher, dass Inoffizielle Mitarbeiter in der bundesdeutschen Neonazi-Szene bei Zusammenkünften in Berlin mit MfS-Offiziellen durch ein nicht öffentliches Herrenklo im Bahnhof Friedrichstraße geschleust wurden. Im Klo verbarg sich eine unscheinbare Tür in den Westen: Über einen Treppenaufgang dahinter führten die Führungsoffiziere ihre Besucher an den Grenzkontrollen vorbei zum Bahnsteig oben. Auch Böttcher schnupperte auf diese konspirative Weise Westluft, wie er den Autoren in seinem Wohnzimmer erzählte.

Lesetipps der Redaktion

<http://www.bnr.de/artikel/aktuell-aus-der-zivilgesellschaft/die-stasi-und-die-neonazis>

<http://arnstadt.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Forschungen-belegen-Neonazismus-in-der-DDR-370117760>

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rechtsextreme-szene-im-westen-stasi-bespitzelte-die-rechte-szene-im-westen.e6bfa585-9ce2-43a0-ab86-9deb812f18d0.html>

Persönliche Worte des ehemaligen Rechtsterroristen Odfried Hepp

»Ich möchte die Gelegenheit nutzen und an dieser Stelle eine Eigendarstellung zu der Behauptung formulieren, ich hätte mich Anfang 1982 dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ,als Spitzel angedient‘: Nach meiner Entlassung aus der ersten Strafhaft Ende 1981 kontaktierte mich ein Mitglied oder Unterstützer der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG), der behauptete, Kontakt zum Bundesnachrichtendienst (BND) zu haben, mit dem Ansinnen, 6-8 militärisch gut ausgebildete Leute für konkrete Anschläge gegen die DDR und das MfS rekrutieren zu wollen. Für mich war klar, dass es sich um eine Falle handelte und so entschloss ich mich, dem MfS persönlich davon Mitteilung zu machen, um erstens aus deren Schusslinie im Falle von Gegenmaßnahmen zu kommen und zweitens die Besuchsmöglichkeiten bei meiner Verwandtschaft in Thüringen nicht zu gefährden. Dem MfS berichtete ich ohne jede finanzielle Gegenleistung, außer meinen Fahrtkosten, lediglich über diesen Anwerbeversuch für terroristische Aktionen, die gegen die DDR gerichtet waren. Mit aller Deutlichkeit möchte ich an dieser Stelle betonen, dass ich mit keinem Wort über die schweren Straftaten unserer Gruppe im Laufe des Jahres 1982 gesprochen habe. Dies geschah erst nach meiner Flucht in die DDR am 19.2.1983.

Behauptungen von Autoren, dass das MfS von den kriminellen und terroristischen Taten unserer Gruppe (Hepp-Kexel-Gruppe HKG) 1982 gewusst oder gar zu diesen angestiftet oder Hilfestellung geleistet hätte, widerspreche ich an dieser Stelle ausdrücklich. Dies entspricht auch der vorhandenen Aktenlage der Stasi-Unterlagen-Behörde« (Anm. der Red.: Unterlagen liegen der Redaktion vor).

Portrait

Auch ein Opfer des NSU

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth

Das CT-Gerät arbeitet ruhig vor sich hin. Schicht für Schicht, bei den Füßen beginnend, erfasst es den ganzen Körper. Peter F. schaut auf den Bildschirm, verfolgt wie sich langsam vor ihm der Mensch aufbaut, der im Raum nebenan liegt. Eine Frau, Kollegin. Sie ist tot. Erschossen vor wenigen Stunden auf der Theresienwiese in Heilbronn. Projektil und Hülsen wurden am Tatort sichergestellt, jetzt will Peter F., leitender Kriminaltechniker der 'Soko Parkplatz', endlich sehen, wie die Flugbahn der Kugel war. Das ist ein wichtiges Puzzlestück, um später zu rekonstruieren, wie die Tat stattgefunden hat. Die Körnchen der Zeit, sie rieseln in diesen Minuten langsamer als jemals zuvor durch die Sanduhr. Endlich bauen sich die letzten Schichten ihres Kopfes auf und Peter F. sieht, worauf er seit den Füßen wartet. Die Kugel trat vier Zentimeter oberhalb des linken oberen Ohrmuschelansatzes ein, bahnte sich ihren Weg durch den Kopf und trat drei Zentimeter rechts des äußeren Lidwinkels wieder aus – ein Kopfdurchschuss. Michèle Kiesewetter war sofort tot. Ihr Mord, der letzte in einer ganzen Serie der Terrorgruppe NSU. Sechzehn Jahre ist das her.

Es regnet, kalt ist es und grau, der Himmel und die Miene derer, die mit eingezogenem Kopf über die Kreuzung eilen. Peter F. sitzt im Auto, schaut den Eilenden nach, zeigt auf die große Uhr, die

auf einer Verkehrsinsel steht. Sie sei nach der Atomuhr in Braunschweig gestellt, genauer geht es also nicht, erzählt er. Am 25. April 2007, ein Mittwoch, stand hier an der roten Ampel eine Frau und blickte im gleichen Moment auf diese Uhr, in dem sie Schussgeräusche hörte. Es war 13:58 Uhr, wird sie später aussagen. Peter F. setzt den Blinker, biegt nach links ab. Schotter unter den Autoreifen, der Schalthebel auf »P« – Ankunft Theresienwiese. Ein großer Platz in Heilbronn, der den gleichen Namen trägt, wie der in München. Feste werden auch hier gefeiert. Gemordet wurde an beiden Orten. Die Täter, Rechtsextreme – hier und dort. Thesen über Parallelen zwischen dem »Oktoberfestattentat« im September 1980 auf der Münchener Theresienwiese und dem NSU-Mord auf der Heilbronner Theresienwiese gibt es, Peter F. kennt sie und all die anderen Theorien. Jeder Experte hat seine eigene. Am Ende ist es mit dieser Wahrheit aber wie mit einer Schneeflocke, sobald man denkt, man hätte sie gefangen, ist sie nur noch Wasser.

Peter F. bückt sich, fährt mit den Fingern über die Mauer des Trafohäuschens, das auf der Theresienwiese steht. Es ist nicht das erste Mal, dass er das tut. »Hier war eine Kerbe, dort ist das Projektil abgeprallt und dann in den Schacht gefallen«, sagt er und zeigt auf das löchrige Metallgitter, das den Blick in die Tiefe freigibt. Jetzt ist die Kerbe weg. Achselzucken, vielleicht wurde die Mauer ausgebessert und überstrichen. Das ist der Tatort. Hier parkten die beiden Polizisten Michèle Kiesewetter und Martin A. ihren Streifenwagen, um Pause zu machen. Hier sah Peter F. die Kollegin in ihrer Uniform leblos am Boden liegen. »Eine von uns«, sagt er. »Eine von uns«, wiederholt er. Auch den Kollegen Martin A. traf eine Kugel in den Kopf, schwerverletzt wurde er mit dem Hubschrauber ins Krankenhaus gebracht.



Peter F. auf der Theresienwiese in Heilbronn, März 2023 (Foto: Linda Roth)

Er überlebte. Wie das Leben für ihn heute ist, weiß Peter F. nicht genau. Rückstände des Projektils sollen noch immer in seinem Kopf stecken, sie werden nicht die einzige bleibende Erinnerung sein, die er hat.

Man nennt sie Mahnmal, Gedenktafel, Erinnerungsstätte. Bezeichnungen gibt es viele für die leblosen Zeitzeugen, die an das Grauen der Vergangenheit erinnern. Erhobene Zeigefinger in Stein und Metall, damit auch in der Zukunft keiner vergisst, was längst Geschichte wurde. »Historisierung« nennt Peter F. es, wenn er davon erzählt, dass in den ersten Jahren am Jahrestag nach dem Mord »an der Kollegin« noch der ganze Platz vor dem Gedenkstein am Rand der Theresienwiese voll mit Menschen stand, heute streckt er eine Hand in die Höhe, um zu zeigen, wie viele noch vor Ort kommen, um sich zu erinnern.

Der Mord an der jungen Polizistin hat auch Peter F. das Leben gekostet, wenn Leben mehr ist als nur das Gegenteil von Tod. Posttraumatische Belastungsstörung lautet seine Diagnose. Seit Jahren ist er nicht mehr in der Lage zu arbeiten, war Monate lang in Therapie, hat Skills antrainiert bekommen, die helfen sollen, wenn sie sich zeigt, die Angst, wenn sie kommen, die Flashbacks. »Es ist alles hier drin«, sagt Peter F. und zeigt auf seinen Kopf. Deshalb kann er auch an den schönsten Orten der Welt sein, mit dem Menschen, den er am meisten liebt, in ihm kann es von jetzt auf gleich dunkel werden. »Ich habe das Problem immer dabei«, sagt er. Den Moment, der das alles auslöste, kennt er. Viele Male hat er ihn mit unterschiedlichen Psychologen durchgekaut und analysiert. Doch das ändert nichts, das Gefühl noch immer nicht abgestumpft. Die Bilder jetzt wieder da. Deshalb bricht ihm an dieser Stelle der Geschichte die Stimme weg. Er wendet den Blick ab – kurz auftauchen, Luft holen, um nicht in den Wellen an Emotionen zu ertrinken. Dann erzählt er weiter. Zwei Tage sind seit dem Mord vergangen. Er und sein Kollege fahren mit dem Fahrstuhl hoch in den zweiten Stock des Robert-Bosch-Krankenhauses in Stuttgart. Da liegt sie »die Kollegin«. Peter F. spricht viel »von der Kollegin« und wenig von »Michèle Kiesewetter«. Je länger man ihm zuhört, desto mehr fällt es einem auf.

In der Pathologie ist es taghell – grelles Neonlicht für die Toten, deren Sterben nochmal genau beleuchtet werden muss. Nur ein Tisch ist belegt. Michèle Kiesewetter liegt dort. Peter F. hatte Stunden vorher angerufen und darum gebeten, die junge Polizistin für die nachträgliche Spurensicherung nochmal dorthin zu bringen. Die Kriminaltechniker Peter F. und sein »Co-Pilot«, wie er den Kollegen nennt, weil sie mehr gemeinsam haben als nur den gleichen Job, beginnen mit der Routine: sichern, eintüten, beschriften. Alles geht seinen Gang, den gewohnten heute aber nicht. Peter F. schaut sie an »die Michèle«, »die Kollegin«, erschossen in der gleichen Uniform, wie er sie früher trug. »Identifizierung mit dem Opfer«, werden die Psychologen in der Therapie später diesen Moment nennen. Schlüsselmoment, das, was jetzt kommt. Peter F. beginnt ein Gespräch mit der Kollegin: »von mir zu ihr«, sagt der Lebende über seine Worte zu der Toten. »Ich verspreche dir, dass ich alles tun werde, um diese Dreckssäcke zu bekommen.« Er schaut auf und fragt: »Oder?«, in Richtung seines Co-Piloten«. Der Co-Pilot nickt. Damit war es besiegelt. Das Versprechen lange sein Antrieb, die Motivation in seiner täglichen Ermittlungsarbeit. Die Aufklärung des Mordes an der Kollegin wurde zunehmend zu seinem Lebensinhalt. Peter F. hat für das, was der Fall mit ihm machte, eine Analogie gefunden. Er erzählt von der Verfilmung des Romans von Friedrich Dürrenmatt »Das Versprechen« mit Jack Nicholson. Die Hauptfigur, Jack Black, ein pensionierter Kriminalbeamter, verliert sich zunehmend in der Aufklärung eines Mordfalls an einem kleinen Mädchen. Der Sinn seines Lebens besteht nur noch darin, den Mörder zu finden. Es gelingt ihm nicht. Der Mörder stirbt bei einem Autounfall, das weiß aber nur der Zuschauer. Jack Black erfährt es nie. In der Schlusszene sieht man einen ziemlich fertigen alten Mann vor einer Tankstelle sitzen, der Selbstgespräche führt und Schnaps aus der Flasche trinkt.

Als das Landeskriminalamt 2009 die Ermittlungsarbeiten der »Soko Parkplatz« übernahm und damit Peter F. seine Arbeit am Fall beenden musste, leerte sich der Inhalt seines Lebens. Peter F. sollte aus dem Ausnahmezustand zurückkehren in die alltägliche Polizeiarbeit. Doch wirklich an kam er dort nie mehr. »Neben dem Mord an der Kollegin kamen mir die anderen Fälle unwichtig vor, nichts hatte mehr Bedeutung«, sagt Peter F. über das tiefe Loch, in das er fiel und in dem er jahrelang blieb.

Für Peter F. ist das Versprechen, das er der toten Kollegin gab und nie einlösen konnte: »Die schwerste Enttäuschung an mir selbst«. Irgendwann wurde Peter F. krankgeschrieben, war in Therapie, kehrte wieder zurück in den Dienst, war wieder krankgeschrieben, wieder in Therapie und kehrte schließlich nie mehr in den Polizeidienst zurück. Stattdessen erfüllten er und seine Frau sich einen langen Traum und kauften ein Haus in der Provence. Wer an dieser Stelle ein Happy End erwartet, wird an selbiger enttäuscht. Das Problem zog mit Peter F. in die Provence. Heute erinnern Bilder an der Wand in ihrer

Wohnung in einem Mehrfamilienhaus in der Nähe von Heilbronn an die Zeit in Südfrankreich.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland fing Peter F. an, ein Dossier anzufertigen. Er wollte »etwas über den NSU« schreiben. Inzwischen hat »etwas« über 100.000 Seiten und reicht bis in die heutige Zeit. Peter F. hat die jahrelange intensive Arbeit an dem Dossier lange vor sich selbst gerechtfertigt, in dem er sagte, es wäre ein Prozess des Abschließens, ein »sich von der Seele schreiben«. Auf die Frage, ob es nicht eher ein »am Leben halten, ein nicht loslassen können« ist, nickt er und sagt: »Auch, ja.« Das letzte Kapitel seines Dossiers lautet: »nach dem NSU ist vor dem NSU«. »Ein Fass ohne Boden«, wie er selbst erkannt hat. Ende März dieses Jahres schrieb er in einer Mail, dass sein ursprüngliches Ziel etwas über den NSU zu schreiben intensiver ausfiel als gedacht. »Ein thematisches Ausufern wäre möglich, aber nicht zielführend«, hat er längst erkannt.

Peter F. hätte wie Jack Black aus »Das Versprechen« enden können. Der NSU hätte ihn auch noch den Rest seiner Lebenszeit kosten können – Hätte, hätte... Peter F. ist heute Anfang sechzig und lebt nicht mehr in der Vergangenheit. Die Jahrzehnte lange Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus hat aus ihm einen Experten gemacht, ohne dass er es gemerkt hat. Er engagiert sich gegen rechte Gewalt. Das will er auch in Zukunft machen, denn in die schaut er jetzt.

Timo Büchner studierte Politische Wissenschaften und Jüdische Studien in Heidelberg. Er recherchiert zur extremen Rechten im Nordosten Baden-Württembergs und zur Musik der extremen Rechten. Zuletzt veröffentlichte er die Broschüre »Rechtsrock in Baden-Württemberg« (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2022).

Aus dem Ländle

»Dem Kult noch treu«

Glätze, Bomberjacke, Springerstiefel: Neonazistische Skinheads-Bands prägten in den 1980er und 1990er Jahren die deutsche Rechtsrock-Szene. Doch welche Rolle spielt der Skinhead-Kult heute?

Von Timo Büchner

»Grandioser Abend«, schrieb ein Besucher in den Sozialen Netzwerken: »Der Süden ist noch nicht tot.« Er besuchte am 18. Februar 2023 ein Neonazi-Konzert im ROCKS Rock- & Brewpub in Öhringen (BW)¹. In der Kneipe traten Hard & Smart (BW), Southern Rebels (BY), Hessen's Most Hated (HE) und Samizdat (Tschechien) auf. Der Gitarrist von Hard & Smart feierte seinen 30. Geburtstag, weshalb die Kneipe eine »Geschlossene Gesellschaft« angekündigt hatte. Nach der Veranstaltung stellte Hard & Smart ein Konzertvideo ins Netz. Im Video war ein Cover der Band Endstufe zu sehen.

Am 4. März 2023, kurze Zeit nach dem Konzert in Öhringen, sollte Hard & Smart gemeinsam mit Endstufe (HB) und Radikahl (TH) unter dem Motto »Der Norden rockt« auftreten. Das Neonazi-Konzert sollte im Vereinsheim der Kleingartenkolonie »Heinrich Förster« in Neumünster (SH) stattfinden. Der Neonazi-Unternehmer Thorsten Heise hatte 388 Eintrittskarten verkauft. Knapp 400 Besucher*innen reisten an. Die Polizei hatte im Nachgang geschrieben: »Da von einigen der angereisten Personen eine nicht unerhebliche Gefahr ausging, sie sind zum Teil polizeilich bekannt, wurde versucht, die Veranstaltung zu unterbinden.«² In der Tat konnte das Neonazi-Konzert verhindert werden. Als Polizist*innen die Veranstaltung stürmten, flogen Bierdosen, Stühle und ein Feuerlöscher³. Besucher*innen zerstörten Fensterscheiben und Mobiliar.



1 Büchner, Timo (18.03.2023): Geheim-Konzert in Hohenlohe: Wie eine Skinhead-Band ihren Auftritt tarnte, Südwest Presse (https://www.swp.de/lokales/craillsheim/rechtsrock-in-hohenlohe_geschlossene-gesellschaft_hard-und-smart-spielen-konzert-69772843.html)

2 Polizeidirektion Neumünster (05.03.2023): POL-NMS: 230305-1-pdnms Verhinderung eines Rockkonzertes, Neumünster (<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/47769/5455687>)

3 Röpke, Andrea (05.03.2023): »Der Norden rockt« – nicht, Endstation Rechts (<https://www.endstation-rechts.de/news/der-norden-rockt-nicht>)

In den Sozialen Netzwerken kommentierte Dim Records (BY), ein beliebtes Rechtsrock-Label in den 1990er Jahren, einen Bericht über das Verbot des Neonazi-Konzerts mit den Worten: »Das gerade angesagte 90er-Jahre-Revival findet nicht nur auf dem Plattenteller statt.« In den frühen 1990er Jahren gingen Behörden mit Verboten gegen die neonazistische Musikszene vor. Dim Records deutete an, neonazistische Skinhead-Bands aus den frühen 1990er Jahren würden ein Revival erleben. Erleben die Bands tatsächlich ein Revival? Welche Rolle spielen neonazistische Skinhead-Bands heute?

»Wir sind die Arierklasse«

Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel: Der »Skinhead Way of Life« soll Ende der 1960er Jahre in einem Arbeiterviertel der britischen Hauptstadt London entstanden sein. Im Mittelpunkt des »Way of Life« stand der Bezug zur Arbeiterklasse. In den Anfangsjahren war die Skinhead-Szene durchaus eine heterogene Szene aus Einheimischen und Migrant*innen. Anfang der 1980er Jahre folgte die Spaltung der Szene. Der Skinhead-Kult wurde mit Nationalismus und Rassismus vermengt. Die British National Front, eine britische Partei der extremen Rechten, und die neonazistische Skinhead-Band Skrewdriver um den Briten Ian Stuart Donaldson trieben die Politisierung und Radikalisierung der Skinhead-Szene voran. Der »Rock Against Communism«, eine neonazistische Musikkampagne, und die Gründung des internationalen Rechtsrock-Netzwerks Blood & Honour (»The Independent Voice of Rock Against Communism«) waren Meilensteine.

Der »Rock Against Communism« kam über Skrewdriver und dessen Sänger Ian Stuart Donaldson nach Deutschland, genauer: nach Schwaben⁴. In den 1980er Jahren entstand die deutsche Rechtsrock-Szene. Endstufe, 1981 gegründet, und Radikahl, 1989 gegründet, sind eindruckliche Beispiele. Die Bands glorifizierten von Beginn an den Nationalsozialismus. Endstufe sang Mitte der 1980er Jahre: »Nieder mit dem Mischmasch-Blut / Denn das tut dem Vaterland nicht gut / Haltet rein die deutsche Rasse / Denn wir sind die Arierklasse«⁵. Anfang der 1990er Jahre folgte Radikahl: »Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um / Hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz / Für mich gilt es auch noch heut⁶ / Rasse, Stolz und Hakenkreuz«⁶. In den frühen 1990er Jahren – in den Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer, den Jahren rassistischer Gewalt, den Baseballschlägerjahren – wuchs die Rechtsrock-Szene rasant. Neben Endstufe und Radikahl war eine Vielzahl neonazistischer Skinhead-Bands aktiv. Exemplarisch seien Kraft durch Froide (BE), Kraftschlag (SH) und Störkraft (NW) sowie Noie Werte, Tonstörung und Triebtäter aus Baden-Württemberg genannt.

»Wir sind deutsche Skinheads«

Viele neonazistische Skinhead-Bands haben sich im Laufe der Jahrzehnte aufgelöst. Einige – wie Endstufe und Radikahl – bestehen bis heute. »Wir sind halt keine 30 mehr«⁷, grölt Endstufe im Song »40 Jahre«. Der Song ist anlässlich des 40-jährigen Bestehens erschienen. Mit Aufbruch, 1998 gegründet, und Kommando Skin, 1998/99 gegründet, sind bis heute zwei neonazistische Skinhead-Bands aus Baden-Württemberg, die im Laufe der 1990er Jahre gegründet wurden, aktiv. Hinzu kommt Noie Werte, 1987 gegründet, um Sänger Steffen Hammer. Die Band, die 2010 ihre Auflösung bekanntgegeben hatte, feierte 2019 ihr Comeback in Torgau-Staupitz (SN)⁸. Als Endstufe am 30. September 2022 ein Konzert zum 40-jährigen Bestehen spielte, wurde Noie Werte angekündigt⁹. In den 1990er Jahren war Noie Werte für das rasante Wachstum der Rechtsrock-Szene von zentraler Bedeutung. So hatte die Band mehrere Auftritte mit Skrewdriver in Deutschland und Großbritannien. 1994 gründete Hammer mit G.B.F. Records (»German British Friendship«) ein einflussreiches Label, um die internationalen Verbindungen der Rechtsrock-Szene zu stärken.

Neben neonazistischen Skinhead-Bands, die bis heute oder heute wieder bestehen, ist in den vergangenen Jahren die Gründung neuer Bands, die den Skinhead-Kult hochhalten, zu verzeichnen. Insofern ist durchaus ein kleines Revival des Skinhead-Kults festzustellen. Ein Beispiel: Hard & Smart, 2018 gegründet, veröffentlichte 2020 ihre Demoaufnahmen unter dem Titel »Süddeutschland«. Im Song »Deutsche Skins« heißt es: »Wir sind deutsche Skinheads / Wir sind stolz und stark / Wir sind deutsche Skinheads / Wir sind Hard & Smart«¹⁰. 2023 soll das erste Studioalbum »Southern Oi! Attack« erscheinen. Für Hard & Smart, deren Mitglieder um die 30 Jahre alt sind, war Endstufe eine wichtige Inspiration. Ursprünglich wollten die Neonazi-Skinheads eine Endstufe-Coverband gründen.

4 Vgl. Büchner, Timo (2022): Rechtsrock in Baden-Württemberg. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

5 Endstufe: »Deutsche Rasse« (Tonträger: »Gruß an Deutschland«, Jahr: 1984)

6 Radikahl: »Hakenkreuz« (Tonträger: »Retter Deutschlands«, Jahr: 1992)

7 Endstufe: »40 Jahre« (Tonträger: »40 Jahre«, Jahr: 2021)

8 Hemkentakrax, Johanna/Hemmerling, Axel (22.05.2021): Gegen den Staat – Das Netzwerk der Neonazi-Anwälte, MDR Investigativ (<https://www.youtube.com/watch?v=7v7MSj58sdw>)

9 Büchner, Timo (12.10.2022): Mittags Anwalt, abends Rechtsrocker, Kontext Wochenzeitung

(<https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/602/mittags-anwalt-abends-rechtsrocker-8470.html>)

10 Hard & Smart: »Deutsche Skins« (Tonträger: »Süddeutschland«, Jahr: 2020)

In Neumünster trafen mit Hard & Smart einerseits und Endstufe/Radikahl andererseits zwei Generationen der neonazistischen Skinhead-Musikszene aufeinander. Mit Blick auf den Altersunterschied könnte der Endstufe-Sänger der Vater der beiden Hard & Smart-Sänger sein. Das ist in Zeiten einer alternden Rechtsrock-Szene durchaus interessant. Ein weiteres Beispiel: Hirnsturz, 2018/19 gegründet, veröffentlichte 2019 das erste Studioalbum »Salut«. Es heißt im Song »S.F.Oi«: »Wir sind nicht modern, nein, wir sind nicht modern / Old School Skinhead, Old School Skinhead / [...] / Wir sind nicht modern, nein, wir sind nicht modern / Original dem Kult noch treu«¹¹. Im Booklet dankt Hirnsturz den neonazistischen Skinhead-Bands Endstufe, Freikorps und Störkraft »für die ein oder andere Inspiration«. Im Gegensatz zu Hard & Smart besteht Hirnsturz aus älteren Mitgliedern. Auf den Erfolg des Tonträgers angesprochen, antwortete Hirnsturz in einem Rechtsrock-Magazin: »Ich denke viele Skins der 90er Jahre konnten sich mit den Liedern identifizieren und fühlten sich noch einmal in eine schöne Zeit zurückversetzt.«¹² Das zweite Studioalbum »Alte Schule« erschien 2022. Das Albumcover zeigt einen Skinhead im Skrewdriver-Shirt.

»The Skinheads come back«

Das angekündigte Studioalbum von Hard & Smart und die Studioalben von Hirnsturz sind Eigenproduktionen des süddeutschen Neonazi-Musiklabels Oldschool Records (BY). Das Musiklabel hat seinen Sitz in Bad Grönenbach. Die schwäbische Marktgemeinde liegt an der Grenze zwischen Baden-Württemberg und Bayern. Benjamin Einsiedler, der seit 2007 mit Tonträgern und Merchandising handelt¹³, ist der Geschäftsführer von Oldschool Records. Außerdem ist er ein führendes Mitglied der neonazistischen Skinhead-Kameradschaft Voice of Anger¹⁴. Oldschool Records hat hunderte Tonträger deutscher und ausländischer Rechtsrock-Bands im Sortiment. Der Name des Labels ist Programm: Viele Bands, deren Tonträger verkauft werden, sind neonazistische Skinhead-Bands. Die Samplerreihe »The Skinheads come back«, eine Eigenproduktion von Oldschool Records, bringt das Selbstverständnis des Musiklabels zum Ausdruck. Das Label schreibt über den zweiten, 2017 veröffentlichten Sampler der Reihe: »[...] das ist Skinhead-Musik von gestern fürs heute und morgen. Keine Metalcore Riffs, keine endlosen Double-Base Passagen sondern einfach nur guter RAC/Oi! mit Herz wie er seit 30 Jahren gespielt wird«¹⁵ (alle Fehler im Original). Mit Oldschool Records hängt das – angeblich unpolitische – Musiklabel Subcultural Records zusammen. Sub-cultural Records produziert beispielsweise Tonträger von Prolligans (BY).

Die Eigenproduktionen von Oldschool Records und Subcultural Records machen deutlich, wie sehr sich die Grenze – gerade in der Skinhead-Szene – zwischen Bands, die ein »unpolitisches« Image pflegen, und offenen Neonazi-Bands verwischt. Ein Beispiel liefert der Sampler »Gegen den Zeitgeist II«. Oldschool Records hat den Sampler im Sommer 2022 veröffentlicht. Auf dem Sampler sind Hard & Smart und Scharmützel aus Baden-Württemberg sowie Prolligans und The Standard Skins aus Bayern vertreten. Während Hard & Smart eine offene Neonazi-Band ist, versucht Scharmützel, ein unpolitisches Image zu wahren. Die Band betonte in der Vergangenheit in Songs wie »Good night any side« und »Neither red nor racist«, sie sei weder politisch links noch rechts. Durch die Zusammenarbeit mit der Neonazi-Szene führt die Band ihre Nähe zum offenen Neonazismus vor Augen.

Wer kauft das?

Ein Blick in das Sortiment von Oldschool Records zeigt eine auffällig große Auswahl an Schallplatten. Nicht nur im Mainstream, auch in der Neonazi-Musikszene erlebt Vinyl in den vergangenen Jahren einen regelrechten Boom. Zum einen werden Erstveröffentlichungen heutzutage nicht nur als CD, sondern auch als LP veröffentlicht. So sind der »40 Jahre«-Tonträger von Endstufe und der »Alte Schule«-Tonträger von Hirnsturz im Angebot. Letzterer mit Aufkleber, Bierdeckel und Poster. Zum anderen werden Neupressungen alter Veröffentlichungen als LP veröffentlicht. Exemplarisch seien der »Am Puls der Zeit«- und der »Sohn aus Heldenland«-Tonträger von Noie Werte genannt. Der »Am Puls der Zeit«-Tonträger wird als »LP Box« und »Doppel Picture LP« angeboten. Die Box enthält ein exklusives Noie Werte-Shirt. Da bleibt die Frage: Wer kauft das? Sicherlich keine Jugendlichen. Die meisten Neonazis, die originale Tonträger in derartig extravaganten Formaten kaufen, dürften die Musik seit Jahrzehnten hören. Sie haben Geld, sie sind Stammkunden und sammeln die Tonträger. So halten die älteren Neonazis das Geschäft am Laufen. Ältere Neonazis, die einst in der neonazistischen Skinhead-Szene großgeworden sind.

11 Hirnsturz: »S.F.Oi« (Tonträger: »Salut«, Jahr: 2019)

12 Oldschool Records (2021): Interview Hirnsturz, Keep Rocking The System, S. 14.

13 Lipp, Sebastian (17.01.2020): Aus Freispruch wird Geldstrafe für Nazi-Plattenproduzenten, Allgäu, rechtsaußen (<https://allgaeu-rechtsausen.de/2020/01/17/aus-freispruch-wird-geldstrafe-fuer-nazi-plattenproduzenten/>)

14 Vgl. Allgäu, rechtsaußen (2019): Voice of Anger und der rechte Untergrund im Allgäu. Kempten: Eigenverlag.

15 Oldschool Records (2023): Skinheads come back Vol.2 Sampler (<https://oldschool-records.com/cds-und-platten/sampler/15/skinheads-come-back-vol.2-sampler?c=76>)

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

Ausland

Rechtsextremismus in Schweden

Von Armin Pfahl-Traughber

Blickt man auf den Demokratie-Index diverser politikwissenschaftlicher Forschungsinstitute, so lässt sich dort meist eine hohe Positionierung von Schweden konstatieren. Bezogen auf Grundrechte, Korruptionsfreiheit oder Partizipation gibt es häufig einen oberen Rang. Diese Einordnung schließt bedenkliche Entwicklungen nicht aus, wozu auch die Existenz des dortigen Rechtsextremismus zählt. Lange Jahre konnten einschlägige Parteien keine Wahlerfolge verbuchen. Durch die »Sverigedemokraterna« (»Schwedendemokraten«) gibt es hier aber einen grundlegenden Wandel. Zuvor hatten auch immer wieder rechtsextremistische Gewaltwellen das skandinavische Land erschüttert. Die folgende Abhandlung liefert Basisinformationen zum dortigen Rechtsextremismus, wobei der Blick von der Gegenwart bis in die 1920er Jahre zurückreicht. Eine differenzierte Beobachtung macht darüber hinaus bezogen auf die Handlungsebenen deutlich, dass die Dynamik bei der Gewalt und Parteipolitik unterschiedliche Prägungen und Stellenwerte aufweist.

Entwicklung früher nationalsozialistischer Parteien

Wenn man nach dem Beginn des Rechtsextremismus in Schweden fragt, dann bietet sich der Hinweis auf die frühen nationalsozialistischen Parteien an. In Anlehnung an den deutschen Nationalsozialismus entstanden solche ab 1924, wobei die Akteure nicht nur die NS-Ideologie, sondern sogar den SA-Uniformkult kopierten. Im genannten Jahr gründete sich der »Svenska Nationalsocialistiska Frihetsförbundet« (»Schwedischer Nationalsozialistischer Freiheitsverband«) (SNF). Bereits ein Jahr später, 1925, entstand die »Nationella Samlingsrörelsen« (»Nationale Sammlungsbewegung«) und dann 1926 als dritte Partei »Sveriges Fascistiska Kamporganisation« (»Schwedische faschistische Kampforganisation«). Diese Daten machen bereits deutlich, dass die schwedischen Nationalsozialisten sich nicht einigen konnten. Daran änderten die folgenden Abspaltungen, Neugründungen und Zusammenschlüsse ebenfalls nichts. Breitere Akzeptanz fand man so ebenso wenig in der Bevölkerung, kamen die Parteien doch nie über ein Prozent der Stimmen hinaus.

Nach dem Angriff von NS-Deutschland auf Norwegen 1940 verloren sie jegliche Relevanz. Gleichwohl bestanden auf den Faschismus bzw. Nationalsozialismus bezogene Organisationen auch nach 1945 fort, wobei man sich ohne größeren Erfolg um eine öffentliche Mäßigung und ideologische Neuerungen bemühte. Ansätze dazu gab es bereits während des Krieges, wo die Hinwendung zu einem eigenständigen schwedischen Nationalsozialismus erkennbar war. Deren Anhänger organisierten sich in der »Nysvenska Rörelsen« (»Neuschwedischen Bewegung«). Ihr bedeutendster Akteur Per Engdahl bemühte sich fortan mit gewissem Erfolg darum, für europäische Faschisten und Nationalsozialisten ein gemeinsames Netzwerk zu etablieren. 1951 erfolgte in Malmö ein entsprechendes Treffen, was eine »Nation Europa« als gemeinsames Ziel angab. Mit der 1956 gegründeten »Nordiska Rikspartiet« (»Nordische Reichspartei«) entstand dazu auch eine eigene Partei, die aber nie mehr als 500 Stimmen bei nationalen Wahlen erhielt und sich 2009 auflöste.

Entwicklung neonazistischer Gruppen und Kleinorganisationen

Derartige Ergebnisse machten über die Jahrzehnte den Rechtsextremisten deutlich, dass sie keine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft bei Wahlen erlangen konnten. Eindeutig rassistische Aussagen wie nationalsozialistische Symboliken schienen eher eine abschreckende Wirkung zu haben. Damit einhergehende Einsichten und Entwicklungen führten 1979 zur Gründung von »Bevara Sverige Svenskt« (BSS) (»Bewahre Schweden schwedisch«), wobei die führenden Akteure meist aus den erwähnten nazistischen Strukturen stammten. Durch Demonstrationen und Flugblattverteilungen machte man insbesondere auf die potenziellen Gefahren von Migration aufmerksam, ließen sich doch so Fremdenfeindlichkeit und Rassismus besser in die Öffentlichkeit vermitteln. Zwar schlossen sich BSS Mitte der 1980er Jahre um die 1.000 Personen an, eine nahestehende »Nationaldemokratiska Partiet« (»Nationaldemokratische Partei«) konnte aber ebenfalls keine Wahlerfolge erzielen. Erst in einer anderen Konstellation und Zeit änderte sich dies.

Demgegenüber gründeten andere Neonazis eine neue Organisation, dann ebenfalls als Partei: 1997 entstand die »Svenska Motståndsrörelsen« (SMR) (»Schwedische Widerstandsbewegung«). Deren Akteure konzentrierten sich auf Straßenaktionen, wozu Demonstrationen und Infostände zählten. Noch nicht einmal Achtungserfolge konnte man bei Kandidaturen zum Reichstag erzielen, was die weit unter einem Prozent der Stimmen bei nationalen Wahlen veranschaulichen. Dafür gab

es unterschiedliche Gründe: Eine zunächst beabsichtigte verbale Mäßigung gab man ab Mitte der 2000er Jahre immer mehr auf, wodurch die antisemitische und nationalsozialistische Ausprägung von SMR in der breiteren Öffentlichkeit unverkennbar war. Darüber hinaus begingen Akteure immer wieder brutale Gewalttaten und waren dabei gar in Morde verwickelt. Und schließlich gab es heftige interne Konflikte, die sowohl mit persönlichen Differenzen wie strategischen Unterschieden zusammenhingen. Häufige Abspaltungen führten zu organisatorischen Schwächungen.

Gegenwärtige rechtsextremistische Gruppen und Kleinparteien

Gleichwohl bestehen einschlägige rechtsextremistische Gruppen und Kleinparteien fort bzw. gründeten sich neue Organisationen, die auch bei internen Differenzen und Konfliktverhältnissen einem gleichen Milieu zugeordnet werden können. Dieses besteht demnach nicht in einer einheitlichen und festen Struktur, sondern ist mehr als eine Teilgruppensammlung zu verstehen. Dazu gehört die »Nordiska modstands rörelsen« (NMR) (»Nordische Widerstandsbewegung«), die gegenwärtig genutzte Bezeichnung für die erwähnte SMR für Schweden. Sie musste einen weiteren Bedeutungsrückgang verzeichnen, erhielt die 160 Personen starke Organisation doch bei den Reichstagswahlen 2022 mit 0,01 % nur noch 847 Stimmen. Auch ihre Aktivitäten im öffentlichen Raum gingen zurück. Und über die Auffassungen zu Corona oder zum Ukrainekrieg kam es zu internen Zwistigkeiten. Bedeutsam und gefährlich bleibt entgegen dieser Entwicklung die NMR weiterhin, was mit der Gewaltneigung und Hetze ihrer Mitglieder zusammenhängt.

Eine 2017 entstandene Gruppe mit angeblich um die 2.000 Mitglieder ist »Det fria Sverige« (DFS) (»Das freie Schweden«), eine bezüglich der Aktivitäten eher stabile Organisation. Größeren Aufschwung konnte die »Alternativ för Sverige« (AFS) (»Alternative für Schweden«), die 2018 aus dem früheren rechten Flügel der Jugendorganisation der »Sverigedemokraterna« (»Schwedendemokraten«) entstand, hinsichtlich ihres öffentlichen Wirkens verzeichnen. Bei den Reichstagswahlen 2022 erhielt man aber nur 0,26 %, was 16.646 Stimmen entsprach, womit die Mutterpartei von weitaus größerer Relevanz war. Diese und andere Gruppen bilden ein informelles Netzwerk, das etwa eigene Buch- und Medienmessen zum lagerinternen Zusammenhalt durchführt. Besonders auffallend waren die Bemühungen dieses Milieus, gegen Corona-Maßnahmen mit einschlägigen Verschwörungsideologien zu protestieren. Auch griffen die Akteure gern pro-russische Inhalte für die eigene Propaganda auf und äußerten so politische Sympathien.

Rechtsextremistische Gewalt bis zum rechten Terrorismus

Aktivisten der erwähnten neonazistischen Gruppen führten immer wieder brutale Tötungen durch, was zu ihrer rassistischen Ideologie mit eliminatorischen Vorstellungen passte. Die folgenreichste Gewaltwelle ereignete sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre: 1995 wurde der junge Aktivist John Hron von vier jugendlichen Neonazis gequält und getötet, wobei sie sieben Minuten lang gezielt gegen den Kopf ihrer Opfers traten. Den Flüchtling Gerald Gbeye jagten und erstachen im gleichen Jahr andere Neonazis. 1999 ereigneten sich gleich drei gravierende Gewalthandlungen: Der Gewerkschaftler Björn Söderberg, der Aktivitäten eines bekannten Neonazis öffentlich gemacht hatte, wurde von zwei Neonazis erschossen. Einen Bombenanschlag überlebten ein Journalist, der zur Bedeutung rassistischer Musik recherchierte, und sein Sohn nur durch Zufall. Und dann kamen nach einem Banküberfall zweier Neonazis zwei Polizeibeamte durch gezielte Schüsse zu Tode. Diese Fälle stehen für eine hohe Gewaltintensität mit klarem Gruppenbezug und konkreter Mordabsicht.

Außerdem ist das Einzeltäterphänomen von großer Relevanz. Gemeint sind damit Akteure, die ihre Handlungen unabhängig von Organisationszugehörigkeiten begehen. Als bis heute bekanntester Fall gilt der »Lasermann«. Der damit gemeinte John Ausonius schoss 1991 und 1992 mehrfach auf Menschen, die eine dunkle Haar- oder Hautfarbe hatten. Dabei starb ein Betroffener, weitere acht Personen überlebten mit teilweise schweren Verletzungen. Ähnlich agierte 2009 und 2010 ein Peter Mangs, der ebenfalls mehrfach auf Menschen mit Migrationshintergrund schoss. 2012 wurde er zu einer lebenslänglichen Strafe für zwei Morde und vier Mordversuche verurteilt. Ausonius wie Mangs gehörten keinen rechtsextremistischen Organisationen an, entschlossen sie sich doch unabhängig von potenziellen Anweisungen aus solchen Kontexten eigenständig zu ihren genannten Taten. Dabei war eine fremdenfeindliche bis rassistische Grundeinstellung das politische Motiv. Es handelte sich hier nicht um Ausnahmen, gab es doch ähnliche weitere Fälle, meist mit geringeren Opferzahlen.

Entwicklung der »Sverigedemokraterna«

Und dann soll noch ein besonderer Blick auf die Entwicklung der »Sverigedemokraterna« (SD) (»Schwedendemokraten«) geworfen werden. Allgemein gilt die Partei heute nicht mehr als rechtsextremistisch, sondern als rechtspopulistisch. Gleichwohl sprechen unterschiedliche Gründe für eine andere Wertung: Dazu sei zunächst auf die Gründung der SD verwiesen, entstanden sie doch

1988 aus der »Sverigepartiet« (»Schwedenpartei«) heraus, worin sich die erwähnte neonazistische Gruppierung »Bevara Sverige Svenskt« (BBS) 1986 aufgelöst hatte. Die dazu relevante Einsicht hinter den irritierenden Neugründungen und Umbenennungen lautet: Die SD entstanden aus einem neonazistischen Zusammenschluss. Betrachtet man die öffentlichen Bekundungen zu den unterschiedlichsten Politikfeldern, so lässt sich durchaus in der politischen Ausrichtung ein gewisser Mäßigungsprozess ausmachen. Eindeutig rassistische Aussagen wie in der Entstehungsphase findet man bei den SD nicht mehr, man hat aber auch keinen Abschied von der ethnischen Fixierung genommen.

Bei den öffentlichen Aussagen zu den Folgen der Migrationspolitik, die durchaus auf in der schwedischen Gesellschaft real vorhandene Probleme bezogen sind, lassen sich immer wieder einschlägige Ressentiments ausmachen. Gleichzeitig distanzierte sich die Führung von der Jugendorganisation, die deutlichere rassistische Töne anschlug. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage: Handelt es sich dabei um demokratische Einsichten oder strategische Rücksichtnahmen? Für die letztgenannte Deutung spricht, dass bereits BBS so agierte bzw. agieren wollte. Darüber hinaus traten die Angehörigen der heutigen Führung den SD zu einer Zeit bei, während eine neonazistische Orientierung die Partei eindeutig prägte. Diese Ausrichtung schreckte nicht vor einem Eintritt zurück. Letztendlich kann gar von einem Erfolgsfaktor angesichts der formalen Mäßigung gesprochen werden, wofür die kontinuierlich ansteigenden Ergebnisse der Reichstagswahlen sprechen: 1988: 0,0, 2002: 1,4, 2010: 5,7, 2014: 9,7, 2018: 17,5 und 2022: 20,5 % der Stimmen.

Bilanzierende Einschätzung

Blickt man auf die historische Entwicklung des Rechtsextremismus in Schweden zurück, so lässt sich folgende bilanzierende Einschätzung in der vergleichenden Rückschau formulieren: In der breiteren Gesellschaft konnten einschlägige Parteien lange keine relevante Zustimmung finden. Dafür sprechen die Ergebnisse bei den nationalen Wahlen, wo sie meist noch nicht einmal mehr als ein Prozent der Stimmen erreichten. Weder in den 1920er noch in den 1930er Jahren erlangten faschistische oder nationalsozialistische Parteien eine politische Relevanz. Gleichwohl existierten einschlägige Organisationen auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Sie boten eine ideologische und politische Basis für die Fortexistenz rechtsextremistischen Gedankenguts, wenn auch nur in gesellschaftlichen Randbereichen. Zu dessen Anhängern gehörten aber auch Elitenangehörige, wofür als bekanntes Beispiel etwa Ingvar Kamprad, der spätere IKEA-Gründer, gelten kann, zählte er doch seinerzeit zu den Anhängern einschlägiger pro-nazistischer Organisationen.

Wenn von einem Gefahrenpotenzial des Rechtsextremismus in Schweden gesprochen werden soll, dann lässt sich dieses aktuell in zwei verschiedenen Bereichen des politischen Wirkens ausmachen: Die aktionsorientierte Neonazi-Szene ist von einer gewaltintensiven Praxis geprägt, welche ihren bisherigen Höhepunkt in den 1990er Jahren fand. Gleichwohl besteht ein solches Gewaltpotenzial fort und kann sich in innenpolitischen Spannungen erneut entladen. Die damit exemplarisch gemeinte Bandenkriminalität wird öffentlich häufig mit der Migrationsproblematik verbunden, was auf der Ebene der Parteipolitik den »Sverigedemokraterna« erkennbar nutzt. Ihnen gelang es nicht nur bei den Reichstagswahlen 2022, jede fünfte Stimme der schwedischen Wähler für sich zu gewinnen. Da die bürgerliche Minderheitenregierung im Parlament von ihrer Zustimmung abhängig ist, kann sie einen indirekten, aber auch maßgeblichen Einfluss auf die Regierungspolitik ausüben. Dies dürfte nicht zur Abschaffung der Demokratie, aber als Folge zu Positionsverschiebungen führen.

Literatur:

Expo (Hrsg.): Svensk rasideologisk miljö 2022. Konspirationism, pro-rysk propaganda och nya strategier, Stockholm 2023.

Larsson, Stieg/Ekmann, Mikael: Sverigedemokraterna. Den nationella rörelsen, Stockholm 2001.

Larsson, Stieg/Lodenus, Anna-Lena: Extremhögern, 2. Auflage, Stockholm 1994.

Lodenus, Anna-Lena: Svart pa vitt. Om Sverigedemokraterna, Stockholm 2022.

Lööv, Heléne: Nazismen i Sverige 1924-1979. Pionjärerna, partierna, propagandan, Stockholm 2004.

Lööv, Heléne: Nazismen i Sverige 1980 – 1999. Den rasistiska undergroundrörelsen: musiken, myterna, riterna, Stockholm 2000.

Lööv, Heléne: Nazismen i Sverige 2000 – 2014, Stockholm 2015.

Palmkvist, Joakim: Äventyr i Svenssonland. Seriemördaren Peter Mangs, Stockholm 2015.

Tamas, Gellert: Der Lasermann. Vom Eliteschüler zum Serientäter. Ein Buch über Schweden, Leipzig 2007.

Tamas, Gellert: Den avgörande striden. Tre decennier i Sverigedemokraternas värld, Stockholm 2022.

Rezension



Wien (Molden) 2022, 320 S.,
30 Fotografien, geb., 33,- €,
ISBN 9783222151026

Foto: MOLDEN VERLAG

Peter Longeric: **Außer Kontrolle: Deutschland 1923**

Rezensiert von unseren Redaktionsmitgliedern Anton Maegerle und Paul Mai

Komplizierte Konfliktlagen drohten den Weimarer Staat zu zerbrechen: die Inflation war zur Hyperinflation geworden, Separatisten betrieben die Abtrennung des Rheinlandes vom Reich, das Reich trug Verfassungskonflikte mit mehreren Ländern aus, Staatskrise, Hitler-Putsch. Ohnmächtig wankte die junge deutsche Republik im Jahr 1923 Richtung Abgrund. Der Einmarsch französischer Truppen ins Ruhrgebiet am 11. Januar 1923, um die Reparationsleistungen an Kohle und Holz zu sichern, war der Beginn der Ruhrkrise und in der Folge auch der Hyperinflation, die bereits 1921 im Gang war. Die Finanzierung des deutschen passiven Widerstandes, dem postwendend der aktive Widerstand folgte, hat die wirtschaftliche Krise bis zu einem Kollaps beschleunigt. Das hieß: Massenarbeitslosigkeit, Versorgungsengpässe an Lebensmitteln, Krawalle, große Streiks. Der sich in Folge des Einmarsches entzündende Extremismus heizte die Stimmung an – das Land stand vor Bürgerkrieg und Diktatur. Dem nationalistischen Aufschrei folgte die Aufrüstung der extremen Rechten mit Hilfe der Reichswehr, toleriert von der Reichsregierung. Krisengewinner gaben sich hemmungslosen Vergnügungen hin, während die Bevölkerung ins Elend stürzte.

In seinem Buch schließt Peter Longeric seine Beobachtungen mit der Erkenntnis ab, dass eine braune Diktatur im Jahr 1923 nicht durch die Standfestigkeit des Gemeinwesens, sondern nur durch Konflikte innerhalb der in sich zersplitterten extremen Rechten vorläufig verhindert wurde. Ein tragfähiges und dauerhaftes Bündnis von Rechtsextremisten und Rechtskonservativen führte schließlich zehn Jahre später zu Hitlers Ernennung zum Reichskanzler. Doch bereits 1923 hatten sich große Teile der Bevölkerung von der Demokratie ab- und völkischen Agitatoren zugewandt. Kenntnisreich seziert Zeithistoriker Peter Longeric in „Außer Kontrolle“ die Chronologie eines Staatsversagens und beleuchtet Ursachen, Abläufe und Folgen des bis heute andauernden Inflationstraumas und den Aufstieg des Nationalsozialismus, dem die industriell betriebene Massenvernichtung der europäischen Juden folgte: der größte Zivilisationsbruch der Geschichte.

Deutschland 1923: Das ist die Geschichte einer Krise, die an aktuelle Ereignisse erinnert. 2023, 100 Jahre sind seit dem Krisenjahr 1923 vergangen, rütteln wieder Rechtsextremisten am Fundament der Demokratie. Sogenannte Reichsbürger, nennen wir sie was sie sind: Rechtsextremisten, wollen wieder mit Gewalt die Macht ergreifen, rechtsextreme Gruppen, Verbände und eine Partei streben vermehrt nach Macht und Einfluss und haben sich den Kampf gegen „das System“ und die vermeintlichen „Altparteien“ (NS-Sprache) auf ihre Banner geschrieben. Doch – Geschichte darf sich nicht wiederholen. Longeric liefert mit seiner Analyse des Krisenjahres 1923 ein wichtiges Mosaikstück zur Lösung von heutigen Krisensituationen. Demnach muss die politische Mitte in Krisenzeiten zusammenrücken, darf sich nicht spalten lassen und muss sich von jenen Kräften distanzieren, die Krisen für ihre Zwecke ausnützen, instrumentalisieren und missbrauchen möchten.

Peter Longeric zählt zu den Experten für deutsche Zeitgeschichte, den Nationalsozialismus und seine Entstehung. Der Zeithistoriker war Professor am Royal Holloway College in London und lehrte an der Universität der Bundeswehr.

Chronik Januar

Bayern:

Anschlag auf eine Synagoge in der Silvesternacht

In der Silvesternacht hat ein 21-Jähriger versucht, die historische Synagoge im bayerischen Ermreuth bei Neunkirchen (Landkreis Forchheim) anzuzünden. Der Täter soll ein Fenster der früheren Synagoge beschädigt und anschließend versucht haben, einen Feuerwerkskörper zu zünden und durch die eingeschlagene Scheibe zu werfen. Am 5. Januar wurde er festgenommen.

Nach derzeitigen Erkenntnissen und wegen der Tatausführung geht man von einer antisemitisch motivierten Straftat mit rechtsextremem Hintergrund aus. Die Synagoge ist seit 1994 eine Begegnungsstätte. Der Täter soll dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sein. Bayerns Justizminister Georg Eisenreich (CSU) stellte fest: »Der Judenhass in Deutschland hat ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Deshalb führt die bayerische Justiz den Kampf gegen Antisemitismus entschlossen und konsequent. In Fällen von bayernweiter Bedeutung ermittelt der Zentrale Antisemitismusbeauftragte der bayerischen Justiz. Dieser Spezialstaatsanwalt für jüdenfeindliche Straftaten ist bei der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) der Generalstaatsanwaltschaft München angesiedelt.« In den 1970er Jahren waren in Ermreuth sowohl der private Wohnsitz von Karl-Heinz Hoffmann als auch das Zentrum der 1980 verbotenen rechtsterroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG Hoffmann).

<https://www.bild.de/regional/nuernberg/nuernberg-news/rechtsextremes-motiv-anschlag-auf-synagoge-taeter-festgenommen-82496992.bild.html> / eingesehen am 15. Januar 2023

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/nach-brandanschlag-auf-synagoge-claudia-roth-in-ermreuth,TSpDxSB> / eingesehen am 15. Januar 2023

Thüringen:

Björn Höcke:

»Das Kartell ist am Ende«

»Wenn man sich das abgelaufene Jahr in Erinnerung ruft, kann einem schwindelig werden: Das Narrenkarussell dreht sich immer schneller. Nun befinden wir uns dank einer ausländshörigen Regierung sogar im Krieg – was für ein Wahnsinn!«, so Björn Höcke, AfD-Fraktions- und Landesvorsitzender in Thüringen auf seiner Facebook-Seite. »Faesers Innenministerium mit ihrem parteiischlinientreuen Inlandgeheimdienst« hat sich der Auffassung des Rechtsextremisten Höcke zufolge im zurückliegenden Jahr »vollends lächerlich gemacht«. Demnach habe man »eine ‚Rollator-Revolution‘ samt Prinzengarde« inszeniert. Gemeint ist die Razzia am 7. Dezember 2022, bei der es sich um eine der größten Durchsuchungsaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik handelt. Diese richtete sich gegen ein Netzwerk aus dem Reichsbürger-Milieu, Verschwörungsideologen und Rechtsextremisten. Sie stehen im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gegründet oder diese unterstützt zu haben. Die Gruppierung um den 71-jährigen Heinrich XIII. Prinz Reuß soll geplant haben, die staatliche Ordnung gewaltsam zu beseitigen und mit Waffengewalt einen Umsturz herbeizuführen (vgl. RECHTS.GESCHEHEN 6, S. 5f). Höcke kommentiert die Razzia gegen die mutmaßlichen Rechts-Putschisten mit den Worten: »Ein wichtiges Indiz für politische Wendezeiten ist die immer hysterischere Verfolgung der Opposition. Mittlerweile muß jeder Kritiker der Regierungspolitik, der eine gewisse Wirkmacht erlangt, befürchten, zum ‚Staatsfeind‘ erklärt zu werden.« In seinem »Neujahresgruß« zieht Höcke das Fazit: »Dieses Kartell ist am Ende. Krisen und Skandale folgen in immer kürzeren Abständen, politisch hat man große Pläne und möchte am liebsten alles gleichzeitig verändern, um dann doch nur hilflos auf Sicht zu fahren.« Abschließend schreibt Höcke: »In diesem Sinne: Ein frohes neues Jahr und viel Mut für die kommende politische Wende!« Veröffentlicht wurde der »Neujahresgruß« von Höcke auch vom rechtsextremen Blog Politically Incorrect.

PI-News / eingesehen am 4. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit / Türkei / Tansania / Mexiko:

Deutsche Corona-Schwurbler im Ausland

Anti-Corona-Demonstrationen flauen bundesweit nach und nach ab. Die Teilnehmerzahlen sinken im Tiefflug. Mehrere Querdenker-Schwadronierer haben sich zwischenzeitlich ins Ausland abgesetzt: Der Berliner Attila Hildmann ist in die Türkei geflüchtet, der baden-württembergische HNO-Arzt Bodo Schiffmann meldet sich aus Tansania, die niedersächsische Ärztin Carola Javid-Kiste hat in Mexiko eine neue Heimat gefunden. Gegen Hildmann wird wegen Volksverhetzung und Beleidigung ermittelt. Gegen Schiffmann ermittelt die Staatsanwaltschaft Heidelberg wegen falscher Maskenatteste und Volksverhetzung. Javid-Kiste wird das Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse und Volksverhetzung vorgeworfen.

https://www.youtube.com/watch?v=WLMv0Xtb_4E / eingesehen am 14. März 2023

<https://mamuyasafaris.com/2022/08/01/bodo-schiffmann-tansania-safari/>
eingesehen am 14. März 2023

<https://www.bitchute.com/video/NJ42In7yaRot> / eingesehen am 14. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
**Neonazi-Jahresrückblick für
»Baden und Württemberg«**

Die Neonazi-Kleinpartei Der III. Weg lässt auf ihrer Homepage das vergangene Jahr nochmals Revue für »Baden und Württemberg« passieren. Demnach waren ihre Aktivisten unter der Parole »Impfpflicht verhindern!« in Brackenheim und Reutlingen aufmarschiert. Am 6. März startete landesweit ihre Mobilisierung für die Kampagne »Ein Volk will Zukunft«, welche mit der Demonstration zum Arbeiterkampftag in Zwickau endete. Ebenfalls im März wurde der »Stützpunkt« Württemberg wiedergegründet. Im August fanden 13 Flugblattaktionen gegen die »ausufernde Ausländergewalt« statt. Ebenso führte man eine landesweite Kampagne »soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen« durch. Im August startete die Kampagne »Die wahre Krise ist das System«. Infostände dazu gab es in Balingen und Metzingen. In den Herbstmonaten führten Mitglieder zwei »nationale Streifengänge« in Reutlingen und in Villingen-Schwenningen durch. Am Volkstrauertag wurden Gedenkaktionen durchgeführt, »um würdig der Heldentaten unserer Ahnen zu gedenken.« Daneben gab es Ausflüge, z. B. zur Burg Hohenzollern, und Sonnwendfeiern zur Sommer- und Wintersonnwende fanden statt. Am Ende ihrer Bilanz wünschen die Neonazis »allen Freunden und Weggefährten ein erfolgreiches und gesundes Kampffahr 2023!«

Homepage Der III.Weg / eingesehen am 15. Januar 2023

Bundesweit:
**212 offene Haftbefehle
gegen 155 Reichsbürger**

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 212 offene Haftbefehle gegen 155 Reichsbürger (Stichtag: 30. September 2022). Das Bundeskriminalamt (BKA) ordnet aus dieser Zahl von Reichsbürgern 43 Personen eindeutig dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität rechts zu. Das BKA und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) unterscheiden zwischen Reichsbürgern und Rechtsextremisten. Das BfV zählt bundesweit etwa 23.000 Reichsbürger. Nur ein Teil der Reichsbürger gilt nach den Kriterien des BfV als rechtsextrem, nämlich 1250 Personen. Aus Sicht des Rechtsextremismus-Forschers Matthias Quent von der Hochschule Magdeburg-Stendal umfasst dieser Phänomenbereich »nicht immer alle Merkmale der extremen Rechten, aber dennoch finden sich grundlegende Gemeinsamkeiten und häufig enge Verbindungen«. In der Regel lehnten Reichsbürger wie auch Rechtsextreme die liberale Demokratie ab, orientierten sich an autoritären und nicht-demokratischen Gesellschaftsvorstellungen der Vergangenheit, teilten antisemitische Ideologien und seien anti-egalitär, so Quent.

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 9. Januar 2023 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, BT-Drs. 20/5183 vom 13. Januar 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/051/2005183.pdf> (S. 45) / eingesehen am 11. April 2023

<https://www.tagesschau.de/inland/reichsbuerger-offene-haftbefehle-101.html> /
eingesehen am 13. Januar 2023

Baden-Württemberg / Bundesweit:
**Theologischer Leserbrief aus der
Landeshauptstadt Stuttgart**

In dem in neurechten Kreisen gelesenen Zweimonatsmagazin Cato wurde in der Januar-Ausgabe ein Leserbrief von Pater Franz Schmidberger (FSSPX Stuttgart) veröffentlicht. Schmidberger beklagt in dem politischen Magazin eine »schwere Kirchenkrise unserer Tage« und den vermeintlichen »Linksdrall vieler Theologen und Bischöfe«. Energisch wendet er sich gegen die »jedem Konservatismus entgegengesetzte verwirrende Theologie von Papst Franziskus«. Schmidberger gehört der rechtsklerikalen Priesterbruderschaft St. Pius X., einer Priestervereinigung katholischer Traditionalisten, an. Abgelehnt wird das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) und insbesondere dessen Lehren über die Ökumene, Religionsfreiheit und Kollegialität der Bischöfe. Die Piusbruderschaft sieht das Konzil als »einen Spalt in der Kirche«, »durch den der Rauch Satans in die Kirche eingedrungen ist«.

Schmidberger, ehemals langjähriger deutscher Distriktoberer der Priesterbruderschaft, ist dem ewiggestrigen Gedankengut des Antijudaismus in Form der »jüdischen Ursünde« ergeben. 2008 schrieb er und die seinen in einem Weihnachtsrundbrief an die 27 deutschen Bischöfe und erinnerten sie an die angeblich jüdische Ursünde. Diese begreift die Juden als von Schuld befleckt: »Mit dem Kreuzestod Christi ist der Vorhang des Tempels zerrissen, der Alte Bund abgeschafft [...].

Damit sind aber die Juden unserer Tage nicht nur nicht unsere älteren Brüder im Glauben. Sie sind vielmehr des Gottesmordes mitschuldig, solange sie sich nicht durch das Bekenntnis der Gottheit Christi und die Taufe von der Schuld ihrer Vorväter distanzieren.« Die Zeilen von Schmidberger basieren auf einem Vortrag, den dieser im April 1989 vor der Bewegung actio spes unica gehalten hat. Actio spes unica erachtet ebenso wie die Piusbruderschaft die wesentlichen Standpunkte und Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils als mit dem katholischen Glauben unvereinbar.

Cato erscheint in der Cato Verlag GmbH, einer 100-prozentigen Tochter der Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. KG (JF). Das Magazin residiert in der Fasanenstraße in Berlin-Charlottenburg. Dort hat die Cato-Redaktion auch ihren Sitz in den Räumen der Bibliothek des Konservatismus der JF-nahen Förderstiftung konservative Bildung und Forschung (FKBF). Ständiger Mitarbeiter von Cato ist der neurechte Stratege Karlheinz Weißmann, seit Jahrzehnten Kolumnist der Jungen Freiheit. Das Magazin ging 2017 mit einer Druckauflage von 50.000 Stück auf den Markt.

Leserbrief von P. Franz Schmidberger (FSSPX Stuttgart), in: Cato (Magazin für neue Sachlichkeit), 1/2023, S. 85

<https://www.spiegel.de/politik/so-bitter-so-traurig-a-a476651e-0002-0001-0000-000063947481?context=issue> / eingesehen am 30. März 2023

<https://web.archive.org/web/20190710133558/https://www.tagesspiegel.de/advertorials/ots/kress-de-junge-freiheit-ist-alleingeschafter-des-neuen-magazins-cato/20301730.html> / eingesehen am 30. März 2023

**Österreich:
Der Antifaschist Karl Pfeifer
ist tot**

Im Rahmen der Vortragsreihe »Antisemitismus in Deutschland« des Generallandesarchivs Karlsruhe berichtete der österreichische Zeitzeuge und jüdische Journalist Karl Pfeifer am 30. November 2021 in einem Gespräch mit der Historikerin und Korrespondentin Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer über sein Leben und seine Erfahrungen als jüdischer Journalist »zwischen allen Stühlen« (so der Titel eines Filmes über sein Leben aus dem Jahr 2008). Am 6. Januar 2023 ist der Holocaust-Überlebende und mehrfach ausgezeichnete Journalist Karl Pfeifer im Alter von 94 Jahren in Wien gestorben.

Rechtsextremismus und dumpfer Nationalismus waren ihm, der einen großen Teil seiner Familie in Auschwitz »verlor«, seit seiner Kindheit zuwider. Seine letzten Lebensjahrzehnte hat Karl Pfeifer in den Dienst der Erinnerung an die Schoah gestellt. Aufklärung und Mahnung waren seine Berufung. Ein wichtiges Herzensanliegen waren ihm Zeitzeugengespräche mit Schülerinnen und Schülern. Pfeifer war ein umtriebiger Aufklärer über die NS-Zeit und den braunen Sumpf der Nachkriegsjahrzehnte Österreichs, ein kompromissloser Kämpfer gegen rechten und linken Antisemitismus, ein sensibler Analytiker des modernen Antisemitismus und dessen Traditionslinien, ein unermüdlicher Streiter wider primitive Ressentiments und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, ein Mahner, der schon früh vor dem Weg Ungarns unter Viktor Orbán, dem »Anführer und Rechtsextremisten« (O-Ton Pfeifer), in den Autoritarismus warnte.

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Rheinland-Pfalz / Bundesweit:
Ex-Neonazi-Parteimitglied darf
nicht Bundespolizist werden**

Das Verwaltungsgericht (VG) Mainz beschäftigte sich mit dem Fall eines Polizeianwärters bei der Bundespolizei. Der Mann, zuvor Zeitsoldat der Bundeswehr, wurde bei seiner Aufnahme in den Vorbereitungsdienst zum mittleren Polizeivollzugsdienst bei einer Bundespolizeibehörde am 1. März 2022 zum Beamten auf Widerruf ernannt. Eine interne Überprüfung ergab, dass der angehende Polizeivollzugsbeamte von 2013 bis Herbst 2021 zahlendes Mitglied in der neonazistischen Partei Der III. Weg war. Er wurde aus dem Beamtenverhältnis entlassen – und das zu Recht, so das VG Mainz (Beschl. v. 03.01.23, Az. 4 L 708/22.MZ).

Ein Polizeivollzugsbeamter, der die Ansichten einer rechtsextremen Partei jahrelang durch seine Mitgliedsbeiträge aktiv unterstützt habe, gefährde das Vertrauen der Gesellschaft und der Kollegen, hatte es zuvor in der Begründung der Polizeibehörde geheißen. Der Auszubildende widersprach und machte geltend, dass er vor seinem Dienstantritt bei der Polizei aus der Partei ausgetreten sei. Für das VG genügten jedoch die Zahlungen und die Mitgliedschaft. Die Zweifel der Polizeibehörde an der persönlichen Eignung des Antragstellers für ein Amt als Polizeivollzugsbeamter seien rechtlich nicht zu beanstanden. Die jahrelange zahlende Mitgliedschaft in der Partei Der III. Weg sei mit den Anforderungen an die charakterliche Zuverlässigkeit eines Polizeivollzugsbeamten und der Verfassungstreuepflicht nicht vereinbar.

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vgmainz-4l70822mz-polizeianwaerter-ausbildung-abbruch-rechtsextremistische-partei/> eingesehen am 11. Januar 2023

Nordrhein-Westfalen:
In Dortmund fusioniert Die Rechte mit der NPD

Dortmunder Neonazis der bundesweit von Auflösungserscheinungen geprägten neo-nazistischen Kleinstpartei Die Rechte sind Anfang Januar geschlossen dem dortigen NPD-Kreisverband beigetreten. Der NPD-Kreisverband firmiert seit dem 8. Januar nun unter dem Namen Die Heimat Dortmund. Mit »Heimat« will sich die NPD ein neues Image geben. An der Spitze von Die Heimat Dortmund stehen der frühere Bundesvorsitzende von Die Rechte, der knasterfahrene Sascha Krolzig, ein Jurist. Sein Stellvertreter ist Alexander Deptolla, der als Hauptverantwortlicher des Neonazi-Kampfsport-Events Kampf der Nibelungen gilt. In einem Rückblick bilanzieren die bisherigen Die-Rechte-Aktivisten: »Zehn Jahre lang war die Partei Die Rechte unsere politische Heimat. Wir haben in dieser Zeit kontinuierlich politische Arbeit geleistet, hunderte von Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt, wir haben für zahlreiche Medienskandale gesorgt und die Partei in den Dortmunder Stadtrat sowie in mehrere Bezirksparlamente geführt. Mit dem 'Tag der deutschen Zukunft' 2016 und der 'Europa erwache!'-Demo 2018 haben wir große Demonstrationen mit jeweils rund 1.000 Teilnehmern organisiert und durch unseren permanenten Aktivismus auf allen Ebenen dafür gesorgt, dass die Stadt Dortmund ihrem Ruf als nationale Hochburg in Westdeutschland auch weiterhin gerecht wird.«

<https://www.derwesten.de/staedte/dortmund/dortmund-die-heimat-mpd-rechte-id300372392.html> / eingesehen am 10. Januar 2023

Telegram-Kanal Heimat Dortmund / eingesehen am 10. Januar 2023

Ukraine:
1942: Massaker an Juden

Bachmut, im Südosten der Ukraine im sogenannten Donezkbecken gelegen, ist wegen der aktuellen Kriegsereignisse auch hierzulande bekannt. Völlig vergessen ist dagegen, dass Angehörige des Sonderkommandos 4b der Einsatzgruppe C dort zwischen dem 9. und 12. Januar 1942 bis zu 3.000 Juden in einem Alabasterbergwerk ermordeten. Die meisten Opfer wurden in einem unterirdischen Stollen bei lebendigem Leib eingemauert. Sie erstickten.

<https://www.memorialmuseums.org/staettens/druck/1494/> / eingesehen am 25. März 2023

Bundesweit:
Vor 100 Jahren wurde der einstige REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber geboren

Am 10. Januar 1923 wurde der spätere Unterscharführer der Waffen-SS, Franz Schönhuber, geboren. Schönhuber war im November 1983 gemeinsam mit den beiden früheren CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt Gründungsmitglied der Partei Die Republikaner (REP). Der langjährige REP-Bundesvorsitzende, so die Januar-Ausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift Zuerst!, »verlieh dem Bedürfnis nach einem ‚Normalisierungspatriotismus‘ eine markante Stimme, dem Wunsch, endlich wieder selbstbewußt nationale Interessen vertreten zu dürfen.« Demnach verlangte Schönhuber »den Auszug der Deutschen aus der babylonischen Gefangenschaft einer manipulierten Geschichtsschreibung« und erklärte, dass »der Fahrkartenschalter nach Canossa endgültig geschlossen« sei. 2005 starb Schönhuber 82-jährig in München. Der Stuttgarter Rolf Schlierer, Schönhubers Nachfolger als REP-Bundesvorsitzender, führte die Partei nach und nach ins parlamentarische und politische Aus. Zuvor war Baden-Württemberg ein Schwerpunkt der Republikaner: 1992 gelang den REP mit 10,9 % der Sprung in den Landtag. Das Ergebnis, das selbst die Republikaner überraschte, war damals der größte Erfolg einer rechtsextremen Partei, seit die 1952 bundesweit verbotene neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) bei der niedersächsischen Landtagswahl 1951 11 % auf sich hatte vereinigen können. 1996 gelang den REP in Baden-Württemberg zum ersten und letzten Mal der Wiedereinzug in einen Landtag - mit 9,1 % der Stimmen. Wie bei der Landtagswahl 1992 erreichte die Partei ihre besten Ergebnisse bei Männern und Arbeitern.

Frank Zastrow: »Jetzt red i«. Vor 100 Jahren wurde Franz Schönhuber geboren – ein Patriot zwischen Journalismus und Parteipolitik, in: Zuerst!, 1/2023, S.74f

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
AfD-Landtagsfraktion wählte neuen Vorstand

Die baden-württembergische AfD-Landtagsfraktion hat am 10. Januar einen neuen, auf fünf Landtagsmitglieder verkleinerten Vorstand gewählt. Als neuer Fraktionschef wurde Anton Baron, als Sohn russlanddeutscher Eltern in Kasachstan geboren, aus dem Wahlkreis Hohenlohe gewählt. Der 35-jährige Wirtschaftsingenieur setzte sich nach mehreren Stichwahlen gegen Emil Sänze durch. »Ich stehe für die Zukunftsfähigkeit unserer Fraktion und für die konsequente Fortsetzung unserer bürgerlich-konservativer Politik«, so Baron. Sein Kontrahent Sänze lästerte nach der Wahl über seinen Partei»freund«: »Ich sitze seit 2016 im Landtag mit ihm, aber mir ist kein Profil aufgefallen.«

Baron sei schon immer ein »Passgänger« gewesen, der sich an Starke angeschmiegt habe, sagte Sänze, der im Juli 2022 mit Markus Frohnmaier die Führung der AfD-Landespartei übernommen hatte.

Neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion ist der Fachinformatiker Daniel Lindenschmid aus dem Wahlkreis Backnang. Zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wählte die Fraktion erneut Rainer Podeswa sowie den Industriemeister Hans-Jürgen Goßner aus dem Wahlkreis Göppingen und Udo Stein, der wie Podeswa in seinem Amt bestätigt wurde. Die Neuwahl war notwendig geworden, weil der bisherige Fraktionschef Bernd Gögel sein Amt wegen eines laufenden Strafverfahrens wegen Steuervorwürfen niedergelegt hatte.

Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg: AfD-Fraktion wählt neuen Vorstand (10. Januar 2023)

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-im-landtag-generationswechsel-bei-der-afd-fraktion.b2fd4c20-7547-4e20-929d-e46ca44700f9.html> / eingesehen am 11. Januar 2023

**Bundesweit:
Rassismus in der Bundesrepublik
Deutschland**

Die Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, Integrationsbeauftragte und seit Februar 2022 zusätzlich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, hat am 11. Januar im Kabinett ihren Bericht »Rassismus in Deutschland: Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen« vorgelegt. Demnach hat mehr als jeder Fünfte in diesem Land bereits selbst Rassismus erfahren. »Gemeinsam sind wir die Brandmauer gegen rassistischen Hass,« sagte die Ministerin bei der Vorstellung ihres Berichts und bekräftigte: »Gemeinsam müssen wir Strukturen aufbrechen, damit Herkunft kein Schicksal ist.«

Der Lagebericht führt wichtige Erkenntnisse zusammen. Sie zeigen: Rassismus bewegt und trifft viele Menschen. So sagen 90 % der Befragten in einer repräsentativen Umfrage, dass es Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland gibt, 22% haben ihn selbst erfahren. Auch die Kriminalitätsstatistiken sprechen eine klare Sprache: Das Bundeskriminalamt listete 2021 in den Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität 21.964 rechte Straftaten. Darunter waren 1.042 Gewalttaten, von denen zwei Drittel rassistisch motiviert waren. Der Lagebericht arbeitet heraus, dass Rassismus viele Erscheinungsformen hat. Er manifestiert sich in Vorurteilen, Ausgrenzung und Diskriminierung bis hin zu Hasskriminalität. Um gegen Rassismus anzugehen, setzt die Beauftragte für Antirassismus auf verschiedene Maßnahmen. Beratungen sollten ausgebaut, Opferinitiativen finanziell stärker unterstützt werden. Zehn Millionen Euro stellt die Bundesregierung dafür im diesjährigen Haushalt bereit.

Den Rassismus-Bericht kommentierte der fraktionslose Bundestagsabgeordnete Matthias Helfrich (AfD) in dem Beitrag »Alibaba und die vierzig Rassismen« für den Onlineauftritt von Freilich, dem extrem rechten Magazin für »Selbstdenker« (Österreich): Rassismus definiert der Politiker als »eine märchenhafte Erzählung in wissenschaftlichem Gewand, die die herrschaftliche Funktion erfüllt, Kritik an Massenmigration per se zu diskreditieren und fortlaufende staatliche Zuwendungen an das linke Vorfeld zu rechtfertigen.«

<https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1864320/2157012/77c8d1dddeea760bc13dbd87ee9a415f/lagebericht-rassismus-komplett-data.pdf?download=1> / eingesehen am 15. Mai 2023

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lagebericht-rassismus-2156976/> / eingesehen am 12. Januar 2023

<https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/rassismus-erkennen-wirkungsvoll-bekaempfen/> / eingesehen am 12. Januar 2023

Homepage Freilich / eingesehen am 20. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Baden-Württemberg:
AfD-Speerspitze bei Querdenker-
Demo gegen die Corona-Politik
in Heidelberg**

Rund 200 Menschen, angeführt von den AfD-Politikern Christina Baum und Malte Kaufmann, haben am 11. Januar in der Heidelberger Innenstadt gegen die Corona-Politik demonstriert. Die Bundestagsabgeordneten hielten ein Banner, auf dem stand: »Aufarbeitung jetzt! Wir vergessen nicht«. Die Demonstrierenden skandierten immer wieder: »Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung«. In einer Rede bezeichnete Baum Corona als »weltweiten Schwindel«.

<https://kommunalinfo-mannheim.de/2023/01/13/heidelberg-protest-gegen-auftritt-von-afd-politikerin-christina-baum-bei-querdenker-demo/> / eingesehen am 11. April 2023

Bundesweit:
Großspende an AfD

Gemäß § 25 Abs. 3 Satz 2 und 3 des Parteiengesetzes sind Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000,- Euro übersteigen, der Präsidentin des Deutschen Bundestages unverzüglich anzuzeigen und von dieser unter Angabe des Zuwenders zeitnah als Bundestagsdrucksache zu veröffentlichen. Die höchste Spende, die im Januar 2023 einer im Bundestag vertretenen Partei zuging, war ein Betrag in Höhe von 265.050,- Euro an die AfD. Spender war der aus dem Hessischen stammende Bauunternehmer Hartmut Issmer im thüringischen Weimar. Issmer fiel in der Vergangenheit durch die Anmeldung bzw. die Organisation von einschlägigen Demonstrationen auf, sprach dort unter anderem von »Lügenpresse« und rief zum »Widerstand« auf.

<https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2023/> eingesehen am 10. Februar 2023

Unterrichtung durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages. Veröffentlichung von Spenden, die im Einzelfall die Höhe von 50.000,- Euro übersteigen (§ 25 Absatz 3 Satz 3 des Parteiengesetzes), BT-Drs. 20/5950 vom 13. März 2023): <https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005950.pdf/> eingesehen am 11. April 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
Bundestagspräsidentin Bas gedenkt Opfern der NS-»Euthanasie« in Bernburg

Im Kontext der diesjährigen Gedenkstunde des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas am 14. Januar in der Gedenkstätte für Opfer der NS-»Euthanasie« im sachsen-anhaltinischen Bernburg an der Saale (Salzlandkreis) der 14.000 dort ermordeten Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten sowie Häftlingen aus den Konzentrationslagern gedacht. Die als Duschaum getarnte Gaskammer in der heutigen Gedenkstätte ist gut erhalten. 1940 ging sie in Betrieb. Zu den Opfern in Bernburg zählten kranke, behinderte und sozial auffällige Menschen sowie jüdische Häftlinge, die hier zwischen 1940 und 1943 im Zusammenwirken von Ärzten, Juristen, Pflegepersonal und Verwaltung ermordet wurden. »Uns beschäftigt, was wir machen, wenn keine Zeitzeugen mehr da sind, damit die Opfer trotzdem einen Namen und ein Gesicht bekommen«, sagte Bas. »Wir haben hier noch nie Zeitzeugen gehabt, weil wir nur die Täter aussagen haben«, berichtete Gedenkstätten-Leiterin Ute Hoffmann aus ihrer Praxis.

Erstes Vernichtungszentrum der NS-»Euthanasie« war die Tötungsanstalt Grafeneck bei Goma-dingen im heutigen baden-württembergischen Landkreis Reutlingen. Von Januar bis Dezember 1940 wurden 10.654 Menschen aus Kliniken und Heimen der heutigen Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen ermordet. Im Oktober 2005 wurde in Grafeneck ein Ort der Information und Dokumentation, das Dokumentationszentrum Gedenkstätte Grafeneck, geschaffen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw03-bas-bernburg-928794/> eingesehen am 15. Januar 2023

Gedenkstätte Grafeneck. Dokumentationszentrum. Broschüre, Grafeneck 2018

Baden-Württemberg:
Das Königreich Deutschland und eine Bürgermeisterwahl in Württemberg

Für die Bürgermeisterwahl in Neudenu (Landkreis Heilbronn) am 5. März kandidierte mit dem Mental- und Persönlichkeitscoach Sebastian Müller ein Vortragsredner der reichsideologischen Gruppierung Königreich Deutschland (KRD). Das KRD lehnt bestehende staatliche Strukturen ab und versucht eigene Strukturen aufzubauen. Müller, einer von aktuell 13 »lizenzierten Vortragsrednern« des KRD erhielt bei der Wahl 42 Stimmen (1,5 %).

Das KRD empfiehlt, »sich selbst als parteiloser Bürgermeisterkandidat zur Verfügung zu stellen«. Weiter heißt es: »Hierbei unterstützen wir dich nach Absprache gerne.« In der Amtsübernahme sieht das KRD den ersten Schritt zur »Selbstverwaltung« einer Gemeinde. Am Ende soll der »Wechsel in die Ordnung des Königreiches Deutschland« stehen.

Das KRD ist ein Fantasiestaat, der sich außerhalb der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschlands verortet und sich als »ein Staat« versteht, »der auf dem Gebiete des Deutschen Reiches, welches völkerrechtlich fortexistiert und dessen Staatsgebiet von der Bundesrepublik Deutschland nur für eine Übergangszeit verwaltet wird, durch eine vorübergehende Sezession (Abspaltung) entstanden ist.« Vollmundig heißt es weiter: »Wenn sich die Ordnung, die Organisation und Struktur des Königreiches Deutschland flächendeckend ausgeweitet hat, wird das Königreich Deutschland die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches in Anspruch nehmen.« Noch im Gründungsjahr 2012 hat sich der gelernte Koch und ehemalige Karatelehrer Peter Fitzek im sachsen-anhaltinischen Wittenberg selbst zum König dieses Fantasiestaates gekrönt. Die Kernbotschaften Fitzeks sind von einem

Ideologierüst aus Antisemitismus, Nationalismus, Verschwörungsideologie und Demokratiefeindlichkeit getragen und gehen mit Umsturzphantasien einher. Laut KDR-Ankündigung hat Müller zuletzt am 4. März im Großraum Heilbronn zum Thema »Gemeinwohl-Strukturen Königreich Deutschland« referiert.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/buergermeisterwahl-neudenau-einspruch-100.html> / eingesehen am 11. April 2023

https://wahlergebnisse.komm.one/lb/produktion/wahltermin-20230305/08125068/presentation/ergebnis.html?wahl_id=1093&stimmotyp=0&id=ebene_-6196_id_10198 / eingesehen am 15. März 2023

Youtube-Kanal Sebastian Müller / eingesehen am 11. April 2023

Homepage Königreich Deutschland / eingesehen am 14. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Baden-Württemberg:
Erinnerung an Ludwig Marum**

Die Karlsruher Historikerin Monika Pohl, 2. Vorsitzende des Forums Ludwig Marum e.V., stellte in einem Vortrag am 19. Januar im Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) das politische Leben des badischen Sozialdemokraten und Juden Ludwig Marum vor. Der Titel ihres Vortrages lautete »Ludwig Marum: Erfolg und Scheitern eines Spitzenpolitikers in der Weimarer Republik«. Pohl schilderte Marums Rolle in der Novemberrevolution 1918, legte seinen Einsatz für den Erhalt der Weimarer Koalition dar und schloss mit einer Darstellung seines Einsatzes in der Reichspolitik von 1928 bis 1933. Für die Sozialdemokratie habe sich Marum – wie auch der badische Jude Ludwig Frank – aufgrund der entschiedenen Haltung der SPD gegen Antisemitismus entschieden, so die Referentin. Pohl warf schließlich die Frage nach einer angemessenen Erinnerungskultur auf, die nicht auf ritualisierte Formen des Gedenkens beschränkt sein will. Die Historikerin erinnerte auch an die am 6. Januar überraschend in Berlin verstorbene Andrée Fischer-Marum, eine Enkelin von Ludwig und Johanna Marum. GLA-Leiter Wolfgang Zimmermann betonte, dass es wichtig sei, »nicht nur den Leidensweg, sondern auch den Lebensweg« des 1934 im Konzentrationslager Kislau ermordeten Marum aufzuzeigen.

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**USA:
Milizmitglieder der Oath Keepers
wegen Sturms auf das US-Kapitol
verurteilt**

Joseph Hackett, Roberto Minuta, David Moerschel und Edward Vallejo, Anhänger der rechtsextremen Miliz Oath Keepers, sind zwei Jahre nach der Erstürmung des US-Kapitols am 6. Januar 2021 von einer Geschworenenjury am 23. Januar in der Hauptstadt Washington unter anderem wegen »auf-rührerischer Verschwörung« schuldig gesprochen worden – ein in der Justizgeschichte der USA nur sehr selten angewandter Straftatbestand. Ihnen drohen bis zu 20 Jahre Haft. Im November 2022 wurde bereits der Anführer der Organisation, Stewart Rhodes, wegen dieses Delikts schuldig gesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte im Prozess mehrfach hervorgehoben, dass die Mitglieder der rechtsextremen Miliz bereit waren, möglicherweise tödliche Gewalt auszuüben. Sowohl Minuta aus Texas als auch Vallejo aus Arizona hätten demnach Abgeordnete töten können, wären sie nicht von der Kapitolpolizei und der Nationalgarde davon abgehalten worden. Die Oath Keepers sind in den USA als regierungsfeindlich und gewalttätig eingestuft. Der abgewählte Präsident Donald Trump hatte nach der Präsidentschaftswahl vielfach widerlegte Wahlbetrugsvorwürfe erhoben. Am Mittag des 6. Januar 2021 rief der Republikaner seine Anhänger auf, zum Kapitol zu marschieren. Der folgende Angriff auf das Herz der US-Demokratie mit fünf Toten gilt als schwarzer Tag in der Geschichte der US-Demokratie. In den Wochen und Monaten nach der Kapitol-Erstürmung wurden mehr als 870 Angreifer festgenommen.

<https://www.fr.de/politik/usa-kapitol-sturm-oath-keepers-miliz-republikaner-donald-trump-urteil-straft-92045071.html> / eingesehen am 24. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesrepublik Deutschland /
Österreich / Belgien:
**Landesparlamente gegen
Antisemitismus**

Eine »Brüsseler Erklärung« zum Kampf gegen den zunehmenden Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens haben die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens im Rahmen der EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus anlässlich der Europa-Konferenz am 22. und 23. Januar 2023 in Brüssel verabschiedet. In der gemeinsamen Erklärung verweisen die Präsidenten auf eine »besorgniserregende Zunahme von Antisemitismus« und fordern eine stärkere Beteiligung der Landesparlamente an grenzüberschreitenden Projekten im Kampf gegen den Antisemitismus. Konkret bedeutet der Kampf gegen die Judenfeindlichkeit für die Parlaments-Präsidenten die Förderung des Gedenkens an den Holocaust, eine Sensibilisierung der Bevölkerung sowie eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Ursachen. Damit sich diese Ziele umsetzen lassen, schließt man sich auf der Landtagspräsidentenkonferenz auch zum Kampf gegen »Hass und Hetze« im Internet und gegen die Verbreitung von Verschwörungstheorien auf europäischer Ebene zusammen. »Dankbar« nehmen die Präsidentinnen und Präsidenten wahr, »dass jüdisches Leben und jüdische Kultur nach der nationalsozialistischen Verfolgung und dem Völkermord heute wieder selbstverständlich sichtbar und erlebbar sind«, so die gemeinsame Erklärung. Die Konferenz koordiniert die Interessen der deutschsprachigen Landesparlamente. Die Präsidentinnen und Präsidenten tagen regelmäßig unter jährlich wechselnder Federführung und erörtern aktuelle Herausforderungen der Landtage, Fragen des Föderalismus und die Position der Landesparlamente in Europa.

<https://www.parlament-berlin.de/Meldungen/spitzen-der-landtage-in-sorge-wegen-antisemitismus-in-europa-konferenz-unter-fuehrung-von-nordrhein-westfalen-verabschiedet-erklarung-in-brussel> / eingesehen am 24. Januar 2023

Bayern / Philippinen:
**Verschwörungsideologe wegen
Volksverhetzung verurteilt**

Der rechtsextreme Verschwörungsideologe und Hass-Hetzer auf Telegram, der aus München stammende 54-jährige Oliver Janich, seit 2016 auf der philippinischen Insel Tablas wohnhaft, hat per Strafbefehl aus der Bundesrepublik Deutschland eine Freiheitsstrafe, zur Bewährung ausgesetzt, von zehn Monaten wegen Volksverhetzung, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, Belohnung und Billigung von Straftaten, Beleidigung und übler Nachrede bekommen. Der frühere Journalist (u.a. Focus Money) Janich hatte via Telegram Menschen beleidigt und zur Exekution von Politikern aufgerufen. Auf Telegram folgten ihm rund 150.000 Abonnenten. Den von der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus beantragten Strafbefehl hat das Amtsgericht München erlassen.

Der QAnon-Anhänger war zeitweilig Bundesvorsitzender der Partei der Vernunft. Im Grundsatzzprogramm der Partei (beschlossen auf dem Bundesparteitag am 17. Juni 2012) wird verlautbart: »Kohlendioxid (CO₂) ist für das Gedeihen der Pflanzenwelt lebensnotwendig (Photosynthese). Ohne CO₂ gibt es kein Leben auf der Erde. Sämtliche mit der Klimahysterie begründeten Maßnahmen sind daher sofort einzustellen und bereits in der Vergangenheit angelaufene Programme sind schnellstmöglich zu stoppen, bis in einem offenen Diskurs der wissenschaftliche Beweis erbracht ist, dass anthropogenes (durch den Menschen verursachtes bzw. entstandenes) CO₂ tatsächlich negative Auswirkungen auf unsere Umwelt hat.«

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/verschwoerungsideologe-oliver-janich-straefbefehl-volksverhetzung-muenchen-philippinen-1.5738272> / eingesehen am 24. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
**Ex-Verteidigungsminister
beklagt »linksgestrickte
Meinungsdiktatur«**

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und Vizefraktionsvorsitzende Rupert Scholz, von 1981 bis 1988 Senator für Justiz in Berlin und von 1988 bis 1989 Bundesverteidigungsminister, beklagte sich in einem Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit über die bundesdeutsche Medienlandschaft. Diese sei »politisch sehr einseitig geworden«, erinnere ihn »ja in Ansätzen an die Zwangspädagogik einer vor allem linksgestrickten Meinungsdiktatur«. Staatsrechtler Scholz, Gelegenheitsautor der extrem rechten Zweimonatszeitschrift Cato, stand auch schon der rechtsextremen Monatszeitschrift Zuerst! Rede und Antwort.

Interview mit Rupert Scholz, in: Junge Freiheit, Nr. 5 (27. Januar 2023), S. 3

Interview mit Rupert Scholz, in: Zuerst!, 3/2022, S. 31

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Mecklenburg-Vorpommern /
Sachsen / Bayern / Baden-
Württemberg:
**Proteste gegen Unterkünfte
für Flüchtlinge**

Rechtsextreme Gruppen, vor allem die Neonazi-Kleinstparteien Der III. Weg (in mehreren Bundesländern) und die Freien Sachsen (im Freistaat), nutzen den Unmut in den Kommunen hinsichtlich der immer schwieriger werdenden Unterbringung von Flüchtlingen für ihre Stimmungsmache gegen Geflüchtete. In vielen Kommunen sind die Kapazitäten für die Unterbringung von Flüchtlingen erschöpft. Wohnungen sind Mangelware.

Bundesweite Schlagzeilen lieferte in diesem Kontext das Dorf Upahl bei Grevesmühlen in Mecklenburg-Vorpommern. Vor dem Sitzungsgebäude des Kreistages von Nordwestmecklenburg in Grevesmühlen kamen nach Polizeiangaben am 26. Januar 700 Menschen zusammen. An diesem Tag hat das Kommunalparlament über den Bau einer Containersiedlung für 400 Flüchtlinge in der 1.600 Einwohner zählenden Ortschaft Upahl ab- und zugestimmt. Nur mit einem Großaufgebot, es waren rund 120 Polizeibeamte unter anderem aus Wismar, Rostock und Neubrandenburg im Einsatz, konnte die Polizei verhindern, dass sich Protestierende Zugang zum Sitzungsgebäude verschafften.

Die Neonazis des III. Weges kommentierten die Vorgänge mit den Worten: »Einmal mehr steht fest: Die volksfeindlichen Bundesregierungen jeglicher Couleur reichen den Asylruck gadenlos an die Länder weiter. Am Ende der Befehlskette stehen die Kreise bzw. die Bürgermeister der Gemeinden, die aufgefordert werden, nach geeigneten Flächen und Gebäuden für die Unterbringung von ‚Geflüchteten‘ zu suchen.« Eigenangaben der Neonazis zufolge verteilten Parteiaktivisten vor Ort Flugblätter, »um die Bevölkerung über kriminelle Ausländer aufzuklären.« Der III. Weg fordert »ein sofortiges Ende der imperialistischen Kriegstreiberei durch die USA und Israel, welche vielfach Flüchtlinge hervorrufen«.

Die rechtsextreme Zeitschrift Zuerst! jubilierte wegen der Proteste: »Wegen der neuen Asyl-Flut sollen in Mecklenburg-Vorpommern über Nacht riesige Containerdörfer hochgezogen werden. Proteste verbreiten sich wie ein Lauffeuer. Ein Dorf (= Upahl) ist zum Symbol des Widerstandes geworden.«

Der AfD-Kreistagsvertreter Christoph Grimm reichte Klage gegen den Beschluss des Kreistages von Grevesmühlen vor dem Verwaltungsgericht Schwerin ein. Das Verwaltungsgericht Schwerin erließ am 3. März eine einstweilige Anordnung, wonach der Landkreis erst bauen darf, wenn eine unter Beteiligung der Gemeinde erteilte Baugenehmigung vorliegt. Laut Innenministerium könnten derartige Bauten dennoch genehmigt werden. Am 24. März demonstrierten ca. 300 Menschen erneut vor dem Tagungsgebäude des Kreistages Nordwestmecklenburg gegen die in Upahl geplante Flüchtlingsunterkunft. Die Versammlung stand unter dem Motto »Upahl sagt weiterhin NEIN!«.

Während die aggressiven Proteste um die Flüchtlingsunterkunft in Upahl für bundesweite Schlagzeilen sorgten, wurde andernorts ohne entsprechendes mediales Interesse aufmarschiert. So kam es am 31. Januar im nordsächsischen Strelln zu Protesten gegen die geplante Unterbringung von Geflüchteten in der Gemeinde im Kreis Nordsachsen bei Leipzig. Demonstriert wurde vor der Öffentlichkeit, in der eine öffentliche Informationsveranstaltung zur geplanten Unterbringung stattfinden sollte. Einige Demonstrierende versuchten, den Sitzungssaal der Tagungsstätte zu stürmen. Dies mussten Einsatzkräfte unterbinden, indem sie eine Kette um den Einlass bildeten.

Am 27. Februar eskalierte im Greifswalder Ostseevierviertel eine 500-köpfige Demonstration gegen eine geplante Container-Unterkunft für Geflüchtete. Die Demonstranten hatten sich unangemeldet am Ort der geplanten Unterbringung versammelt. In unmittelbarer Nähe fand zeitgleich eine Sitzung der Ortsteilvertreter statt. Die Polizei musste den Oberbürgermeister Stefan Fassbinder (Grüne) beschützen. Nur durch körperliche Gewalt und den Einsatz eines Schlagstocks gelang es der Polizei, den Kommunalpolitiker unbehelligt von der Sitzung zu eskortieren. Der Vorsitzende der Greifswalder AfD-Fraktion, Nikolaus Kramer, führte in einer Stellungnahme zur geplanten Flüchtlingsunterkunft aus: »Die Asylkrise hat Mecklenburg-Vorpommern fest im Griff. Schon lange sind die Kommunen an ihre Grenzen gestoßen. Nun soll auch in Greifswald ein weiteres Container-Dorf entstehen. Im ganzen Land regt sich gegen diese realitäts- und bürgerferne Politik Widerstand.« Der Landessprecher der AfD Mecklenburg-Vorpommern und Bundestagsabgeordnete für Greifswald, Leif-Erik Holm, fordert den Stopp des geplanten Containerdorfs und erklärte: »Die Empörung über die geplante Massenunterkunft ist nachvollziehbar.«

Auch in den alten Bundesländern wird wieder gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte protestiert. So soll im bayerischen Zapfendorf (Landkreis Bamberg) ein Containerdorf für Asylsuchende entstehen. Die Gemeinderatssitzung am 26. Januar 2023 wurde von Beschimpfungen und Bedrohungen aus der Zuhörerschaft sowie von im Vorfeld verteilten rechtsextremen Flugblättern aus dem Umfeld des III. Weges begleitet.

Auch eine geplante Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Großostheim (Landkreis Aschaffenburg) sorgte schon im Vorfeld für Aufregung. Bei einer Sondersitzung des Gemeinderats am 28. Februar gab es hitzige Debatten. Auch Querdenker und die rechtsextreme Szene mobilisierten gegen die Flüchtlingsunterkunft.

Im baden-württembergischen Pfedelbach (Kreis Heilbronn) wurden 1.500 Unterschriften gegen eine Asylunterkunft in einem ehemaligen Seniorenzentrum gesammelt. Ein AfD-Kreisrat half den Initiatoren beim Aufsetzen des Schreibens. Unaufgeklärt bis heute ist ein Brandanschlag am 17. November 2016 auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in Pfedelbach (vgl. RECHTS.GESCHEHEN 2, S.16). Der Sachschaden betrug über eine Million Euro. Das Gebäude musste abgerissen werden.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 19. Februar 2023

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 27. Februar 2023

Johannes Maerker: Ein klares Nein. In der Gemeinde Upahl wehren sich die Bürger gegen den Bau einer Asylunterkunft. Ein Ortsbesuch, in: Zuerst!, März 2023, S. 38f

Paul Klemm: Die Küste brennt, in: Compact 4/2023, S. 27 - S. 29; hier: S. 27 (Abonnement-Ausgabe wurde bereits im März zugestellt)

<https://www.stern.de/gesellschaft/regional/mecklenburg-vorpommern/demonstrationen—erneut-protest-gegen-fluechtlingsunterkunft-in-upahl-33315614.html> / eingesehen am 30. März 2023

<https://www.tag24.de/nachrichten/regionales/sachsen/infoveranstaltung-zu-neuer-gefluechteten-unterkunft-in-nordsachsen-eskaliert-2735458> / eingesehen am 1. Februar 2023

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Protest-gegen-Fluechtlingsunterkunft-in-Greifswald-eskaliert,greifswald462.html> / eingesehen am 28. Februar 2023

<https://afd-mv.de/aktuelles/2023/02/afd-landtagsfraktion-mv-asykrise-in-mv-naechstes-container-dorf-in-greifswald> / eingesehen am 28. Februar 2023

<https://afd-mv.de/aktuelles/2023/02/leif-erik-holm-mdb-greifswalder-containerdorf-ist-sozialer-sprengstoff> / eingesehen am 28. Februar 2023

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 28. Februar 2023

<https://www.infranken.de/lk/bamberg/zapfendorf-nach-tumulten-in-sendung-quer-der-iii-weg-vor-allem-in-oberfranken-aktiv-art-5652379> / eingesehen am 4. März 2023

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/protest-gegen-geplante-gemeinschaftsunterkunft-in-grossostheim,TXELPEF> / eingesehen am 1. März 2023

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/tarnmodus-rechtsausen-afd-im-gewand-einer-buergerinitiative-95539> / eingesehen am 11. April 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:

Bundestag: Gedenken an die von den Nationalsozialisten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Verfolgten und Ermordeten

Der 27. Januar ist der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. An diesem Tag wurden 1945 die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befreit. Wie kein anderer Ort symbolisiert das größte deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager die Verbrechen der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Ermordungsmaschinerie, bei der die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Europas systematisch ermordet wurde. »Mindestens 1,3 Millionen Menschen haben die Nationalsozialisten nach Auschwitz deportiert. Darunter 1 Million Jüdinnen und Juden. Die meisten wurden gleich nach ihrer Ankunft ermordet. Auschwitz ist Tatort und Sinnbild des Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden. Inbegriff des Holocaust. Eines Verbrechens, das in der Geschichte der Menschheit ohne Vergleich ist. Und für das wir Deutschen Verantwortung tragen«, führte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2023 aus.

Bas gedachte in ihrer Rede aller Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen; neben den ermordeten Juden Europas auch »der Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft und Vernichtungspolitik insbesondere in Mittel- und Osteuropa, der Sinti und Roma, der Opfer der sogenannten ‚Euthanasie‘, der wegen ihrer politischen Überzeugung oder ihres christlichen Glaubens verfolgten Menschen, der Zeugen Jehovas, der Angehörigen sexueller Minderheiten, der als ‚asozial‘ Diffamierten«. Die Bundestagspräsidentin erinnerte ebenso an die Kriegsgefangenen und die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie an diejenigen, die Widerstand leisteten und deswegen hingerichtet wurden«. Bas weiter: »Wir gedenken aller Menschen, die von den Nationalsozialisten verfolgt, beraubt, gedemütigt, ausgegrenzt, entrechtet, gequält und ermordet wurden.«

Ins Zentrum der Erinnerung anlässlich der diesjährigen Gedenkstunde stellte der Bundestag eine Gruppe, die Jahrzehnte nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus weiterhin gesellschaftlicher Diskriminierung und im Fall der Männer strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt

war: Menschen, die von den Nationalsozialisten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt wurden. 50.000 Männer wurden von 1933 bis 1945 aufgrund des seit 1872 geltenden § 175, der sexuelle Handlungen unter Männern unter Strafe stellte, inhaftiert. Bis zu 15.000 kamen in Konzentrationslager. Bis zur Streichung des Gesetzes 1994 gab es noch rund 53.500 Verurteilungen mit teils zehnjähriger Haft.

Bas wiederholte in ihrer Rede eine Aussage, die sie bereits vor einem Jahr im Bundestag getroffen hatte: »Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit finden sich keineswegs nur am äußersten Rand. Insbesondere Antisemitismus nimmt immer öfter auch versteckte Formen an – etwa bei der Dämonisierung des Staates Israel oder in Verschwörungsbehauptungen während der Coronapandemie.« Die Bundestagspräsidentin hob hervor, dass die Bundesrepublik Deutschland eine »lebendige Erinnerungskultur« brauche. »Viele Menschen in unserem Land glauben, Deutschland hätte sich bereits mehr als genug mit der Shoa beschäftigt. Das ist ein Irrtum. Es kann keinen Schlussstrich geben!«

Bas betonte, »wir alle« seien »gefordert, gegen Diskriminierung aufzustehen. Eine freiheitliche, offene Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit. ‚Nie wieder‘ – das ist ein Auftrag. Für uns alle. Jeden Tag.« Bas rief am Ende ihrer Rede die Parlamentarierinnen auf: »Kämpfen wir gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit! Engagieren wir uns für Toleranz und Vielfalt. Für eine Gesellschaft, in der die Würde aller Menschen tatsächlich unantastbar ist.«

Bei der feierlichen Gedenkstunde für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung waren von den insgesamt 78 AfD-Abgeordneten nur 27 anwesend. Unter den Abgeordneten der queer-feindlichen Partei, die der Gedenkstunde fernblieben, waren unter anderem Alice Weidel, Alexander Gauland und Stephan Brandner.

Das Parlament. Debattendokumentation. Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2023. S.1f

BPA Bulletin 27. Januar – Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus – Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2023

Rede von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas zur Begrüßung bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus: <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2023/20230127-931310/> eingesehen am 13. April 2023

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_100119538/grossteil-der-afd-abgeordneten-nicht-beim-holocaust-gedenken-im-bundestag.html / eingesehen am 27. Januar 2023

<https://irg-baden.de/de/news/27-januar-internationaler-tag-des-gedenkens-an-die-opfer-des-holocaust/> eingesehen am 27. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg /
Rheinland-Pfalz / Saarland:
**Neue Website bündelt
Informationsangebote
zur Deportation der
jüdischen Bevölkerung
in das Lager Gurs**

Eine neue Website bündelt die Informationsangebote zur Deportation der jüdischen Bevölkerung in das südfranzösische Lager Gurs. Dadurch wird ermöglicht, dass sich Bürgerinnen und Bürger über das Schicksal der mehr als 6.000 deportierten Jüdinnen und Juden gut informieren können. Auf der zentralen Website www.gurs.education sind seit dem 27. Januar 2023, dem Internationalen Holocaust-Gedenktag, die vorhandenen Informationsangebote zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Südwestdeutschlands in das Lager Gurs freigeschaltet. Dort sind die Informationsangebote des Landesarchivs Baden-Württemberg, des baden-württembergischen Kultusministeriums, der Landeszentralen für politische Bildung in Mainz und Saarbrücken, des Bezirksverbands Pfalz sowie der Stadtverwaltung Karlsruhe vernetzt. Ein weiterer Link führt auch zur Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin, die mit finanzieller Unterstützung der südwestdeutschen Kommunen und Länder eine Ausstellung zum Thema Gurs erarbeitet hat. Darüber hinaus steht dort auch der neue Dokumentarfilm »DAS ELENDE VERGESSEN – Künstler hinter Stacheldraht in Gurs« zum Abruf bereit.

»Mit den neuen Angeboten wollen wir ermöglichen, dass man sich über das Schicksal der mehr als 6.000 deportierten Jüdinnen und Juden gut informieren kann, auch wenn man nicht direkt vor Ort am Fuß der Pyrenäen sein kann. Dies ist ein wichtiger Beitrag für eine zeitgemäße Erinnerungskultur und gerade für junge Menschen von Bedeutung«, sagte Baden-Württembergs Kultusministerin Theresa Schopper. Die neue Website wurde vom Landesarchiv Baden-Württemberg im Auftrag der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der Kommunen, aus denen die Deportierten stammten, erarbeitet. Das Landesarchiv hatte bereits zuvor im landeskundlichen Informationssystem LEO-BW eine umfangreiche Datenbank mit den Biogrammen der

Jüdinnen und Juden eingerichtet. Auch im Saarland existiert seit 2020 mit <https://gurs.saarland> eine Internetseite zur Geschichte des Lagers Gurs, die entsprechende Lernmaterialien anbietet. »Das multimediale Angebot schafft einen länderübergreifenden Zugang und verbindet das Gedenken und Erinnern an die Verschleppten und Ermordeten mit der Dokumentation und Aufarbeitung ihrer Schicksale,« sagte Prof. Dr. Gerald Maier, der Präsident des Landesarchivs.

Die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden (IRG Baden) als Dachverband der zehn jüdischen Gemeinden im Landesteil Baden unterstützt das Vorhaben ausdrücklich. »Historische Kenntnis schafft Verbundenheit mit den persönlichen Schicksalen und stärkt das Bewusstsein für die Notwendigkeit, das Wissen zu bewahren und weiterzutragen. Deswegen ist es wichtig, dass insbesondere junge Menschen Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen und Quellen erhalten, um sich über die Geschehnisse vor 80 Jahren in Gurs aus erster Hand ein eigenes Bild machen zu können«, sagte der Vorsitzende Rami Suliman und erklärte: »Wir danken den drei beteiligten Bundesländern, dem Landesarchiv Baden-Württemberg und insbesondere dem federführenden Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg dafür, diesen Weg moderner Erinnerungskultur mit immer neuen Ideen unbeirrt zu gehen und auch den Erhalt der – nach jüdischem Glauben – ewigen Gräber der durch die Deportation verstorbenen Jüdinnen und Juden konsequent weiterzuverfolgen.«

Am 22. Oktober 1940 wurde die jüdische Bevölkerung der Städte und Gemeinden in Baden und der damaligen Saarpfalz mit neun Eisenbahnzügen in das unter Kontrolle des Vichy-Regimes stehende Lager Gurs in der Nähe von Pau in Frankreich deportiert. Die sogenannte Wagner-Bürckel-Aktion, benannt nach den damaligen Gauleitern, gilt als erste systematische Deportation von Jüdinnen und Juden und als Testlauf für die Deportationen in die Vernichtungslager, wie sie im Rahmen der Wannsee-Konferenz konzipiert wurde.

Die drei Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland sowie die Heimatorte der Deportierten haben sich zum Ziel gesetzt, die Erinnerung an die nach Gurs Deportierten und die Gräber der in Südfrankreich Bestatteten zu erhalten. Hierzu ist ein Kuratorium eingerichtet. Operativ nimmt die Aufgabe das baden-württembergische Kultusministerium wahr und kooperiert dabei eng mit dem Bund, der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden sowie mit französischen Dienststellen.

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/nachrichten/75255> / eingesehen am 27. Januar 2023

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/neue-website-zur-deportation-der-juedischen-bevoelkerung-nach-gurs> / eingesehen am 27. Januar 2023

<http://www.gurs.education> / eingesehen am 13. April 2023

<https://gurs.saarland> / eingesehen am 13. April 2023

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Thüringen / Bundesweit: Rechtsextreme Impfgegner

Christian Bärthel, ein thüringischer Neonazi, Holocaust-Leugner und selbsternannter »bibeltreuer Christ«, bietet auf seinem Blog ein pdf-Formular für Impfgegner an. »Wiederholt werden Eltern, die ihre Kinder aufgrund ihres Glaubens nicht impfen lassen wollen, mit Bußgeldverfahren überzogen. Da ich um Hilfe bei der Beantwortung im Anhörungsverfahren gebeten wurde, hier ein Vordruck, den betroffene Glaubensgeschwister nutzen können. Mit herzlichen Grüßen und Segenswünschen aus Thüringen, Euer Christian«, so die entsprechende Mitteilung zu dem Formular von Bärthel. Im Text des Formulars werden Impfungen mit »Giftspritzen« gleichgesetzt.

2013 wollte der einschlägig verurteilte Bärthel in Baden-Württemberg politisch aktiv werden. Im badischen Rickenbach (Landkreis Waldshut) plante er, sich als Kandidat für die Bürgermeisterwahl aufstellen zu lassen, scheiterte jedoch. Der Wahlausschuss hatte Zweifel an Bärthels demokratischer Gesinnung und ließ ihn nicht zur Kandidatur zu. Kurz darauf ging der Neonazi das nächste Projekt an. Er bewarb sich beim »Konklave zur Papstwahl / Vatikan« (»Liebe Mitglieder des Konklaves, liebe Kardinäle, liebe Mitbrüder«) als Nachfolger von Papst Benedikt XVI., »den der lebendige Gott uns noch lange erhalten möge.« In seinem Schreiben, das der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus vorliegt, teilte Bärthel mit: »Durch meine Wahl bremst man das Aufkommen des Antichrist an der Spitze der katholischen Kirche aus, dessen Erscheinen ja nach der Prophetie ansonsten unmittelbar bevorsteht.«

Blog Christian Bärthel / eingesehen am 27. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
**Maaßen, die CDU, die WerteUnion
 und Antisemitismus**

Hans-Georg Maaßen ist neuer Chef der 2017 gegründeten WerteUnion e.V. (Sitz Plankstadt, VR 702453 Amtsgericht Mannheim), die keine anerkannte Parteigliederung der Union ist. Im Jahr 2021 war überraschend der Ökonom Max Otte, damals noch CDU-Mitglied, später aus der CDU ausgeschlossen, zum Nachfolger des WerteUnion-Gründungsvorsitzenden Alexander Mitsch gewählt worden. Otte musste den Vorsitz jedoch abgeben, nachdem er im Februar 2022 als Kandidat der AfD für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert hatte.

Die WerteUnion, nach Eigenverständnis eine »konservative Basisbewegung innerhalb der CDU/CSU«, hat laut Eigenangaben 4.000 zahlende Mitglieder in ihren Reihen. Nach deren Auffassung war die CDU unter der damaligen Parteivorsitzenden Angela Merkel zu weit nach links gerückt. Es müssten wieder konservativere Positionen vertreten werden, fordert der Verein. Maaßen erhielt bei der Mitgliederversammlung am 29. Januar 95% der abgegebenen Stimmen.

Maaßen war von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz. Er musste den Posten räumen, nachdem er rechtsextreme Ausschreitungen in Chemnitz am 26. August 2018 in Zweifel gezogen hatte. 2021 scheiterte Maaßen bei der Bundestagswahl als CDU-Direktkandidat in Thüringen. Er wolle sich als Vorsitzender der WerteUnion »für die Durchsetzung christlich-demokratischer Ziele, für konservative und liberale Werte und gegen jede Art von Ökosozialismus und Gender-Wokismus einsetzen«, erklärte Maaßen vor der Wahl.

Im »Konservativen Manifest« der WerteUnion wird postuliert: »Als dicht besiedeltes Industrieland ist Deutschland ungeeignet zur Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Ihre Aufnahme ist auch ethisch unververtretbar, denn sie ist viel aufwändiger als die Unterbringung im sicheren Ausland. [...] Wir wollen eine restriktive Migrationspolitik, die sich ausschließlich am Fachkräftebedarf unseres Landes orientiert. Wir fordern die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Rückkehr zum Staatsangehörigkeitsrecht«. An anderer Stelle wird von der WerteUnion verlautbart: »Ehe und Familie sind für uns die wichtigsten Grundlagen unserer Gesellschaft. Dabei sehen wir das Leitbild ‚Vater, Mutter, Kinder‘ als elementaren Grundpfeiler an. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns gegen staatliche Förderung der ideologisch motivierten sogenannten Genderforschung aus.«

Das vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Monatsmagazin Zuerst! kommentierte die Wahl von Maaßen mit den Worten: »Der Union steht eine Zerreißprobe bevor: mit der Wahl des ehemaligen Verfassungsschutz-Chefs Hans-Georg-Maaßen zum neuen Vorsitzenden der ‚Werteunion‘ hat sich erstmals seit langem das konservative Lager in der Union artikuliert und sich klar gegen den derzeitigen Kurs der Union positioniert.«

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, hat seinem Vorgänger Hans-Georg Maaßen vorgeworfen, der Behörde mit radikalen rechten Äußerungen zu schaden: »Äußerungen, die ich in ähnlicher Weise eigentlich nur vom äußersten rechten Rand politischer Bestrebungen wahrnehmen kann«, so Haldenwang. Er schließe sich Äußerungen unter anderem des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, an, der »eindeutig antisemitische Inhalte« sieht. Diese Einschätzung teile auch der Zentralrat der Juden in Deutschland, so Haldenwang. Grund ist ein Tweet Maaßens vom 13. Januar, in dem er behauptet, »die treibenden Kräfte im politischen-medialen Raum« hätten als »Stoßrichtung« einen »eliminatorischen Rassismus gegen Weiße« und den »brennenden Wunsch, dass Deutschland verrecken möge«. Treibende Kräfte in Politik und Medien wollten also »die Weißen« vernichten. »Hans-Georg Maaßen ist in der Vergangenheit schon häufiger mit hochproblematischen Äußerungen hervorgetreten«, sagte Klein im Interview. »Die jüngst von ihm in einem Tweet verwendete Formulierung eines angeblichen ‚eliminatorischen Rassismus‘ gegen Weiße überschreitet nun aber ganz klar die Grenze demokratischer Legitimität.« Denn »die Übernahme von Vokabular, das zur Beschreibung der nationalsozialistischen Verbrechen geprägt wurde«, relativiere die Shoah und verdrehe Täter- und Opferrollen. Dies sei »typisch für antisemitische Hetze« und die Strategie der Neuen Rechten, sich selbst zum Opfer zu machen.

Hetzerische Töne gab Maaßen auch im Januar gegenüber der Schweizer Weltwoche kund: »Lassen Sie uns Klartext reden: Die politische Linke will die ungesteuerte Massenzuwanderung, wobei Flüchtlingsschutz oder die Zuwanderung von Fachkräften allenfalls Vorwände sind. In links-grünen Kreisen wird offen gesagt, dass die Massenzuwanderung der ‚Enthomogenisierung‘ dient. Um das einordnen zu können, muss man verstehen, was der ideologische Hintergrund ist. Axel Steier, eine massgebende Person der grün-linken ‚Seenotretter‘, hat das dieser Tage ziemlich freimütig auf Twitter erklärt. Nach seinem Weltbild würde es in Zukunft keine ‚Weissbrote‘ (das sind die ethnischen Deutschen) mehr geben. Sie würden aussterben. Durch die Migration erfolgt die ‚Enthomogenisierung‘ der ‚Weissbrote‘, und damit werde die Evolution beschleunigt. ‚In 50–100 Jahren wird es keine Weissbrote mehr geben, weil sich ihre Nachkommen für ein*n Partner*in entscheidet, der nicht weiss ist.‘ Derartige Aussagen sind kein radikaler Unsinn eines bekifften Grünen, sondern sind ein zentrales Element der Ideologie der sogenannten Anti-Deutschen in den linken Parteien

(Grüne, SED/Die Linke, SPD und linker Flügel der CDU) und korrespondieren auch mit Elementen der Woke-Ideologie. Auch wenn dies als Gegenbild zur NS-Ideologie erscheint, ist diese Ideologie mit ihrem antideutschen und antiweissen Rassismus, der menschenverachtenden Unterscheidung zwischen Menschen verschiedener Klassen, und mit der Anmassung, den Willen der Evolution zu vollziehen und durch Migration zu beschleunigen, nichts anderes als die Rassenlehre mit umgekehrten Vorzeichen. Es ist ein Menschenzuchtprogramm, wobei die ‚Weissbrote‘ als minderwertig angesehen werden. Deshalb empfinden die Anhänger dieser Ideologie auch keine Empathie für deutsche Opfer von Migrantengewalt.«

Die CDU prüft angesichts Äußerungen dieser Art von Maaßen ein Ausschlussverfahren. Maaßen hält ein Parteiausschlussverfahren für aussichtslos. »Durch die Forderung eines Parteiausschlussverfahrens lasse ich mich nicht einschüchtern und auch nicht beeindrucken, weil ich nicht glaube, dass ich in irgendeiner Weise die Voraussetzungen für ein Parteiausschlussverfahren erfüllt habe«, äußerte sich Maaßen gegenüber der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit. In der Jungen Freiheit kommentierte Thilo Sarrazin: »Er wird knallhart bekämpft, weil er konsequent auf die Risiken kulturfremder Masseneinwanderung und einer verfehlten Asylpolitik hinweist. Deshalb will man ihn mundtot machen, und darum will ihn die CDU-Führung aus der Partei ausschließen.«

Maaßen ist Präsident des Stiftungsrates der im Juli 2021 gegründeten ATLANTIS Stiftung im schweizerischen Kanton Zug. Dem entsprechenden Auszug des Handelsregisteramts des Kantons Zug ist zu entnehmen, dass die Tätigkeit der Stiftung darauf gerichtet ist, »die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Konkret dienen ihre Aktivitäten der Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, der Förderung der Jugendhilfe, der Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz und Völkerverständigungsgedankens sowie der Förderung des demokratischen Staatswesens.« Ob die hetzerische Sprache von Maaßen mit diesen hehren Zielen vereinbar ist?

https://www.facebook.com/F%C3%B6rderverein-Berliner-Kreis-100128362515028/?locale=de_D/
eingesehen am 25. Februar 2023

Thilo Sarrazin: Warum Maaßen bekämpft wird, in: Junge Freiheit, Nr. 6/ 2023 (3. Februar 2023), S. 2. ZUERST! / eingesehen am 31. Januar 2023

<https://weltwoche.de/daily/nach-der-silvester-krawallen-verhielten-sich-medien-und-parteien-wie-nach-der-koelner-silvester-nacht-von-2015-mit-verschweigen-und-verharmlosen-warum-weil-die-politische-linke-die-ungesteuerte-mas/> / eingesehen am 10. Januar 2023

<https://www.rnd.de/politik/tweet-von-hans-georg-maassen-antisemitismusbeauftragter-sieht-relativierung-des-holocaust-HFYXBA4CYVEQHN4IAJLLOP5P6A.html> / eingesehen am 20. Januar 2023

<https://zg.chregister.ch/cr-portal/auszug/auszug.xhtml?uid=CHE-354.728.239> / eingesehen am 1. April 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Hessen:

Verstetigte Kontinuität: Austritt bei der AfD-Landtagsfraktion

Die Fraktion der AfD im hessischen Landtag besteht nunmehr ausschließlich aus Männern. Mit dem Austritt der Landtagsabgeordneten Claudia Papst-Dippel erklärte die einzige verbliebene Frau ihren Rücktritt. Mehr als ein Viertel der AfD-Fraktion ist damit in der laufenden Legislaturperiode ausgetreten. Zuletzt hatten im Dezember 2022 die AfD-Abgeordneten Rainer Rahn und Walter Wissenbach ihre Fraktion verlassen. Im Monat zuvor hatte die hessische Bundestagsabgeordnete und ehemalige Co-Landesvorsitzende Joana Cotar die AfD verlassen. Auch Papst-Dippels Ehemann, der Volksmarsener Stadtverordnete Hakola Dippel, verließ gemeinsam mit seiner Frau die Partei.

<https://www.hessenschau.de/politik/parteiaustritt-hessische-afd-fraktion-verliert-mit-papst-dippel-naechste-abgeordnete-v2,afd-ruecktritt-papst-dippel-100.html> / eingesehen am 29. Januar 2023

Reichsweit / Baden-Württemberg: 90. Jahrestag des Mössinger Generalstreiks

Rund 500 Menschen haben am 29. Januar mit einer Demonstration an den Mössinger Generalstreik erinnert. Ein Bündnis aus Gewerkschaften und linken Organisationen würdigte den reichsweit einzigartigen Widerstand vor 90 Jahren. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Die KPD rief für den Folgetag reichsweit zum Generalstreik auf – ein Aufruf, der weitgehend wirkungslos blieb. In Mössingen (Kreis Tübingen), einem Dorf am Fuße der Schwäbischen Alb mit damals etwa 4.000 Einwohnern und seinen im Ort verankerten linken Organisationen, beschlossen Kommunisten und Gewerkschafter sich dem Generalstreik anzuschließen. Am 31. Januar

1933 demonstrierten in Mössingen 800 Beteiligte in einem Streikzug durch den Ort ihren Widerstand gegen die Machtübertragung an Hitler. Der Streikzug bewegte sich entlang der großen Mössinger Textilbetriebe Pausa, Merz und Burkhardt. Das jüdische Brüderpaar Artur und Felix Löwenstein, Besitzer der Mechanischen Weberei Pausa, gaben ihren Beschäftigten für den Nachmittag frei. Als die Aktion von einer Staffel der Reutlinger Schutzpolizei, 40 Mann mit Gummiknüppeln und Pistolen bewaffnet, aufgelöst wurde, kam es zu Verhaftungen. 80 Personen, darunter drei Frauen, wurden wegen Landfriedensbruchs und Hochverrats zu Haftstrafen zwischen drei Monaten und viereinhalb Jahren verurteilt.

Die Aufarbeitung des Generalstreiks war nach der militärischen Zerschlagung des NS-Staats jahrzehntelang vor Ort umstritten. Viele Familien wollten nicht gerne darüber sprechen. Erst 1974 konnte sich der Gemeinderat entschließen, dem ehemaligen Streikführer Jakob Stotz, einst Vorsitzender des Arbeitergesangsvereins Freiheit in Mössingen, die Bürgermedaille zu verleihen. 1983 gab es eine erste Gedenkveranstaltung. Im Rathaus Mössingen informiert ein kompakter Erinnerungskubus über die örtlichen Ereignisse des 31. Januar 1933. Er bietet integrierte Vitrinen und Schubladen sowie Bildschirme mit Text- und Filmpräsentationen zu den Fragestellungen: Warum kam es gerade in Mössingen zu einem Streik? Welche Konsequenzen mussten die Streikenden tragen? Und wie ging man nach 1945 mit dem Thema des linken Widerstands um?

<https://www.moessingen.de/de/Stadt-Buerger/Unser-Moessingen/Generalstreik-1933/>
eingesehen am 31. Januar 2023

<https://moessinger-generalstreik.de/> / eingesehen am 31. Januar 2023

Armin Käfer: *Aufbegehren gegen Hitler*, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 27. Januar 2023, S. 16

Dieter Grupp: *Das »rote« Mössingen, Quellenbeilage (Nr. 46) zu Archivnachrichten Nr. 47/2013:*
https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/55651/Archivnachrichten_47_Quellenbeilage.pdf/
eingesehen am 25. April 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Österreich: FPÖ-Erfolge bei der Wahl in Niederösterreich

Bei der Landtagswahl am 29. Januar in Niederösterreich, dem flächenmäßig größten Bundesland Österreichs, hat die extrem rechte Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 24,19 % (217.639 Stimmen) erzielt und war damit Wahlgewinner. Das ist ihr bis heute bestes Ergebnis in Niederösterreich. Die FPÖ legte 9,4 Prozentpunkte zu. Die Wahlbeteiligung stieg auf 71,56 % nach 66,6 % bei der vorangegangenen Wahl.

Im Vorfeld der Wahl hatte Ex-Innenminister Herbert Kickl, der nach der Ibiza-Affäre die FPÖ-Parteiführung von seinem Vorgänger und damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache übernommen hatte, den 36-jährigen Spitzenkandidaten in Niederösterreich, Udo Landbauer, massiv unterstützt. Beide mobilisierten gegen das »System ÖVP«, gegen Russland-Sanktionen und Migration nach Österreich. Landbauer (Jg. 1986), von 2012 zeitweilig Bundesobmann der FPÖ-Jugendorganisation Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), betonte in einem Interview in der März-Ausgabe des rechtsextremen Monatsmagazins *Zuerst!*, dass es den »klaren politischen Willen« brauche, »das Asylchaos zu stoppen.« Demnach sei die FPÖ bereit, »mit den Österreichern gemeinsam den Kampf gegen illegale Migration zu führen.« Ziel sei die »Nullzuwanderung«. Die Wahl war die erste von drei Landtagswahlen in Österreich in diesem Jahr und galt als bundespolitischer Stimmungstest. Die nächste bundesweite Parlamentswahl ist für 2024 geplant.

Landbauer-Unterstützer Kickl ist in extrem rechten Kreisen gut gelitten. Am 29. Oktober 2016 war er prominentester Redner beim ersten Kongress der »Verteidiger Europas« im oberösterreichischen Linz. Der Kongress hatte im Vorfeld wochenlang breite Proteste ausgelöst. KZ-Überlebende aus mehreren Ländern meldeten sich ebenso zu Wort wie zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus Politik, Kirche, Kunst und Wissenschaft. Vor Ort waren 600 Personen. Das Publikum setzte sich aus Identitären, Burschenschaftlern und FPÖ-Vertretern zusammen. Referenten beziehungsweise Podiumsteilnehmer der Veranstaltung waren unter anderem die einschlägig bekannten bundesdeutschen Polit-Aktivistinnen Felix Menzel, Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek. Kickl betonte in seiner Rede, dass auf dem Kongress »normale Leute und keineswegs Rechtsextreme« seien. Kickl: »Ich muss ja sagen, das ist für mich sehr sehr angenehm. Schon nach den ersten Vorgesprächen und auch jetzt, wenn ich hier hinunterschaue: Das ist ein Publikum, wie ich mir das wünsche und wie ich mir das vorstelle.« In seiner Rede übte Kickl »massive Kritik an den Thesen der Frankfurter Schule, diese sei auf die Zerstörung der eigenen Identität und Europas ausgerichtet«, so die Rechts-

postille Der Eckart. Kickl beklagt darin, dass sich viele Menschen, »die sich zu ihrer Heimat und Identität bekennen«, als »Neonazis, Populisten und Verschwörungstheoretiker beschimpft werden.«

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/landtagswahl-niederoesterreich-105.html> / eingesehen am 30. Januar 2023

<https://orf.at/wahl/noe23/ergebnisse/30000/> / eingesehen am 30. Januar 2023

Interview mit Udo Landbauer, in: *Zuerst!*, März 2023, S. 43

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:

Vor 90 Jahren: 30. Januar 1933.

Das Ende der ersten deutschen Demokratie

Am 30. Januar 1933, vor 90 Jahren, wurde der gebürtige Österreicher und langjährige Staatenlose Adolf Hitler, seit Februar 1932 deutscher Staatsbürger, von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Damit endete die erste deutsche Demokratie. Binnen weniger Wochen wurden die Koalitionspartner entmachtet, die demokratische Verfassungsordnung demontiert und die Errichtung einer völkischen Führerdiktatur eingeleitet. Der Machtübertragung folgte postwendend die Machtergreifung in Form einer nationalen Diktatur. Hitlers NSDAP hatte bei der Reichstagswahl im November 1932 33,2 % (Juli 1932: 37,4 %) erreicht. Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 legte die NSDAP deutlich auf 44,9 % zu. Binnen eines Jahres nahmen die neuen Machthaber ca. 80.000 Personen in Haft. Bereits 1933 wurden mehrere Hundert Personen umgebracht oder starben an ihren Misshandlungen. Vor der Bevölkerung wurden die frühen Konzentrationslager, darunter das KZ Kislau bei Bruchsal, nicht versteckt. Anders als die späteren Konzentrationslager lagen ihre Prototypen aus den 1930er Jahren oft inmitten der Städte. Das Terrorregime nutzte sie zur Einschüchterung. Ein Titelblatt der Münchner Illustrierten Presse vom 16. Juli 1933 zeigt Häftlinge beim »Frühappell im Erziehungslager« (= KZ Dachau). In einer Zeitungsanzeige für den im August 1933 im Union-Theater in Oranienburg angekündigten Film »Ein Mädels von der Reeperbahn« wurde die im Vorprogramm gezeigte Dokumentation »Konzentrationslager Oranienburg« angekündigt. Versprochen wurden »die neuesten und noch nirgends veröffentlichten Originalaufnahmen von dem hiesigen Lager«.

Das Internationale Auschwitz Komitee hat am 90. Jahrestag der Machtübernahme Hitlers zu einer entschlossenen Verteidigung der Demokratie aufgerufen. »Die Demokratie und die Republik brauchen dringend Bürgerinnen und Bürger, die sie schätzen und schützen, und sie braucht einen wehrhaften Staat, der mit all seinen Institutionen die Feinde der Demokratie im Auge hat und die Republik verteidigt«, erklärte der Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Christoph Heubner. Es sei gefährlich und zerstörerisch für die Demokratie, wenn sich in Institutionen wie der Polizei und dem Militär rechtsextreme Gesinnungen und Verhaltensweisen zeigten, warnte Heubner. »Dies alles ist die Lehre, die uns gerade dieser 30. Januar 2023 nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa auferlegt.«

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament: Deutschland 1933, 4/2023 vom 23. Januar 2023: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2023-04_online_1.pdf

<https://www.faz.net/aktuell/politik/geschichte/auschwitz-komitee-warnt-zum-90-jahrestag-der-machtergreifung-18639906.html> / eingesehen am 30. Januar 2023

Jörg Häntzschel: *Sie wussten es. Eine bundesweite Ausstellung erzählt die Geschichte der frühen deutschen Konzentrationslager*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Berlin / Argentinien:
**Durchsuchung bei Ex-Offizier
der argentinischen Militärjunta
wegen Mordverdachts**

Am 31. Januar haben Bundeskriminalamt (BKA) und Generalstaatsanwaltschaft Berlin die Wohnräume des 75-jährigen Luis Kyburg, eines ehemaligen Angehörigen des argentinischen Militärs (Militärdiktatur in Argentinien 1976–1983), im Prenzlauer Berg durchsucht. Kyburg, Enkel deutscher Auswanderer sowie einst Offizier des Marinestützpunkts Mar del Plata, 400 Kilometer südlich von Buenos Aires gelegen, und stellvertretender Kommandeur einer Kampfschwimmer-Eliteeinheit, wird die Entführung, Folterung und Ermordung von mindestens 15 namentlich bekannten jungen Frauen und Männern vorgeworfen. Gegen den Ex-Militär besteht der Verdacht, von Anfang 1976 bis Beginn 1977 auf dem geheimen Gefangenenlager auf dem Marinestützpunkt die Einheit Agrupación Buzos Tácticos UT 612 als 2. Kommandant befehligt zu haben. »Oppositionelle wurden dorthin verschleppt und sexuell missbraucht, gefoltert, getötet«, heißt es in einer Erklärung der Berliner Organisation European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). Nach Schätzungen »verschwanden« auf dem Marinestützpunkt etwa 300 Menschen spurlos. Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass von der Militärdiktatur bis zu 30.000 Menschen getötet wurden. Laut Staatsanwaltschaft wurden zahlreiche Opfer betäubt und dann lebendig aus Flugzeugen über dem Meer oder der Mündung des Rio de la Plata abgeworfen. Gegen den mutmaßlichen Folterer liegt ein vom argentinischen Justizministerium am 11. Juli 2013 (Aktenzeichen N° 4447/140) ausgestellter internationaler Haftbefehl vor: Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wegen der Vorwürfe wird seit mehreren Jahren in der Bundesrepublik Deutschland und Argentinien gegen den 2013 nach Berlin geflüchteten Ex-Militär ermittelt. Er soll sich wegen des argentinischen Verfahrens in die Bundesrepublik abgesetzt haben. Da er sowohl deutscher als auch argentinischer Staatsangehöriger ist, entging er einer Auslieferung.

<https://www.berlin.de/generalstaatsanwaltschaft/presse/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1289938.php> / eingesehen am 31. Januar 2023

<https://trialinternational.org/latest-post/luis-esteban-kyburg> / eingesehen am 31. Januar 2023

<https://www.theguardian.com/world/2020/jul/17/luis-esteban-kyburg-argentina-dictatorship-berlin-germany> / eingesehen am 31. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Februar

Baden-Württemberg:
Stärkung der demokratischen Resilienz hat für die Polizei Baden-Württemberg höchste Priorität

Verfassungsfeindliches Verhalten – unter anderem das Teilen bzw. kommentarlose Dulden von verfassungsfeindlichen Inhalten in Chatgruppen – innerhalb der Polizei Baden-Württemberg mit über 34.000 Beschäftigten stellt »kein strukturelles Problem« dar, so das baden-württembergische Innenministerium auf Anfrage der FDP-Landtagsabgeordneten Julia Goll und Nico Weinmann.

Demnach wurden im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis zum 30. September 2022 bei der Polizei Baden-Württemberg insgesamt zehn Sachverhalte bekannt, in welchen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte Mitglied in einer Chatgruppe waren, in welcher zum Teil volksverhetzende Inhalte bzw. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ausgetauscht worden sind. Bei diesen zehn Sachverhalten waren insgesamt 56 Polizeibeamtinnen und -beamte beteiligt. In vier Sachverhalten war ausschließlich ein Polizeibeamter bzw. eine Polizeibeamtin Mitglied einer dieser Chatgruppen. Die Bekämpfung von extremistischen Tendenzen, diskriminierenden Verhaltensweisen und die Stärkung der demokratischen Resilienz haben für die Polizei Baden-Württemberg höchste Priorität, so das Innenministerium. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Bekanntwerdens von Chatgruppen, in welchen bereits in den vergangenen Jahren Angehörige von Sicherheitsbehörden – auch in Baden-Württemberg – extremistische und diskriminierende Inhalte teilten, beschloss die Polizei Baden-Württemberg bereits im Jahr 2020, sich noch intensiver mit der Führungs- und Wertekultur der Polizei zu befassen. Dies wird die Polizei laut Innenministerium auch entschlossen fortführen, da sie die Stärkung der demokratischen Resilienz als Daueraufgabe ansieht. Dabei soll sich die Grundausrichtung jeglichen Handelns nicht nur an Gesetzen und Vorschriften, sondern auch an ethisch-moralischen Grundwerten orientieren. Das für die Polizei Baden-Württemberg definierte Leitbild »Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt« soll diese Einstellung widerspiegeln, so das Ministerium.

Antrag der Abg. Julia Goll und Nico Weinmann u. a. FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Polizeibeamte in Chatgruppen mit verfassungsfeindlichen Inhalten – Einzelfälle oder strukturelles Problem? Landtag Baden-Württemberg, Drs. 17/3793 (Eingegangen: 22.12.2022 / Ausgegeben: 01. Februar 2023): <https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/3000/17%5F3793%5FD.pdf> / eingesehen am 17. April 2023

Bundesweit:
Politisch motivierte Gewaltdelikte von rechts

Im Jahr 2022 ist es in der Bundesrepublik Deutschland laut Bundesregierung zu insgesamt 3.589 politisch motivierten Gewaltdelikten gekommen. Davon entfielen 1.036 auf die politisch rechts motivierte Kriminalität, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervorgeht.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD. Politisch motivierte Gewalttaten in Deutschland – Stand: 31. Dezember 2022, BT-Drs. 20/5517 vom 3. Februar 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005517.pdf> / eingesehen am 17. April 2023

Thüringen:
AfD-Höcke und die »Kakistokratie«

Auf die Frage »Was läuft falsch in Thüringen?« antwortete der thüringische AfD-Partei- und Landtagsfraktionsvorsitzende Björn Höcke in neonazistischer Manier: »Besonders für die ehrlichen, fleißigen und sparsamen Bürger ist die Ramelow-Regierung eine Zumutung geworden, denn sie hat den Freistaat seit 2014 systematisch in ein ordinäres Antifa-Regime verwandelt. Millionen Euro Steuergelder fließen in den Aufbau einer ebenso parasitären wie repressiv-totalitären ‚Zivilgesellschaft‘. Es ist ein steuergeldfinanzierter linksextremer Sumpf entstanden.« Weiter führte der rechtsextreme Politiker voller Verachtung für die demokratischen Parteien aus: »In Thüringen ist der Staat zur Beute der Parteien geworden [...] Wir dachten immer, mit dem Begriff ‚Ochlokratie‘ – die Herrschaft der Schlechten – die Zustände im Land adäquat beschreiben zu können. Wir haben uns geirrt, denn mittlerweile drückt die Bezeichnung ‚Kakistokratie‘ – die Herrschaft der Schlechtesten – den allgemeinen Verfall des Staatsethos besser aus. Das gilt nicht nur für Thüringen, sondern für ganz Deutschland.«

Das Interview mit Höcke findet sich in der Onlineausgabe des extrem rechten österreichischen Magazins Freilich, einer Zeitschrift für »echten Journalismus« und »Selbstdenker«. Chefredakteur des Blattes ist Stefan Juritz. Juritz war einst Funktionär des Ringes Freiheitlicher Jugend, der FPÖ-Vorfeldorganisation. 2008 gab Juritz kund: »Wer an etwas wie die österreichische Nation oder das österreichische Volk glaubt (denn Wissen kann man das ja nicht nennen), hat entweder keine Ahnung von der Geschichte und Volkskunde Österreichs oder ist Handlanger der internationalen One-World-Mafia.«

Homepage Freilich / eingesehen am 2. Februar 2023

Digitalarchiv Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
Rechte Ideologien in der
Landwirtschaft**

Die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN, Berlin) hat die informative Broschüre »Grünes Blatt auf braunem Boden. Rechte Ideologien in der Landwirtschaft« veröffentlicht. Die FARN-Broschüre thematisiert extrem rechte Einflussnahmen auf den Ökolandbau und im ländlichen Raum. Die sieben Beiträge der Broschüre beschäftigen sich unter anderem mit völkischer Landnahme, beleuchten die braunen Wurzeln der ökologischen Landwirtschaft und analysieren rechts-esoterische Netzwerke. Aufgezeigt werden rassistische Praktiken beim Umgang mit Saisonarbeitern sowie die Positionen rechter Parteien zur Landwirtschaft.

Die Broschüre steht zum Download zur Verfügung: <https://www.nf-farn.de/gruenes-blatt-braunem-boden-rechte-ideologien-landwirtschaft> / eingesehen am 5. Februar 2023

Gedruckte Exemplare können gegen Ersatz der Portokosten und eine Bearbeitungspauschale in Höhe von 3,50 Euro bestellt werden per E-Mail an info@nf-farn.de mit dem Stichwort »Grünes Blatt«.

**Niedersachsen:
Nicht gehandelter Judenhas**

Der knasterfahrene Neonazi Martin Kiese, 2021 zum niedersächsischen Landesvorsitzenden der Partei Die Rechte gewählt, beschimpfte anlässlich einer Demonstration zum Volkstrauertag im November 2020 anwesende Journalisten als »Judenpack« sowie »Judenpresse« und rief ihnen zu: »Feuer und Benzin für euch!« Die Staatsanwaltschaft Braunschweig stellte Anfang Februar ihre Ermittlungen wegen antisemitischer Volksverhetzung im Sinne des Paragraphen 130 Strafgesetzbuch und Beleidigung gegen Kiese zum zweiten Mal ein. Die Staatsanwälte sind der Auffassung, die Beschimpfung habe sich nur an die Medienvertreter vor Ort gerichtet, nicht aber an Juden allgemein. Außer den Medienvertretern hätten keine weiteren Personen zugehört, damit sei keine Öffentlichkeit gegeben.

Die NRW-Antisemitismusbeauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kommentierte die Einstellung des Ermittlungsverfahrens mit den Worten: »Selbst wenn man den Auffassungen der Staatsanwaltschaft folgen sollte – mich überzeugen sie nicht –, sind diese Bezeichnungen als intendierte Herabwürdigungen zu verstehen. Das ‚Othering‘ ist eine weitverbreitete Erscheinungsform von antisemitischen Haltungen. Die Vokabel ‚Juden‘ wird hier in einem beschimpfenden und herabwürdigenden Kontext gebraucht.« Aus Sicht von Bundesjustizministerin a.D. Leutheusser-Schnarrenberger müsse bei den Staatsanwaltschaften viel mehr ein Bewusstsein geschaffen werden, »in welchen Formen sich Antisemitismus heute äußern kann und welche Typen von ‚Dogwhistle‘-Codes oder Chiffren benutzt werden, um antisemitisch zu hetzen und Jüdinnen und Juden direkt oder indirekt zu verunglimpfen. Schwierig ist die Abwägung zwischen strafbar und nicht strafbar im Einzelfall dennoch. Aber den Antisemitismus zu erkennen und als solchen auch klar zu benennen und gegebenenfalls in Ermittlungen und Verfahren entsprechend zu werten, erfordert Wissen um die aktuellen Antisemitismusformen.«

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/viel-mehr-bewusstsein-schaffen-bei-staatsanwaltschaften/> / eingesehen am 9. März 2023

<https://www.sueddeutsche.de/politik/antisemitismus-justiz-neonazis-volksverhetzung-staatsanwaltschaft-braunschweig-1.5757064> / eingesehen am 23. Februar 2023

**Bundesweit:
Reichsbürger und Waffen**

Ende 2021 sind laut Bundesregierung insgesamt 1.561 Rechtsextremisten sowie etwa 500 Personen des Phänomenbereichs Reichsbürger und Selbstverwalter Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse gewesen. Abschließende Zahlen für das Jahr 2022 liegen der Bundesregierung noch nicht vor. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage weiter ausführt, wurden nach ihrer Kenntnis seit dem 1. Januar 2018 bis zum 27. Dezember 2021 mindestens 169 Rechtsextremisten die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen. Seit Einrichtung des Phänomenbereichs Reichsbürger und Selbstverwalter im November 2016 seien zum Stichtag 30. Juni 2022 etwa 1.100 waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen worden.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Waffenbesitz und Waffeneinsatz von und durch Neonazis und Reichsbürger/Selbstverwalter, BT-Drs. 20/5521 vom 6. Februar 2023:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005521.pdf> / eingesehen am 17. April 2023

USA:
**Neonazistisch motivierte
 Anschläge auf Umspannwerke**

Der knasterfahrene Brandon Russell, Mitbegründer der 2015 ins Leben gerufenen US-Neonazi-Gruppierung Atomwaffen Division, wurde am 3. Februar in Florida erneut festgenommen. Die US-Justiz wirft Russell und der ebenfalls festgenommenen Sarah Clendaniel vor, Anschläge auf Umspannwerke rund um Baltimore im US-Ostküstenstaat Maryland geplant zu haben. Auf Verschwörung zur Beschädigung von Energieinfrastruktur steht in den USA eine Höchststrafe von 20 Jahren Haft. Russell war 2018 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, nachdem im Jahr zuvor in seiner Garage in Tampa im Bundesstaat Florida Schusswaffen, Munition und Materialien zum Bombenbau gefunden worden war. Der Neonazi hatte zuvor in internen Chats angekündigt, ein Kraftwerk in die Luft sprengen zu wollen. Der bekennende Fan des Neonazi-Attentäters und Massenmörders Timothy McVeigh kam 2021 wieder frei. In den USA hat es in den vergangenen Monaten eine Reihe von Angriffen auf die Strominfrastruktur gegeben. Hinter den Attacken werden Rechtsextremisten vermutet, die damit Chaos stiften wollen.

<https://www.spiegel.de/ausland/mitbegruender-von-atomwaffen-division-in-den-usa-festgenommen-a-bf362aa6-a19b-45fb-9532-07ed63479a8f/> / eingesehen am 7. Februar 2023

<https://www.justice.gov/usao-md/pr/federal-indictment-returned-charging-maryland-woman-and-florida-man-conspiring-destroy/> / eingesehen am 10. April 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Hessen / Bundesweit:
10-Jahres-Feier der AfD

Vor 10 Jahren, am 6. Februar 2013, gründete sich die Alternative für Deutschland (AfD) im hessischen Oberursel. Im Bundestag ist die Partei seit 2017 vertreten. Sie sitzt zudem in 15 von 16 Landesparlamenten (Ausnahme: Schleswig-Holstein). Der Verfassungsschutz beobachtet die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall. Eine Klage der Partei gegen die Beobachtung scheiterte im März 2022 vor Gericht. Ihren ersten parlamentarischen Erfolg feierte die AfD im Mai 2014. 7,1 % wurden bei der Wahl zum Europaparlament erzielt. Bei der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg wurden 15,1 % erreicht.

Der 10-Jahres-Feier der AfD wohnten rund 300 Personen am 6. Februar im Haus der Begegnung in Königstein (Taunus) bei. Die AfD war im wenige Kilometer entfernten Oberursel von einer kleinen Gruppe um den Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke und den konservativen Publizisten Konrad Adam als Projekt gegen die Eurorettungspolitik gegründet worden. Seit 2015 liegt der Hauptfokus der Partei auf dem Thema Migration. Von den 18 Gründungsmitgliedern sind drei noch Parteimitglieder. Das einzige Gründungsmitglied, das bei der Feier zugegen war, ist der Bundestagsabgeordnete Martin Renner. Seine Rede bei der Feier gipfelte in dem Satz: »Es kann und darf uns niemals um einen Platz am Katzentisch des globalistischen, ökosozialistischen und kulturmarxistischen Leviathans gehen, sondern um dessen Höllensturz.« Im elektronischen Rundbrief des AfD-Bundesverbandes anlässlich des 10-jährigen Bestehens wurde postuliert: »Ganz im Sinne unseres Parteinamens haben wir in diesen zehn Jahren immer wieder dafür gekämpft, dass die Interessen Deutschlands an erster Stelle stehen und unsere nationalstaatliche Souveränität gestärkt wird.« Ein im »Gesamtbild erfolgreiches Zwischenfazit« der AfD bescheinigte der Partei das rechtsextreme Monatsmagazin Zuerst!. Demnach sei die Partei heute »endlich innerparteilich diszipliniert und homogenisiert, die oft medienwirksam ausgeschlachteten parteiinternen Kämpfe gehören zunehmend der Vergangenheit an.«

Elektronischer Rundbrief des AfD-Bundesverbandes vom 2. Februar 2023

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zehn-jahre-afd-kein-platz-am-katzentisch-des-kulturmarxistischen-leviathans-18657834.html> / eingesehen am 8. Februar 2023

Wiessner, Joachim: Zehn Jahre AfD. Gründungsjahre voller Erfolge und Startschwierigkeiten. In: Zuerst!, März 2023, S.28

Europaweit:
**AfD und die Fraktion
 Identität & Demokratie**

Nach parteiinternem Streit ist der AfD-Europaabgeordnete Nicolaus Fest am 8. Februar als Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament zurückgetreten. Kommissarisch übernimmt Joachim Kuhs die Leitung der deutschen Delegation in der extrem rechten Fraktion Identität & Demokratie (ID-Fraktion). Fest sitzt seit 2019 für die AfD im Europaparlament. Er war seit gut einem Jahr Leiter der AfD-Abgeordneten in der 2019 gegründeten ID-Fraktion. Identität & Demokratie hat derzeit 64 Mitglieder, was sie zur fünftgrößten Fraktion im EU-Parlament macht. Ihr gehören MdEP aus neun EU-Mitgliedstaaten an, die meisten davon aus Italien (Lega), Frankreich (Rassemblement National) und der Bundesrepublik Deutschland (AfD). Weitere Mitglieder sind die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Vlaams Belang (Belgien), Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (Estland), Perussuomalaiset

(Finnland), Dänische Volkspartei (Dänemark), Svoboda a přímá demokracie (Tschechische Republik). Marco Zanni (Italien) wurde im Juli 2019 zum Präsident der Fraktion gewählt. Die Gruppe hat zwei Vizepräsidenten, Jordan Bardella (Frankreich) und Gunnar Beck (Bundesrepublik Deutschland).

<https://www.tag24.de/nachrichten/politik/deutschland/eu-parlament-afd-abgeordneter-krah-suspendiert-delegations-leiter-fest-tritt-zurueck-2743335> / eingesehen am 17. April 2023

<https://de.idgroup.eu/about> / eingesehen am 10. April 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Europaweit:
Die extreme Rechte im Europäischen Parlament

Das transform! european network for alternative thinking and political dialogue (Brüssel) hat Anfang Februar die ca. 50-seitige Studie »The Far-Right in the European Parliament« veröffentlicht. Dargestellt wird die extreme Rechte im Europäischen Parlament (EP) im Zeitraum von 2019 bis September 2022. Im Kontext dieser Arbeit bezeichnet der Begriff extreme Rechte jene Fraktionen im EP, die rechts von der Europäischen Volkspartei (EVP) sitzen: Identität & Demokratie (ID), Europäische Konservative und Reformer (EKR) und einige der Fraktionslosen. Untersucht wurden unter anderem die Ansichten rechtsextremer Parteien über die EU. Aufgeführt wurden die materiellen und immateriellen Vorteile, die sich für diese Parteien ergeben, wenn sie im Parlament vertreten sind.

Die Studie auf Englisch zum Download: <https://www.transform-network.net/de/publications/detail/die-extreme-rechte-im-europaeischen-parlament> / eingesehen am 10. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Großbritannien:
Randale vor Flüchtlingsunterkunft

Vor einem Hotel in Knowsley bei Liverpool im Nordwesten Englands, in dem Asylbewerber untergebracht sind, hat ein rechter Mob am 10. Februar randaliert. Feuerwerkskörper wurden auf Polizisten geworfen und ein Polizeiauto angezündet. 15 Personen im Alter zwischen 13 und 54 Jahre wurden festgenommen.

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/knowsley-gewalt-bei-protesten-vor-asylunterkunfts-hotel-18672153.html> / eingesehen am 12. Februar 2023

Berlin:
AfD-Nachwuchsorganisation demonstriert

Unter dem Motto »Unsere Panzer bleiben hier« rief die AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) für den 10. Februar zur Kundgebung gegen die »US-Außenpolitik und den Versuch Washingtons, die deutsche Politik zu beeinflussen« am Brandenburger Tor auf. Anlass war die Ende Januar 2023 getroffene Entscheidung der Bundesregierung, der Ukraine zur Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg Panzer zur Verfügung zu stellen. Als erster Redner sprach der ehemalige JA-Bundesvorsitzende Marvin Neumann. Er führte aus, dass es »notwendig« sei, »die Plünderung der deutschen Streitkräfte sofort zu unterbinden und der transatlantischen Bevormundung den Riegel vorzuschieben«. Als zweiter Redner sprach der JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck, der die AfD als einzige Stimme der Vernunft in der Bundesrepublik Deutschland anpries, die gegen Waffenlieferungen und für einen Frieden in Europa einstehe. Rund 60 Personen nahmen an der Kundgebung teil. Medial begleitet wurde die Veranstaltung durch Simon Kaupert für den extrem rechten österreichischen Online-Kanal AUF1, und den NPD-Funktionär Sebastian Schmidtke, der ebenfalls mit Kamera vor Ort war.

<https://rechtsaussen.berlin/2023/02/junge-alternative-demonstriert-gegen-globalistische-aussenpolitik-der-usa> / eingesehen am 14. Februar 2023

Facebook Junge Alternative / eingesehen am 14. Februar 2023

Spanien:
Rechtsextreme erinnern an die Blaue Division

Am 11. Februar sind 200 Rechtsextremisten in der spanischen Hauptstadt Madrid aufmarschiert. Bei einer Kundgebung anlässlich des 80. Jahrestages der Schlacht von Krasny Bonr (Region Leningrad), in der im Februar 1943 rund 5.000 spanische Soldaten gegen 35.000 sowjetische Soldaten unterlagen, wurde an die Freiwilligeneinheit Blaue Division (spanisch División Azul), offiziell División Española de Voluntarios (Spanische Freiwilligendivision), erinnert. Veranstalter waren die Stiftung Blaue Division (Fundación División Azul) und die Nationale Bruderschaft der Blauen Division (Hermandad Nacional División Azul). Die Blaue Division war ein aus spanischen Freiwilligen der deutschen

Wehrmacht gebildeter Großverband. Offiziell wurde die Blaue Division als 250. Infanterie-Division geführt. Der Verband nahm von 1941 bis 1943 am Krieg gegen die Sowjetunion teil. Schon am Vorabend der Gedenkdemonstration am 11. Februar hatten rund 150 Personen an einem Ehrenmal für die Gefallenen der Division auf dem Cementerio de la Almudena Kränze abgelegt. Zudem fand eine Gedenkveranstaltung der rechtsextremen Falange-Jugend für den Falangisten Matías Montero statt, der 1934 getötet wurde und als der erste »Märtyrer« in diesen Kreisen verehrt wird.

<https://democ.de/artikel/neonazis-gedenken-wehrmacht-blaue-division-azul-madrid/> / eingesehen am 14. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Österreich / Bundesweit:
AfD-Nachwuchspolitiker und
der Ukrainekrieg**

In der Februar-Ausgabe der österreichischen Zeitschrift Freilich, dem Magazin für »Selbstdenker«, bezieht Tomasz Froelich, Mitarbeiter der 2019 unter anderem von der AfD gebildeten Fraktion Identität & Demokratie (ID) im Europäischen Parlament und seit 2019 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Alternative (JA), Position zum Ukrainekrieg. Froelich fordert eine Abkehr von der US-Hegemonie. In der Bundesrepublik Deutschland, »wo Normopathie, Schuldkulturneurosen und moralische Selbstgeißelung besonders ausgeprägt sind«, gilt es seiner Ansicht nach als »anrühlich«, »nationale Interessen zu formulieren«. Deshalb habe man sich »den Imperativen einer wertebasierten Außenpolitik, die von Washington vorgegeben wird, zu fügen, auch wenn dies zum eigenen Nachteil ist.« Froelich stellt die Frage »Wollen wir länger Vasall bleiben?« und liefert postwendend die Antwort: »Die deutsche Rechte kann dies nur verneinen.« Deshalb müsse man sich »mittelfristig von den USA emanzipieren«. Freilich-Herausgeber ist Heinrich Sickl, Alter Herr der Burschenschaft Arminia Graz. Anfang der 1990er Jahre betätigte sich der spätere FPÖ-Gemeinderat Sickl in der österreichischen Neonaziszene. Die Rückseite dieser Freilich-Ausgabe schmückt die ganzseitige FPÖ-Anzeige »Österreich zuerst: Die neue Völkerwanderung stoppen« mit dem Zitat des FPÖ-Bundesvorsitzenden Herbert Kickl: »Einen illegalen Asylbewerber aufzunehmen, ist dasselbe, wie einen Einbrecher als Familienmitglied zu behandeln!«

Tomasz Froelich: Russland & NATO: Westbindung? Multipolare Welt? in: Freilich, Februar 2023 S. 63-67
Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Ungarn:
Neonazi-Aufmarsch mit deutscher
Beteiligung trotz Verbot**

Trotz eines behördlichen Verbots haben in- und ausländische Neonazis am 11. Februar in der ungarischen Hauptstadt Budapest den »Tag der Ehre« veranstaltet. Mit dem seit den 1990er Jahren traditionellen Aufmarsch wollen Neonazis ihre historischen Vorbilder feiern. Am 10. Februar 1945 hatten deutsche und ungarische Truppen und Einheiten der Waffen-SS einen Ausbruch aus dem von der sowjetischen Armee eingekreisten Budapester Burgviertel unternommen. In Neonazi-Kreisen wird dieses Datum als »Tag der Ehre« bezeichnet. Vor Ort waren am 11. Februar auch Gleichgesinnte aus der Bundesrepublik. Trotz Verbots aller Gedenkveranstaltungen auf öffentlichen Plätzen in und um Budapest fanden sich rund 250 Teilnehmer zu einer Kundgebung an einem Denkmal in den Bergen von Budapest zusammen. Organisiert wurde die Veranstaltung von der neonazistischen Gruppierung Légió Hungária. Die seit 2018 bestehende rechtsextreme Gruppe wird unter anderem von Gergely »Geri« Csirke, auch Mitglied der Neonazi-Band Vérszerződés, geführt. Redner beim »Tag der Ehre« war neben Béla Incze von Légió Hungária auch ein Neonazi des III. Weges. Der III. Weg notierte zum diesjährigen Aufmarsch: »Der Marsch findet jährlich zum Gedenken an die heldenhaften Leistungen ungarischer und deutscher Soldaten im Februar 1945 statt. Die Schlacht um Budapest war mit insgesamt 102 Kampftagen die längste europäische Städteschlacht des Zweiten Weltkrieges. [...] Die anstürmende rote Soldateska wurde lange aufgehalten und musste einen gewaltigen Blutzoll entrichten.« Vor Ort waren auch Aktivisten der Jungen Nationalisten (JN), der NPD-Jugend, die »allen staatlichen Repression zum Trotz« angereist waren. Am Vorabend des Aufmarsches fand in Budapest ein von Blood & Honour (Hungary) organisiertes Konzert mit knapp 100 Neonazis statt. Als Musikerin trat, neben der ungarischen Band Hundriver, die Schweizerin Naomi Croset (Künstlername Ewiger Sturm) auf.

Homepage Junge Nationalisten / eingesehen am 16. Februar 2023

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 24. Februar 2023

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 27. Februar 2023

<https://twitter.com/Pixelarchiv1/status/1630293343614771201> / eingesehen am 28. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Frankreich:
Letzter Überlebender von Oradour ist tot

Im Alter von 97 Jahren ist am 11. Februar Robert Hébras, der letzte Überlebende des Massakers von Oradour, gestorben. Das Massaker von Oradour-sur-Glane am 10. Juni 1944 gilt als das schwerste Kriegsverbrechen von Deutschen in Frankreich. Innerhalb von wenigen Stunden ermordeten die Soldaten eines Waffen-SS-Panzerregimentes 643 Menschen, darunter mehr als 450 Frauen und Kinder. Die Männer des kleinen Ortes erschossen sie, die Frauen und Kinder sperrten sie in der Kirche ein und verbrannten sie bei lebendigem Leib. Nur sieben Menschen überlebten, darunter Robert Hébras. Nach dem 10. Juni 1944 beteiligte sich Robert Hébras aktiv am Widerstand gegen den Nationalsozialismus und kämpfte auf Seiten der französischen Résistance. Oradour-sur-Glane wurde zu einem Symbol für Nazi-Kriegsverbrechen im besetzten Frankreich. In dem zerstörten Dorf nordwestlich von Limoges, dessen Ruinen erhalten blieben, wurde 1999 ein Gedenkzentrum eingerichtet.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/robert-hebras-ist-tot/> / eingesehen am 12. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Tschechien / Serbien / Italien /
 Spanien / Ungarn / Niederlande /
 Schweden / Belgien / Bundesweit /
 Sachsen / Baden-Württemberg:
Neonazi-Aufmarsch in Dresden

Bei einem Neonazi-Aufmarsch zum Gedenken an die Kriegszerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg sind in Dresden am 11. Februar 800 Rechtsextremisten aufmarschiert. Vor Ort waren unter anderem die Rednerin Edda Schmidt (NPD), Thorsten Heise (NPD), Peter Schreiber (NPD), René Despang (NPD), Stefan Köster (NPD), Alexander Deptolla (Kampf der Nibelungen), Michael Brück (Freie Sachsen), Sven Skoda (Die Rechte), Sascha Krolzig (Die Rechte), der IB-nahe Rapper Kai Naggert («Prototyp») und die Holocaust-Leugner Reza Begi und Nikolai Nerling. Aus dem Ausland waren Szene-Angaben zufolge Abordnungen aus Tschechien, Serbien, Italien, Spanien, Ungarn, Niederlande, Schweden und Belgien angereist. Zum Veranstalterkreis zählt Lutz Giesen, ein völkischer Siedler aus Leisnig (Sachsen), der einst Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag war. Fackeln vor Ort entzündete beim Aufmarsch 2022 Alexander Donniger aus Kupferzell. In der Gemeinde im fränkisch geprägten Nordosten Baden-Württembergs ist die Postfachadresse des Buchdienstes der rassistischen Artgemeinschaft angesiedelt. Dresden war am 13. Februar 1945 und in den Tagen danach von britischen und amerikanischen Bomben zerstört worden. Bis zu 25.000 Menschen verloren ihr Leben. Neonazis sehen darin ein Kriegsverbrechen der Alliierten und relativieren damit die deutsche Schuld am Beginn des Weltkrieges.

<https://www.belltower.news/dresden-2023-800-neonazis-laufen-und-netzwerken-146051/> / eingesehen am 13. Februar 2023

Homepage Dresden Gedenken. Aktionsbündnis gegen das Vergessen / eingesehen am 14. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
Neue Stärke-Parteivorsitzende tritt ab

Mit Datum vom 12. Februar erklärte Sara Storch, Vorsitzende der neonazistischen Kleinstgruppierung Neue Stärke Partei (NSP), ihren Rücktritt und den Austritt aus der Partei. Zugleich gab sie die Schließung der »Abteilungen« Leipzig und Magdeburg bekannt. Zuletzt hatten die Neonazis am 21. Januar in Magdeburg eine Gedenkkundgebung zur »Erinnerung aller Toten unseres Vaterlandes« durchgeführt. Ideologisch verfolgt die NSP den revolutionären Umsturz des bestehenden Systems und die Errichtung eines totalitären Einparteienstaates.

Homepage Neue Stärke Partei / eingesehen am 12. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Berlin:
Die AfD und die Wiederholungswahl zum 19. Abgeordnetenhaus

Bei der Wiederholungswahl zum 19. Abgeordnetenhaus von Berlin am 12. Februar 2023 (Hauptwahl vom 26. September 2021) erzielte die AfD 9,1 % (137.871 Zweitstimmen), ein Plus von 1,1 %-Punkten. Dennoch ist dies das schlechteste Ergebnis aller Parteien, die ins Parlament einziehen. Bei den absoluten Stimmen verlor die AfD. 2021 bekam die AfD 153.694 Zweitstimmen. Die AfD hat damit im neuen Abgeordnetenhaus 17 statt wie bisher 13 Sitze. Bei der Wahl holte die AfD erneut zwei Direktmandate: Gunnar Lindemann und Jeanette Auricht gewannen wie schon 2021 ihre Wahlkreise in Marzahn Hellersdorf 1 und 3. Lindemann konnte sich von 22,7 auf 28,8 % der Stimmen verbessern, Auricht erzielte 25,9 statt 22 % der Stimmen – wobei beide absolut weniger Stimmen als bei der letzten Wahl erhielten.

Die während der Pandemie gegründete Kleinstpartei dieBasis, die vor allem im Querdenker- und verschwörungsideologischen Spektrum verortet ist, musste starke Einbußen hinnehmen und fiel von 1,3 % auf 0,6 % (8.345 Stimmen) zurück und verlor in absoluten Zahlen knapp 15.000 ihrer zuvor 23.000 Stimmen. Das Team Todenhöfer holte 0,4 % (6.324 Stimmen). In parlamentarischer Bedeutungslosigkeit versunken bleibt die NPD mit 0,1 % (1.589 Stimmen).

Erneut wurde die AfD weniger von Frauen und mehr von Männern gewählt, gab es doch ein 8 %- zu 10 %-Verhältnis. Die Jüngeren stimmten unterdurchschnittlich für die Partei. Bei den 18- bis 29-Jährigen waren es 6,3 %, bei den 30- bis 44-Jährigen 8,6 % und bei den 45- bis 54-Jährigen 10,8 %, womit diese Altersgruppe die stärkste Wählergruppe bildete. Die AfD erhielt von 17,8 % der Arbeiter, 7,9 % der Angestellten, 7,4 % der Selbständigen und 5,1 % der Beamten jeweils Stimmen. Besonders auffällig ist darüber hinaus der relativ hohe Arbeitslosenanteil mit 13,5 %. Lediglich 5 % der Wahlberechtigten stimmten für die AfD-Spitzenkandidatin Kristin Brinker, zugleich Fraktionsvorsitzende, in ihrem eigenen Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf 1. Brinker wird dennoch einen der AfD-Sitze im Parlament einnehmen, die der Partei ihrem Zweitstimmen-Ergebnis zufolge zustehen.

Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte ist es damit auf Landesebene zu einer Wahlwiederholung gekommen. In Berlin musste nach 2021 der Senat noch einmal neu gewählt werden, da es zuvor diverse Unregelmäßigkeiten gab.

<https://wahlen-berlin.de/wahlen/BE2023/AFSPRAES/agh/index.html> / eingesehen am 21. März 2023

<https://www.endstation-rechts.de/news/wer-waehlte-die-afd-berlin-ein-blick-auf-die-sozialstruktur-der-waehler> / eingesehen am 14. Februar 2023

<https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-berlin-afd-spitzenkandidatin-brinker-ohne-chance-auf-direktmandat-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230213-99-573576> / eingesehen am 13. Februar 2023

Italien:

Erfolge der extremen Rechten bei den Regionalwahlen in der Lombardei und in Latium

Bei den Regionalwahlen am 12./13. Februar in den zwei bevölkerungsreichsten und wohlhabenden Regionen Italiens, Lombardei und Latium, hat die extreme Rechte Erfolge erzielt. In Latium und in der Lombardei lebt ein Viertel aller Italienerinnen und Italiener. In beiden Regionen siegte das Rechtsbündnis aus Giorgia Melonis Fratelli d'Italia, der Lega von Matteo Salvini und der Forza Italia von Silvio Berlusconi. Damit werden von den 18 italienischen Regionen, in denen das Präsidium direkt vom Volk bestimmt wird, 14 vom extremen Rechtslager regiert. In der Lombardei mit der Metropole Mailand wurde der Präsident, Attilio Fontana, von der Lega, als Präsident mit 54,67 % im Amt bestätigt. Landesweit erzielte Fratelli d'Italia in der Lombardei 25 %, die Lega 16,5 % und Forza Italia 7,2 %. In der Hauptstadtregion Latium, der Gegend rund um die Hauptstadt Rom, erzielte der parteilose Rechtsanwalt Francesco Rocca für die Fratelli d'Italia 53,88 %. Landesweit erhielt Fratelli d'Italia 33,6 %, die Lega 8,5 % und Forza Italia 8,4 %. Die regierende Premierministerin gratulierte den rechten Kandidaten. Das Ergebnis »festigt die Einheit der Rechten und stärkt das Handeln der Regierung«, so Meloni.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/italien-regionalwahl-105.html> / eingesehen am 14. Februar 2023

<https://www.nzz.ch/international/regionalwahlen-in-italien-giorgia-melonis-bestaetigung-ld.1725812> / eingesehen am 14. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg: Neonazis warnen vor Verfassungsschutz

»Keinen Wortwechsel mit Bütteln des Systems! Jeden Anquatschversuch öffentlich machen!«, appelliert die Neonazi-Homepage Sicherheitshinweise für Nationalisten (SfN) nach »zwei Anquatschversuchen durch den sogenannten Verfassungsschutz« am 10. Februar in Karlsruhe und am 14. Februar in Baden-Baden. Weiter heißt es in dem Aufruf an die Neonazi-Szene: »Der Verfassungsschutz (zwei Personen mittleren Alters) macht es sich scheinbar zunehmend leichter. Statt vor Ort Kameraden zu belästigen, wurden in beiden Fällen die Aktivisten telefonisch kontaktiert. Nach dem klar war, dass es sich um den VS handelt, wurden die Gespräche beendet. Sollten euch weitere Anquatschversuche bekannt sein, meldet diese bitte unverzüglich euren vertrauten Kameraden. Die genutzte Telefonnummer des Verfassungsschutz lautet: 01753[...]«. Anstelle eines Impressums merken die Neonazis süffisant an: »Wir haben uns dazu entschlossen in den Zeiten in denen jeder nationale Sozialist als Verbrecher oder gar Terrorist verunglimpft wird aus Gründen der Repression gegen einzelne kein Impressum bereit zu stellen.« (Fehler im Original)

Homepage Sicherheitshinweise für Nationalisten (SfN) / eingesehen am 15. Februar 2023

Baden-Württemberg:
Hitler den Saft abgedreht

Am 15. Februar 1933 hielt Adolf Hitler in der Stadthalle in Stuttgart eine im Rundfunk übertragene Rede. Es war sein Wahlkampfauftakt für die Reichstagswahlen am 5. März. Doch nach 55 Minuten war Stille in den Radios, denn die vier jungen Widerständler Eduard Weinzierl, Wilhelm Bräuninger, Alfred Däuble aus Stuttgart und Hermann Medinger aus Stetten im Remstal hatten das Übertragungskabel mit einem Beil gekappt. Ideengeber war Theodor Decker, ein Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzender im Telegrafengebäude, der durch seine Tätigkeit genau wusste, an welchen Stellen das Kabel oberirdisch verlief.

https://www.kontextwochenzeitung.de/zeitgeschehen/619/widerspruechliches-erinnern-8686.html?pk_campaign=KONTEXT-per-EMail&pk_kwd=Ausgabe-619 / eingesehen am 8. Februar 2023

Rolf Schlenker: 1933 – Ein Beil gegen Hitler, Silberburg-Verlag, 128 Seiten, 15,99 Euro

Bundesweit:
**Ernst Jünger:
 Vor 25 Jahren verstorben**

Vor einem Vierteljahrhundert, am 17. Februar 1998, verstarb im Alter von 102 Jahren Ernst Jünger im baden-württembergischen Riedlingen. Bei der Trauerfeier in der Dorfkirche von Wilfingen waren unter anderem Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel, der Dichter Rolf Hochhuth, Jüngers früherer Privatsekretär Armin Mohler, sein Biograph Heimo Schwilk sowie Karlheinz Weißmann zugegen. Jünger ist als politischer Denker ein Klassiker für die Neue Rechte. Seine Publikationen in der Weimarer Republik sind durch eine antidemokratische und nationalistische Grundeinstellung geprägt. Deutlich bekannte er: »Ich hasse die Demokratie wie die Pest.« Die rechtsextreme Monatszeitschrift *Zuerst!* würdigte Jünger im Februar als »todesverachtenden Stoßtruppführer im Ersten Weltkrieg, nationalistischen Publizisten [...] und geistesaristokratischen Chronist der Zeitläufe.« Der beim neurechten Institut für Staatspolitik zu verortende Blog *Sezession* notierte: »Jünger hat das 20. Jahrhundert mit all seinen Ereignissen, Katastrophen und Verwerfungen hautnah erlebt und darüber ein persönliches und literarisches Zeugnis abgelegt. Vom Stoßtruppführer des Ersten Weltkriegs (In Stahlgewittern), über den rechten Publizisten der 1920er Jahre (Die totale Mobilmachung) und Seismographen des Zeitalters der Ideologien (Der Arbeiter) bis hin zum inneren Emigranten (Auf den Marmorklippen), Chronisten des Zweiten Weltkriegs (Strahlungen) und schließlich Walgänger (Der Waldgang) – immer hat Jünger sein Jahrhundert schreibend begleitet.« In einem Podcast der Berliner Bibliothek des Konservatismus, angesiedelt im Umfeld der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, zum Todestag von Jünger wird dieser nicht »nur jungen Konservativen«, »sondern auch der sogenannten ‚Klimajugend‘ zur Lektüre« empfohlen.

<https://www.endstation-rechts.de/news/ernst-juenger-als-klassiker-der-neuen-rechten/> / eingesehen am 18. Februar 2023

Hartmut Lieger: Tod eines Todesverächters. Vor einem Vierteljahrhundert verstarb 102-jährig der Jahrhundertautor Ernst Jünger, in: Zuerst!, Februar 2023, S.66f

Homepage Sezession / eingesehen am 18. Februar 2023

<https://www.bdk-berlin.org/in-eigener-sache/heimo-schwilk-im-neuen-bdk-podcast-zum-25-todestag-von-ernst-juenger/> / eingesehen am 24. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
**MEMO-Jugendstudie von
 IKG-Universität Bielefeld und
 Stiftung EVZ**

Die MEMO-Jugendstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld soll Aufschluss geben über die Anliegen und Bedarfe 16- bis 25-Jähriger im Kontext der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und eine Orientierung bieten für die Ausgestaltung gegenwärtiger und zukünftiger historisch-politischer Bildungsangebote. Die am 21. Februar in Berlin vorgestellte Befragung wurde von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) gefördert. 63 % der jungen Erwachsenen, aber nur 53 % im Durchschnitt aller Altersgruppen, geben an, sich intensiv mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt zu haben. Entscheidend für die Auseinandersetzung sind der eigene Bildungshintergrund und der der Eltern, weniger andere Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Herkunftsgeschichte der Familie. Die große Mehrheit, rund Dreiviertel der 16- bis 25-Jährigen, stellt den Sinn der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte nicht infrage.

Die Auswertungen der MEMO-Jugendstudie zeigen zugleich Lücken im Faktenwissen zum Nationalsozialismus auf und liefern neue Ansätze für Bildungsarbeit. Defizite zeigen sich im Rahmen der Studie unter anderem in Bezug auf das vorhandene historische Faktenwissen. So kann nur knapp die Hälfte der Befragten den Zeitraum der NS-Herrschaft vollständig und korrekt benennen.

Während über die Hälfte der 16- bis 25-Jährigen mindestens drei Opfergruppen des Nationalsozialismus kennt, kann jeder fünfte Befragte nur eine oder gar keine Opfergruppe benennen. Die jungen Erwachsenen wurden gefragt, welche Anliegen ihnen in Bezug auf selbstbestimmtes Lernen über den NS-Kontext besonders wichtig sind. Den meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist wichtig, dass sie neues Faktenwissen lernen (75 %), dass sie historische Orte besuchen können (51 %) und dass in den Bildungsangeboten Bezüge zwischen Vergangenheit und Gegenwart hergestellt werden (48 %). 60 % der Befragten sagen, sie seien durch die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte für Themen wie Ausgrenzung und Diskriminierung sensibilisiert worden. Für die MEMO-Jugendstudie wurden 3.485 repräsentativ ausgewählte junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren im September/Oktober 2021 sowie 838 Teilnehmer erneut im September 2022 online befragt. Die MEMO-Jugendstudie ist die umfangreichste Studie ihrer Art.

www.stiftung-evz.de/memo-jugendstudie / eingesehen am 21. Februar 2023

Bundesweit:

AfD mit Teilerfolg vor dem Bundesverfassungsgericht

Für die AfD ist es ein Teilerfolg. Der Ausschluss der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) von der staatlichen Förderung hat die Partei 2019 in ihrem Recht auf Chancengleichheit verletzt, soweit dieses die Ausreichung von Globalzuschüssen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit für politische Stiftungen ermöglicht, ohne dass dem ein gesondertes Parlamentsgesetz zugrunde liegt, so das Bundesverfassungsgericht. Die AfD kann damit auf künftige Fördergelder für ihre Stiftung hoffen.

Im Haushaltsjahr 2019 gehörte die Antragstellerin dem Deutschen Bundestag an und stellte die drittstärkste Bundestagsfraktion, konstatierte das höchste deutsche Gericht. Zugleich war sie in allen Landesparlamenten vertreten und hatte bei der Europawahl 2014 einen Stimmenanteil von 7,1 % sowie bei der Europawahl 2019 einen solchen von 11,0 % erzielt. Gleichwohl erfolgte ein vollständiger Ausschluss der DES von der staatlichen Stiftungsfinanzierung. Dadurch wurde die bestehende Wettbewerbslage zwischen den politischen Parteien zum Nachteil der Antragstellerin verändert. Das gab das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 22. Februar bekannt. AfD-Anträge zu anderen Haushaltsjahren erklärten die Richter für unzulässig, zum Jahr 2022 soll zu einem späteren Zeitpunkt separat entschieden werden.

Die AfD hatte geklagt, weil die ihr nahestehende Stiftung bislang keine Gelder bekam. Die AfD und ihre Stiftung hatten für ihre Arbeit im Inland 900.000 Euro für 2019 verlangt, für 2022 errechnete sie einen Anspruch von insgesamt acht Millionen Euro. Der Bundestag ist nun verpflichtet, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen. In den vergangenen Jahrzehnten teilten die Parteien ihren Stiftungen das staatliche Jahresbudget von zuletzt fast 700 Millionen Euro freihändig zu, ohne eigene gesetzliche Grundlage. Die DES-Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach gab in einem Interview mit der Jungen Freiheit kund, dass dieses Urteil »die Mauscheleien bezüglich der Stiftungsförderung hinter den Kulissen mit seiner Forderung nach einem Stiftungsgesetz« beendet. Die damalige Bundestagsabgeordnete Steinbach trat 2017 unter Protest gegen die Politik Angela Merkels aus der CDU aus.

BVerfG - Pressemitteilung Nr. 22/2023 und Einführung der Vizepräsidentin zur Urteilsverkündung vom 22.02.2023

Interview mit Erika Steinbach, in: Junge Freiheit, 10/2023, S.4

<https://www.tagesschau.de/inland/afd-bundesverfassungsgericht-107.html> / eingesehen am 22. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

USA:

Rechtsextreme Gewalt in den USA

In den USA sind im vergangenen Jahrzehnt mehr Massenmorde mit rechtsextremem Hintergrund begangen worden als in jeder Dekade davor seit den 1970er Jahren. Das geht aus einem Bericht der jüdischen US-Organisation Anti-Defamation League (ADL) hervor. Auch alle Massentötungen im vergangenen Jahr hatten eine Verbindung zum Rechtsextremismus und insbesondere zur Ideologie der White Supremacy. White Supremacy lässt sich als »weiße Vorherrschaft« übersetzen, sie behauptet eine angebliche »Überlegenheit der weißen Rasse«. Heute gilt White Supremacy allgemein als Sammelbegriff für rassistische Ideologien und gesellschaftliche Strukturen. In der nahen Zukunft werde die größte Gefahr extremistischer Gewalt vermutlich von sogenannten weißen Suprematisten ausgehen, warnen die Autoren des Berichts.

Im Rahmen dieser Ideologie wurden auch der rassistische Angriff auf einen Supermarkt in Buffalo sowie der Angriff auf einen LGBT-Nachtclub in Colorado verübt. Am 14. Mai 2022 erschoss der 18-jährige Payton S. Gendron in Buffalo (US-Bundesstaat New York) zehn Afroamerikaner und verletzte

drei weitere Personen. Am 20. November 2022 eröffnete Anderson Lee Aldrich in einem LGBTQ-Nachtclub in Colorado Springs (Bundesstaat Colorado) das Feuer und erschoss fünf Menschen. Weitere 18 Besucher wurden bei dem Angriff teilweise schwer verletzt.

Zwischen den 1970er- und den Nullerjahren hat es laut ADL zwischen zwei und sieben Massentötungen mit extremistischem Hintergrund gegeben, in den 2010er-Jahren sei es mit 21 ein Vielfaches gewesen. Mit der Zunahme der Hasskriminalität stieg auch die Zahl der Toten. Demnach sind zwischen 2010 und 2020 164 Menschen ideologisch-extremistischer Gewalt zum Opfer gefallen, viel mehr als in jeder Dekade davor. Eine Ausnahme bilden die 1990er Jahre: so wurden am 19. April 1995 bei einem Anschlag des Neonazis Timothy McVeigh auf ein Bundesgebäude in Oklahoma City (Bundesstaat Oklahoma) 168 Menschen getötet.

ADL wurde 1913 nach einem Lynch-Mord an einem jüdischen Bürger als Einrichtung der Organisation B'nai B'rith mit dem Ziel gegründet, »Gerechtigkeit und faire Behandlung für alle Bürger gleichermaßen zu erreichen und unfaire und ungerechte Diskriminierung und das Lächerlich-Machen jeder Religionsgemeinschaft und jeder Gemeinschaft von Bürgern für immer zu beenden.«

<https://www.adl.org/resources/report/murder-and-extremism-united-states-2022/>
eingesehen am 23. Februar 2023

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/rechtsextremismus-usa-zunahme-anschlaege/>
eingesehen am 23. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
Rechtsextreme Gefährder**

Die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland zählen 72 Gefährder im Bereich des Rechtsextremismus. Neben sogenannten Gefährdern werden auch »relevante Personen« erfasst, die etwa schwere politisch motivierte Straftaten unterstützen. Im Spektrum des Rechtsextremismus sind das laut Bundeskriminalamt (BKA) 186 Menschen.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/gefahrdet-in-deutschland-bka-hat-mehr-als-600-menschen-im-verdacht-9403580.html> / eingesehen am 24. Februar 2023

**Bundesweit:
NDR veröffentlicht gefälschte
Kujau-»Hitler-Tagebücher« -
Auswertung belegt
Holocaust-Leugnung**

Als das Magazin Stern vor 40 Jahren auf gefälschte Hitler-Tagebücher hereinflief, sprachen viele vom Medienskandal des Jahrhunderts. Jahrzehnte später kommt ein weiterer Skandal hinzu: Wie der NDR recherchierte, wird Adolf Hitler in den Tagebüchern positiv dargestellt: ein Mensch, der vom systematischen Mord an Millionen Jüdinnen und Juden angeblich nichts wusste. Der NDR hat im Rahmen seiner Rechercheergebnisse die gefälschten Hitler-Tagebücher von 1983 in einer kritischen Ausgabe mit wissenschaftlichen Kommentierungen veröffentlicht. Sie stehen seit dem 23. Februar online auf NDR.de. Der ARD-Sender hat die kompletten 60 Bände der »Hitler-Tagebücher« lesbar und auch recherchierbar gemacht. Damit wird erstmals in vollem Umfang deutlich, in welcher Absicht die Fälschungen verfasst wurden und wie der Stern bereit war, die NS-Geschichte neu zu deuten, sie geschichtsrevisionistisch umzuschreiben und zu verharmlosen. Hitler wusste angeblich nichts vom Holocaust. Das ist die zentrale Erzählung der gefälschten »Hitler-Tagebücher«.

Bis heute liegen die Originalbände der »Tagebücher« gesperrt im Safe bei Gruner+Jahr. Dem Projekt des NDR liegen Kopien der Tagebücher zugrunde. An zahlreichen Stellen erzählt die Fälschung, die der Stern 1983 Zug um Zug als historische Wahrheit veröffentlichen wollte, wie sich ein vermeintlicher Hitler um eine wohlwollende Lösung für die Juden einsetzt. So schreibt der Stern-Hitler am 31. Juli 1941, man solle die Juden zur schnellen Auswanderung bewegen oder ihnen »einen sicheren Landstrich in den besetzten Gebieten suchen, wo sie sich selbst ernähren und verwalten können.« Zu diesem Zeitpunkt war der Holocaust längst von den Nazis radikal entfesselt.

Wie die NDR-Recherchen belegen, war der Fälscher der »Hitler-Tagebücher«, Konrad Kujau (Stuttgart), tiefer in ein neonazistisches Umfeld verstrickt als bislang bekannt. So hatte Kujau bis in die frühen 1980er-Jahre hinein Kontakte zum Umfeld des Neonazi-Führers Michael Kühnen, der »Führer« der am 24. November 1983 verbotenen Aktionsfront Nationaler Aktivisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) war. Kujau war eng verbunden mit dem Pressesprecher Kühnens, Lothar Zaulich (Stuttgart), mit dem er gemeinsam in den 1970er-Jahren Hitlerfälschungen verkaufte. So erstellte Zaulich Reproduktionen von Hitler-Portraits und brachte Kujau bei, wie man sie mit gefälschten Hitler-Unterschriften versieht.

Zaulich (Jg. 1926), 2010 in Stuttgart verstorben, Mitglied der NSDAP/AO, war 1991 beim Prozess in Stuttgart gegen den aus Argentinien überstellten NS-Verbrecher Josef Schwammberger, einst SS-Oberscharführer, zugegen. Vor Ort pöbelte er den weltweit bekannten Nazi-Jäger Simon

Wiesenthal an. In den 1990er Jahren mischte Zaulich unter den Pseudonymen Luchs und Roderik im elektronischen Neonaziverbund Thule und Nordland aktiv mit. In der März-Ausgabe 2011 der Nachrichten der HNG (= Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige) wurde eine mit Runen geschmückte Todesanzeige für Zaulich veröffentlicht. Darin heißt es: »Auch Dir schien die Sonne, selbst wenn du sie lange Zeit nicht gesehen hast. Ein alter stiller Mitarbeiter und treuer Kamerad verschied nach langem Leiden. Für die HNG Ursula Müller«. Zur Todesanzeige gehören die Zeilen des völkischen österreichischen Dichters Otto Kernstock: »Treu blieben deine Ideale immerdar. Hieltest den Dienst an Tagesgötzen für verderblich. Idole wie Ideen sind wandelbar. Alleine Ideale sind unsterblich.« Laut Eigenangaben war Zaulich Gründungsmitglied der 1979 ins Leben gerufenen HNG. Im September 2011 wurde die Neonazi-Knasttruppe vom Bundesminister des Innern wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten.

Juristisch ließ sich Zaulich vom Rechtsanwalt Peter Stöckicht (1930–2018), einem ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg, vertreten. Ein rechtsextremer Trupp von zwölf bis 15 Mann stürmte am 23. April 1969 in Karlsruhe-Durlach den Basler Torturm. Linke Jugendliche hatten die alten Gemäuer zuvor in Roter Turm umbenannt und dort ein antiautoritäres Jugendheim eingerichtet. Die Rechtsextremisten bemächtigten sich der roten Fahnen, zerbrachen Fahnenstangen und rissen Plakate sowie Bilder von den Wänden. Dem Partei-Stoßtrupp gehörte auch der Landtagsabgeordnete Stöckicht an. Im Dezember 1970 war Stöckichts Landtagskollege Rolf Krause aus der NPD ausgetreten. Krause hatte seinen Austritt damit begründet, dass eine zwar zahlenmäßig unbedeutende, aber sehr aktive Gruppe in der NPD einen Kurs steuern wolle, »der zur NSDAP führt«. Als Vertreter dieser Gruppe nannte Krause unter anderem Stöckicht. Involviert in die Lügengeschichte um die Hitler-Tagebücher war auch Medardus Peter Klapper, einst Mitglied der Leibstandarte SS Adolf Hitler.

Nach der Kritik des NDR am Umgang des Stern mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern, will Bertelsmann-Chef Thomas Rabe in die Offensive gehen. Bertelsmann lässt den Umgang des Unternehmens mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern wissenschaftlich aufarbeiten. Zu diesem Zweck wird das internationale Medien-, Dienstleistungs- und Bildungsunternehmen einen bestehenden Forschungsauftrag an das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München erweitern.

*Die gefälschten Tagebücher ediert und kommentiert stehen auf NDR.de online:
www.ndr.de/hitlertagebuecher/ / eingesehen am 17. April 2023*

<https://www.ndr.de/geschichte/tagebuecher/Holocaust-Leugnung-Die-Wahrheit-hinter-den-Hitler-Tag-euebchern,hitlertagebuecher114.html> / eingesehen am 23. Februar 2023

<https://kress.de/news/detail/beitrag/150884-bertelsmann-laesst-umgang-mit-gefaelschten-hitler-tagebuechern-wissenschaftlich-untersuchen.html> / eingesehen am 27. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit / Berlin: Zunehmender Antiziganismus

Angriffe gegen Sinti und Roma haben in der Bundesrepublik Deutschland zugenommen. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. 2022 hat das Bundesinnenministerium 145 antiziganistische Delikte verzeichnet, zwölf davon waren Gewalttaten. Das ist der höchste Wert seit sechs Jahren. Die Zahl der zu diesen Straftaten ermittelten Tatverdächtigen beläuft sich mit Stand vom 1. Februar 2023 auf 159. Im Jahr 2021 wurden 109 antiziganistische Straftaten von den Behörden registriert, 2020 waren es 133. In den Vorjahren wurden deutlich weniger dieser Straftaten erfasst.

In Berlin ist die Anzahl der gemeldeten Fälle von Diskriminierung gegen Sinti und Roma im Jahr 2022 deutlich gestiegen. 225 Fälle hat die Dokumentationsstelle Antiziganismus (Dosta) dokumentiert, 53 % mehr als 2021.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Nicole Gohlke, Clara Bünger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Antiziganistische Straftaten 2022, BT-Drs. 20/5772 vom 22. Februar 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/057/2005772.pdf> / eingesehen am 17. April 2023

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/antiziganismus-straftaten-hoehchststand-sinti-roma-linke> / eingesehen am 25. Februar 2023

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/so-viele-gemeldete-falle-wie-nie-diskriminierung-von-sinti-und-roma-in-berlin-stark-gestiegen-9579236.html> / eingesehen am 30. März 2022

Bundesweit:
AfD, Verfassungsschutz und BND

Zwölf Beamte des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), zugleich Mitglieder, Unterstützer oder Sympathisanten der AfD, treffen sich seit drei Jahren einmal im Monat zu einer streng vertraulichen Runde. Die Beamten sind Spezialisten in der Früherkennung und Überwachung extremistischer Gruppierungen, so das Magazin Focus. Eine Anfrage von Focus online zu der geheimen Runde traf das BfV völlig unvorbereitet. Antwort des Inlandgeheimdienstes: »Dem BfV liegen keine diesbezüglichen Erkenntnisse vor«.

2018 wurde bekannt, dass Hendrik S., Leiter des sächsischen AfD-Landesfachausschusses 5 und damit zuständig für die Erarbeitung von Konzepten im Bereich Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz, beim sächsischen Verfassungsschutz arbeitet.

Nach Recherchen des RBB-TV-Politmagazins Kontraste gibt es mehrere Fälle beim Bundesnachrichtendienst (BND), in denen der Verdacht Rechtsextremismus im Raum steht. Dabei handelt es sich unter anderem um eine BND-Mitarbeiterin aus Bayern, bei deren Söhnen NS-Devotionalien gefunden worden sein sollen. In Thüringen gehe es um ein AfD-Mitglied. Die Thüringer AfD ist im Gegensatz zur Bundespartei nicht als Verdachtsfall eingestuft, sondern wird als erwiesen rechts-extreme Bestrebung vom Verfassungsschutz beobachtet.

https://www.focus.de/panorama/welt/focus-online-recherche-afd-zelle-unterwandert-den-verfassungsschutz_id_186948566.html / eingesehen am 27. Februar

https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2018/Sachsen-AfD-Funktionaer-arbeitet-beim-Verfassungsschutz_afdverfassungsschutz102.html / eingesehen am 27. Februar 2023

<https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-09-03-2023/hat-der-bnd-ein-problem-mit-rechtsextremismus.html> / eingesehen am 10. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg / Pforzheim:
Neonazi-Aufmarsch

Am 23. Februar 1945 versank die Stadt Pforzheim bei Bombenangriffen in Schutt und Asche. Alljährlich marschieren an diesem Tag auch Neonazis zur »Mahnwache« auf. In diesem Jahr waren rund 40 Teilnehmer zugegen. COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer, ein gebürtiger Pforzheimer, ließ den Neonazi-Demonstranten ein Grußwort zukommen: »Im Feuersturm verglühte das Herz von Pforzheim. Der Neuaufbau war effizient, aber seelenlos. Vielleicht wurde unsere Heimat deswegen eine so leichte Beute für die zugewanderten Fremden, zu einer der ersten umgevolkten Städte des deutschen Südens.« Weiter führte Elsässer aus: »Ich danke Euch Patrioten von Herzen, dass Ihr die Erinnerung wachgehalten habt. Ihr haltet tapfer und gegen übermächtigen Druck stand, seit vielen Jahren, und ertragt Verleumdung und Verfolgung. In der Asche unseres Volkes glimmt noch Glut, und Ihr seid es, die sie bewahrt.« Maßgeblicher Akteur der alljährlichen Aufmärsche ist der 1989 gegründete Freundeskreis Ein Herz für Deutschland e.V. um Silvio Corvaglia. Bei der »Mahnwache« am 23. Februar 2007 war die Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter im Einsatz. In Zivil mischte sie sich in die Reihen der Gegendemonstranten. Kurze Zeit darauf, am 25. April 2007, wurde die Polizistin mit einem gezielten Kopfschuss von den Rechtsterroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) auf der Theresienwiese in Heilbronn ermordet. Der Tod der 22-jährigen Polizistin zählt bis heute zu den rätselhaftesten Verbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik.

COMPACT-Online / eingesehen am 3. März 2023

WIR Heilbronn / eingesehen am 15. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Sachsen-Anhalt / Sachsen / Nordrhein-Westfalen:
Razzien bei Reichsbürger-Gemeinwohlfasse

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat am 23. Februar die Schließung der »Repräsentanzen« der »Gemeinwohlfasse« der Reichsbürger um den selbst ernannten König von Deutschland, Peter Fitzek, in Wittenberg (Sachsen-Anhalt), Dresden (Sachsen) und Menden (NRW) mithilfe der örtlichen Polizei zwangsweise durchgesetzt. Fitzek sammelt unter der Bezeichnung »Gemeinwohlfasse« Gelder von Verbraucherinnen und Verbrauchern ein und verspricht, diese später zurückzuzahlen. Darüber hinaus bietet er Krankenversicherungsverträge an, aktuell unter der Firma »Deutsche Heilfürsorge«. Die für das Einlagen- bzw. Versicherungsgeschäft erforderlichen Erlaubnisse hat Fitzek nicht, teilte die BaFin mit. Die Bundesanstalt hat gegenüber Fitzek bereits bestandskräftig die Beendigung und Abwicklung der unerlaubt betriebenen Geschäfte angeordnet. Fitzek betreibt die Geschäfte in den »Repräsentanzen« der »Gemeinwohlfasse« in Wittenberg, Dresden und Menden. Die Geschäfte in Dresden und Menden verantworten vor Ort Andreas Franke

beziehungsweise Patrick Hyrynko. Fitzeks Gruppierung veröffentlichte nach den Durchsuchungen ein Statement, in dem die Vorwürfe der Bafin als haltlos bezeichnet werden. Weiter wird verlautbart: »Eine der zentralen Säulen des destruktiven Systems ist das Schuldgeld- und Zinssystem in Verbindung mit der Geldschöpfung aus dem Nichts! Dieses System hält alle Völker dieser Erde in Schuld und damit in Abhängigkeit. Es ist ein System, in dem von den fleißigen Menschen hin zum Bankenkartell umverteilt wird, bis der Zinseszins exponentiell wird und es wieder einen großen Krieg braucht, der alle Sachwerte zerstört! [...] Wenn wir als Menschheit keinen dritten Weltkrieg möchten, wir vielmehr Freiheit und echten Wohlstand auf einer breiten Basis schaffen möchten, dann muss dieses Finanzsystem friedlich und kooperativ durch ein Gemeinwohl-Finanzsystem ersetzt werden. Genau dies leistet Peter und die Menschen des Gemeinwohlstaates Königreich Deutschland!«. Die »Brechung der Zinsknechtschaft« findet sich bereits im »25-Punkte-Programm« der NSDAP, das Hitler am 24. Februar 1920 im Münchner Hofbräuhaus verkündete.

https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Verbrauchermitteilung/unerlaubte/2023/meldung_2023_02_23_Gemeinwohllkasse_Wittenberg_Menden.html / eingesehen am 24. Februar 2023

Homepage Königreich Deutschland / eingesehen am 13. April 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Reichsweit:
**Hitler verkündet das
25-Punkte-Programm der
Deutschen Arbeiterpartei**

Am 24. Februar 1920 verkündete Adolf Hitler im großen Saal des Münchner Hofbräuhaus das 25-Punkte-Programm der Deutschen Arbeiterpartei (DAP). Vor ca. 2.000 Personen gab Hitler unter anderem kund: »1. Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland. 2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. 3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.« Hitler bauchte später den 24. Februar 1920 zum Gründungsakt seiner NSDAP auf. Tatsächlich kam der neue Name erst um oder nach Ostern 1920 in Gebrauch.

<https://www.welt.de/geschichte/article206041177/NSDAP-Mit-einem-gestohlenen-Programm-begrueendete-Hitler-seine-Partei.html> / eingesehen am 22. April 2023

Bundesweit:
**Maaßen, der Ukrainekrieg
und die Junge Freiheit**

Hans Georg Maaßen, von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, gibt in der Rechtspostille Junge Freiheit (JF) kund, dass es beim Ukrainekrieg »nicht darum« gehe, »daß ‚westliche Werte‘ verteidigt werden oder darum, Putin zu stoppen, damit er nicht den Westen überrollt.« Das seien »unglaubliche Vorwände, um den Krieg gegenüber den Wählern zu rechtfertigen.« In antiamerikanischem Duktus schreibt Maaßen, dass »wir« für die USA »ein nützliches Werkzeug in der globalen Auseinandersetzung« seien. Ob es zu einem Waffenstillstand oder Frieden kommt, liegt nach Auffassung von Maaßen nicht am Autokraten Putin, sondern »hängt in erster Linie davon ab, ob die USA es wollen.« Die bundesdeutsche Außenministerin wird von Maaßen attackiert: »Die Chefdiplomatin Deutschlands, Frau Baerbock, möchte lieber Kriegsministerin sein, die nicht verhandelt, sondern das Volk auf einen langen Krieg einstimmt.«

Hans Georg Maaßen: Deutsche Interessen zuerst, in: Junge Freiheit vom 24. Februar 2023, S. 5

Sachsen / Thüringen / Österreich:
**Pegida-»Friedensspaziergang«
in Dresden**

Am 24. Februar, ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, fand auf dem Theaterplatz in Dresden der »1. Große Dresdner Friedensspaziergang« statt. Mehrere Hundert Menschen lauschten den Rednern – unter anderem dem früheren österreichischen Vize-Kanzler Heinz-Christian Strache, dem thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke, dem AfD-Landesvorsitzenden Sachsen Jörg Urban, dem AfD-Fraktionsvorsitzenden im brandenburgischen Landtag, Hans-Christoph Berndt, und dem Pegida-Gründer Lutz Bachmann. »Wir werden [...] sowohl unserem Anliegen für Frieden und Völkerverständigung als auch allen friedliebenden Menschen eine Stimme geben, die der mehr und mehr um sich greifenden Konflikttreiberei, der medialen Kriegseuphorie und einer sich immer schneller drehenden Eskalationsspirale mit aller Vehemenz und dem Ziel von umgehenden Friedensverhandlungen entgegenzutreten«, so die Veranstalter Bachmann und Strache in einer Presseerklärung. Vor Ort waren die rechtsextremen Medien Auf1 (Österreich) und das COMPACT-Magazin.

PI-News / eingesehen am 25. Februar 2023

Berlin / Bundesweit:
**Rechtsextreme bei
 »Friedenskundgebung«**

13.000 Menschen haben nach Polizeiangaben am 25. Februar an der »Friedenskundgebung« von Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer und Erich Vad in Berlin teilgenommen. Die Demonstration richtete sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Vor Ort waren auch Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur; unter anderem: Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechtsextremen COMPACT-Magazins, der als Reichsbürger und antisemitischer Verschwörungstheoretiker bekannte Wjatscheslaw Seewald, der Holocaust-Leugner Nikolai Nerling, der Dresdner Chef von Querdenken, Marcus Fuchs, der Gründer der verschwörungsideologischen Initiative 1bis19, der Berliner Arzt Paul Brandenburg, der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban, der russlandnahe Berliner AfD-Politiker Gunnar Lindemann, AfD-Landesvize Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt und die Brandenburger AfD-Abgeordneten Lars Hünich und Lars Günther. Nach der Veranstaltung jubilierte die NPD: »Überwindung des politischen Gegensatzes für Frieden – Berliner Kundgebung zeigt neue Wege auf. Linke, AfD und NPD gemeinsam gegen westliche Provokationen«. Nach Auffassung der verfassungsfeindlichen Partei sei »es begrüßenswert, dass nicht erst seit den Protesten gegen die Corona-Verbotspolitik das alte politische Koordinatensystem zunehmend aufweicht.«

<https://www.rnd.de/politik/berlin-demo-von-wagenknecht-und-schwarzer-rechtsextreme-und-reichsbuerger-unter-teilnehmern-GNNGXBEVYZEBRIHXY5BL27N6UA.html> / eingesehen am 17. April 2023

<https://www.tagesspiegel.de/politik/altbekannte-oder-neue-bewegung-wen-der-aufstand-fur-den-frieden-tatsachlich-anzog-9417647.html> / eingesehen am 26. Februar 2023

Homepage NPD Berlin / eingesehen am 1. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bulgarien:
Neonazi-Aufmarsch

Etwa 200 Neonazis aus ganz Europa haben am 25. Februar in der bulgarischen Hauptstadt Sofia gegen das Verbot des jährlichen Gedenkmarsches für den bulgarischen NS-Kollaborateur Hristo Lukov demonstriert. Von 2003 bis 2019 konnten die Neonazis ungehindert von den Behörden aufmarschieren. Mit dem Marsch wird an den Antisemiten Lukov erinnert, der sich als Führer der faschistischen Union der Bulgarischen Nationalen Legionen für eine Beteiligung Bulgariens im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite eingesetzt hat. Lukov gilt als größter Unterstützer des Holocaust in Bulgarien während des Zweiten Weltkrieges. Seine Anhänger haben NS-Deutschland bei der Deportation von mindestens 10.000 Juden in das Vernichtungslager Treblinka unterstützt. Im Jahr 2020, erstmals hatte ein Gericht den Gedenkmarsch als Marsch verboten und nur eine stationäre Kundgebung erlaubt, notierten die Neonazis des III. Weges rückblickend: »Das würdevolle Gedenken in der bulgarischen Hauptstadt erfreute sich seit Jahren auch stets einer großen Besucherzahl von Nationalisten aus ganz Europa. Deutsche, Ungarn, Schweden und Vertreter vieler weiterer Nationen bewiesen, wie auch bei anderen Veranstaltungen, dass es längst ein europäisches Bewusstsein der organisierten Nationalisten gibt. Wie zuletzt auch bei anderen Terminen ist zumindest die BRD bemüht, diesen gemeinsamen europäischen Kampf zu unterdrücken.«

https://twitter.com/democ_de/status/1630151421999054850 / eingesehen am 27. Februar 2023

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 14. April 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Rheinland-Pfalz:
**Demonstration vor
 Air Base Ramstein
 gegen Politik der USA**

In Ramstein (Landkreis Kaiserslautern) hat es am 26. Februar eine Demonstration unter dem Motto »Airbase Ramstein schließen – Ami Go Home« gegen die US-Militärpräsenz in der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Die Ramstein Air Base gilt als wichtiges Drehkreuz des US-Militärs in der Bundesrepublik. Mehrere tausend Demonstranten, auch aus der Schweiz und Österreich, zogen vom Bahnhof bis vor die US Air Base – darunter Friedensgruppen, aber auch Teilnehmer aus der rechtsextremen Szene, Reichsbürger, sogenannte Querdenker, Putin-Anhänger und rechte Verschwörungstheoretiker. Sie alle »unterstützten den Protest gegen den US-Imperialismus«, so die NPD, die »auffallend stark vor Ort vertreten« gewesen sein will. Kernbotschaft der Demonstrierenden: Die Amerikaner und die NATO seien Kriegstreiber. Russland verteidige sich im aktuellen Konflikt lediglich. Sie forderten, die Sanktionen gegenüber Russland einzustellen. Außerdem wurden ein Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine und ein Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus der Bundesrepublik Deutschland gefordert. Neben Vertretern aus verschiedenen Friedensinitiativen

sprachen unter anderem der selbsterklärte Repräsentant Deutschlands und »Exil-Kanzler« Ralph T. Niemeyer, der ehemalige AfD-Landeschef von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, die AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum, der (mittlerweile parteilose) Bundestagsabgeordnete Robert Farle und der Kommunalpolitiker Markus Beisicht der rechtsextremen Vereinigung Aufbruch Leverkusen zu den Teilnehmern.

In ihrer 6-minütigen Rede skandierte Baum Losungen wie »Ami go home!« oder »Wir sind das Volk!«, die in Chören von den Demonstrierenden wiederholt wurden. O-Ton Baum: »Ich fordere die Bundesregierung auf, sofort zurückzutreten!« Das rechtsextreme Blog Zuerst! war beeindruckt von der »politischen Mischung, die sich in Ramstein zum Protest gegen die US-Kriegführung und gegen die von den amerikanischen Militärstützpunkten in Deutschland ausgehende Kriegsgefahr zusammenfand.« Denn: »Im Gegensatz zu anderen Veranstaltungen gab es im Vorfeld keine nennenswerten Abgrenzungsversuche. Mehrere Veranstaltungsredner unterstrichen, daß es beim Thema Frieden keine Distanzierung geben dürfe, auch wenn man bei anderen Themen verschiedene Ansichten vertrete.«

<https://twitter.com/AZeckenbiss/status/1629834145936318465> / eingesehen am 26. Februar 2023

<https://www.essentiel.lu/de/story/demonstranten-fordern-schliessung-der-us-airbase-ramstein-605943339191> / eingesehen am 17. April 2023

Homepage NPD Hamburg / eingesehen am 27. Februar 2023

Homepage ZUERST! / eingesehen am 28. Februar 2023

Ungetrübt Media / eingesehen am 4. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
Bundesverfassungsgericht urteilt:
Sportverein darf NPD-Mitglied
ausschließen**

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat eine Verfassungsbeschwerde des Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Lennart Schwarzbach nicht zur Entscheidung angenommen. Der Beschwerdeführer hatte sich gegen seinen Ausschluss aus einem Sportverein in Schleswig-Holstein im Kreis Pinneberg gewandt. Er rügte eine Verletzung des grundgesetzlich verankerten Gleichbehandlungsgebots. Die 2. Kammer des Ersten Senats des BVerfG entschied am 28. Februar, dass die im Grundgesetz verankerte Vereinigungsfreiheit einem Verein grundsätzlich das Recht einräumt (Vereinsfreiheit), über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern selbst zu bestimmen. Wenn sich ein Verein in seiner Satzung dabei ausdrücklich an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientiert und extremistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen entgegentritt, sei das auch in Abwägung mit anderen Rechten, die sich aus dem Grundgesetz ergeben, nicht zu beanstanden. Die Argumentation des Beschwerdeführers, dass er vom Verein aufgrund seiner politischen Anschauung diskriminiert werde, verfange nicht, stellten die Richter fest. Wegen der aktiven Betätigung als NPD-Landesvorsitzender habe der Beschwerdeführer vom Verein ausgeschlossen werden dürfen. Die Richter nahmen die Verfassungsbeschwerde des Mannes nicht zur Entscheidung an.

Der Sportverein hatte Schwarzbach nach mehreren erfolglosen Versuchen 2019 endgültig von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen. Dagegen wandte er sich erfolglos zunächst an das Ehrengericht und dann an die Zivilgerichte. Das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht wies die Berufung zurück und führte aus, der Vereinsausschluss sei rechtmäßig. Im Jahr 2018 hatte der Verein sogar seine Satzung geändert und entschied, eine Vereinsmitgliedschaft nur dann zu akzeptieren, wenn das Mitglied sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekenne. In der Satzung heißt es: »Grundlage der Vereinsarbeit ist das Bekenntnis aller Mitglieder des Vereins zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. [...] Der Verein tritt allen extremistischen Bestrebungen entschieden entgegen. Der Verein bietet nur solchen Personen die Mitgliedschaft an, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen. Mitglieder von extremistischen Organisationen gleich welcher politischen Ausrichtung, sowie Mitglieder rassistisch und fremdenfeindlich organisierter Organisationen oder religiöser Gruppierungen, wie zum Beispiel der NPD und ihre Landesverbände, können nicht Mitglied des Vereins werden.« Schwarzbach war am 16. April 2022 beim Trauermarsch für den verstorbenen Holocaust-Leugner und vormaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert im nordbadischen Weinheim zugegen.

Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 24/2023 vom 28. Februar 2023:

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-024.html> / eingesehen am 17. April 2023

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-lennart-schwarzbach-scheitert-mit-beschwerde-gegen-ausschluss-aus-sportverein-a-8f5f89dc-d1da-4821-95ed-6a7f76469c97> / eingesehen am 1. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
Antisemitismus: Gewalt
gegen Juden nimmt zu**

Juden sind in der Bundesrepublik Deutschland 2022 häufiger Opfer von Gewalttaten geworden als 2021. Die Zahl judenfeindlicher Gewalttaten stieg 2022 im Vergleich zum Vorjahr von 63 auf 88 Delikte. Darunter fallen etwa gefährliche Körperverletzungen, räuberische Erpressung und Brandanschläge. Das Bundeskriminalamt verzeichnet für das Jahr 2022 bisher 2639 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund. Im Jahr 2021 waren es 3028 Delikte. Es fehlen jedoch noch die Nachmeldungen aus dem vierten Quartal 2022.

Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, sagte: »Antisemitismus wird gewalttätiger.« Demnach spiegeln die neuen Zahlen das Erleben von Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik Deutschland. »Es bleibt nicht bei Worten und Sachbeschädigungen, sondern die Gewalt richtet sich immer häufiger direkt gegen Jüdinnen und Juden selbst«, sagte Schuster. Der Zentralrat fordert, Antisemitismus entschieden zu bekämpfen, auch jenen unterhalb der Schwelle des Strafrechts.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/gewalt-juden-linke-antisemitismus-101.html> / eingesehen am 28. Februar 2023

**Bundesweit:
2022: Mehr Angriffe auf
Flüchtlingsunterkünfte**

Das Bundesinnenministerium hat 2022 deutlich mehr Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte gezählt als in den Jahren zuvor. 2022 gab es 121 Überfälle, Anschläge, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe. Das ist ein Plus von 73 % im Vergleich zu 2021, als es 70 derartige Straftaten gegeben habe. Damit hat die Zahl von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte erstmals seit 2015 wieder zugenommen. Zudem verzeichneten die Behörden im vergangenen Jahr 1248 Angriffe gegen Asylbewerber oder Flüchtlinge außerhalb von Unterkünften. Das waren in etwa so viele wie im Vorjahr mit 1259 Fällen. Dabei wurden 189 Personen verletzt, darunter 18 Kinder. Jeden Tag werden somit in Deutschland drei Asylbewerber Opfer von Angriffen. Die Taten seien meist rechts motiviert gewesen.

<https://www.tagesschau.de/inland/anschlaege-fluechtlingsunterkuenfte-anstieg-101.html> / eingesehen am 2. März 2023

**Reichsweit / Berlin:
Reichstagsbrand**

In der Nacht zum 28. Februar 1933 stand der Reichstag in Berlin in Flammen. Der Brandverlauf und die Brandstiftung sind bis heute nicht zweifelsfrei geklärt. Noch in der Brandnacht wurden Tausende von Kommunisten, Sozialdemokraten und aufrechten Demokraten verhaftet. Allein in Berlin erfolgten innerhalb weniger Stunden über 1.500 Verhaftungen; im ganzen Reich waren es mehr als 10.000. Sofort am Tag nach dem Brand, einem »Gottesgeschenk«, wie NS-Propagandachef Joseph Goebbels es nannte, trat die berühmte »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« in Kraft. Mit der »Reichstagsbrandverordnung« schufen die Nationalsozialisten die Legitimationsgrundlage für ihren Terror, der in der Errichtung der ersten Konzentrationslager Niederschlag fand. Die in den Artikeln der Weimarer Verfassung festgesetzten Grundrechte waren damit außer Kraft gesetzt worden.

Gemeinsam mit einem renommierten Brandexperten und Feuerwehrwissenschaftler recherchiert das Team der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus derzeit zu dem spektakulärsten deutschen Kriminalfall.

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
**Anlaufstelle bei Hassangriffen
 gegen Justizangehörige**

Am 28. Februar hat die im baden-württembergischen Justizministerium eingerichtete Anlaufstelle bei Hassangriffen gegen Justizangehörige ihre Arbeit aufgenommen. Die Anlaufstelle informiert einzelfallbezogen über die zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten. Darüber hinaus unterstützt sie bei deren Umsetzung. So etwa bei der Stellung von Löschanträgen in den sozialen Netzwerken oder bei der Entfernung rechtswidriger Inhalte aus dem Index von Internet-Suchmaschinen. Von Hate-Speech betroffen können Justizangehörige aller Berufsgruppen sein, darunter Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Servicemitarbeitende, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger wie Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie Bedienstete im Justizvollzug. Im Bedarfsfall können sie sich jetzt an die neu geschaffene Anlaufstelle wenden.

»Wer die Meinungsfreiheit und die Demokratie schützen will, muss strafbaren Hass im Netz konsequent bekämpfen und sich als Ministerium somit auch schützend vor alle Angehörigen der Justiz stellen«, sagte Justizministerin Marion Gentges (CDU). Hass und Hetze dürfe weder gegenüber den Beschäftigten in der Justiz noch generell in der Gesellschaft einen Platz haben und müsse konsequent verfolgt werden. Die Anlaufstelle bei Hassangriffen ist für alle Angehörigen der Justiz im Land im Intranet des Justizministeriums erreichbar. Dort ist ebenfalls ein neu erarbeiteter allgemeiner Handlungsleitfaden bei typischen Fallgestaltungen abrufbar.

<https://www.behörden-spiegel.de/2023/02/28/anlaufstelle-bei-hassangriffen-gegen-justizangehoerige/> eingesehen am 28. Februar 2023

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/neue-anlaufstelle-bei-hassangriffen-gegen-justizangehoerige/> eingesehen am 28. Februar 2023

Baden-Württemberg:
**IV. Quartal 2022: Rechtsextreme
 Demonstrationen in Heilbronn
 und Illerkirchberg**

Der Bundesregierung sind im vierten Quartal 2022 zwei von Rechtsextremisten in Baden-Württemberg durchgeführte Kundgebungen bekannt geworden. Hierbei handelt es sich um Kundgebungen, denen in der Regel eine überregionale Teilnehmermobilisierung zugrunde lag. Unter dem Motto »Gemeinsam gegen das Vergessen« mobilisierte der Freundeskreis Ein Herz für Deutschland am 4. Dezember 2022 70 Gleichgesinnte nach Heilbronn. Am 12. Dezember 2022 marschierten 20 Neonazis unter dem Motto »Importierte Gewalt stoppen! Ausländische Täter ausweisen!« in Illerkirchberg auf. Veranstalter war der neonazistische III. Weg.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Nicole Gohlke, Clara Bünger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Rechtsextreme Aufmärsche im vierten Quartal 2022, BT-Drs. 20/5702 vom 17. Februar 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/057/2005702.pdf> / eingesehen am 17. April 2023

Bundesweit / Baden-Württemberg:
**Rechtsextreme Musikveranstaltungen
 im vierten Quartal 2022**

Im vierten Quartal 2022 haben in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung 45 rechtsextreme Musikveranstaltungen stattgefunden. Dabei handelte es sich um 14 Konzerte und 31 Liederabende. Zu 18 Musikveranstaltungen liegen Informationen über eine offene Ankündigung bzw. Durchführung vor, darunter auch eine Veranstaltung am 1. Oktober 2022 im Raum Hohenlohe. Aufgespielt wurde von Hard & Smart, Brachial und Skindogs. Die weiteren 27 derjenigen Musikveranstaltungen, von denen die Bundesregierung Kenntnis hat, wurden konspirativ angekündigt oder vorbereitet. Darüber hinaus fanden nach Kenntnis der Bundesregierung von Oktober bis Dezember 2022 im Bundesgebiet 47 sonstige Veranstaltungen mit Musikdarbietungen statt, darunter auch eine Vortragsveranstaltung am 26. November 2022 des »Stützpunktes Baden-Württemberg« der Partei Der III. Weg im Raum Württemberg, in deren Rahmen ein Liedermacher auftrat.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Nicole Gohlke, Clara Bünger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Musikveranstaltungen der extremen Rechten im vierten Quartal 2022, BT-Drs. 20/5712 vom 17. Februar 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/057/2005712.pdf>

Baden-Württemberg:
**Peter Longerich im
 Generallandesarchiv zu
 »Rechtsterrorismus in der Weima-
 rer Republik. Das Krisenjahr 1923«**

Im Rahmen der Vortragsreihe »Terror von Rechts. Gestern und Heute« referierte am 28. Februar Prof. Dr. Peter Longerich zum Thema »Rechtsterrorismus in der Weimarer Republik. Das Krisenjahr 1923«. Longerich zählt zu den Experten für deutsche Zeitgeschichte, den Nationalsozialismus und seine Entstehung. Die Niederlage, die Novemberrevolution von 1918/19 und die als demütigend empfundenen Friedensbedingungen von Versailles führten zu einer Welle eines sehr stark ethnisch fundierten Nationalismus und zu einer Stärkung der völkischen Bewegung. Belastend für die Demokratie wirkte sich auch die nahezu uneingeschränkte Kontinuität der antidemokratisch geprägten Eliten des Kaiserreichs aus.

Kenntnisreich und gestützt auf reichhaltige Quellen zeigte der Zeithistoriker und Bestsellerautor auf, dass die Situation des Jahres 1923 nicht einfach durch den Zusammenprall verschiedener Konfliktlagen zur Krise eskalierte, sondern entscheidend durch die – infolge der nationalistischen Aufbruchsstimmung während des »Ruhrkampfes« gestärkte – politische Rechte vorangetrieben wurde. Die politische Rechte wollte die Krise weiter radikalisieren und letztlich nutzen, um durch die Errichtung einer Diktatur die Weimarer Republik zu stürzen.

In den Fokus seiner Ausführungen stellte Longerich deshalb die Anstrengungen, sowohl von rechtskonservativer wie von rechtsextremer Seite einen gewaltsamen Putsch oder Staatsstreich zu unternehmen. Detailreich legte er dar, dass die politische Rechte, von der Schwerindustrie über die Heeresleitung bis hin zu Wehrverbänden und den Nationalsozialisten, einen gewaltsamen Umsturz vorbereitete. Der Referent skizzierte den Ruhrwiderstand, der federführend von Freikorpskämpfern geführt wurde. Die rechtsextremen Bombenleger galten bis weit in die politische Mitte hinein als »nationale Vorkämpfer«, man denke nur an den Heldenkult um den von den Franzosen hingerichteten Schlageter, und erfuhren Unterstützung durch Regierung und Reichswehr.

Archivrecherchen des Historikers Longerich zufolge sah sich der ehemalige Freikorps-Kämpfer und Reichswehr-Major a.D. Bruno Ernst Buchrucker als berufen an, die ehemaligen Kameraden aus den Freikorps unter dem Dach der Reichswehr für einen Bürgerkrieg zu mobilisieren, Berlin zu besetzen und eine Militärdiktatur zu errichten. Buchrucker stand im engen Kontakt mit einem Netzwerk rechtsextremer Organisationen. Diese Putschpläne fielen zeitlich mit Plänen zusammen, den Chef der Obersten Heeresleitung, Generaloberst Hans von Seeckt, zu einer Art Diktator auf Zeit zu machen. Seeckts »Regierungsprogramm« war entschieden antisozialistisch und enthielt korporative Elemente: so sollten Gewerkschaften durch »Berufskammern« ersetzt und Tarifverträge abgeschafft werden.

Mit Umsturzgedanken spielte zu diesem Zeitpunkt auch der Großindustrielle Hugo Stinnes, der als der mächtigste Mann der deutschen Schwerindustrie mit enormem politischen Einfluss galt. Stinnes stand im Austausch mit dem ehemaligen Militärdiktator Erich Ludendorff und Generalfeldmarschall a.D. Paul von Hindenburg. Höhepunkt der rechtsterroristischen Staatsstreich- und Diktaturpläne war der Hitler-Ludendorff-Putsch am 8. November 1923. Mit dem Fehlschlagen des Putsches wurden alle übrigen Staats- und Diktaturpläne obsolet. Longerich zog das Fazit, dass die größte Gefahr für die Weimarer Demokratie nicht von Hitler ausging, sondern vom konservativen Establishment, vertreten durch Seeckt und Stinnes, die die Demokratie beseitigen und die Weimarer Republik in eine Diktatur verwandeln wollten.

Lesen Sie hierzu auch die Buchbesprechung in diesem Heft auf Seite 26.

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

März

Bundesweit: AfD-Mitgliederrückgang

Bei der AfD ging die Zahl der Mitglieder im Jahr 2022 um etwa 700 zurück. Nach Angaben eines Parteisprechers lag sie zum Beginn des Jahres 2022 bei 29.180, nach 29.882 zum Jahresbeginn 2022. Im Januar 2019 hatte die AfD noch 33.651 Mitglieder.

<https://www.handelsblatt.com/dpa/parteien-gegen-den-ampel-trend-gruene-wachsen-weiter/29010820.html> / eingesehen am 2. März 2023

<https://www.afd.de/afd-startet-mit-ueber-35-000-mitgliedern-und-foerderern-ins-super-wahljahr-2019> / eingesehen am 2. März 2023

Bundesrepublik Deutschland / Namibia: Ex-TLfv-Präsident schreibt in rechtsextremer Postille COMPACT über seine Namibia-Reise

Helmut Roewer, von 1994 bis 2000 Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfv), hat im vergangenen Winter eine längere Reise durch Namibia (unter der Bezeichnung Deutsch-Südwestafrika von 1884 bis 1915 eine deutsche Kolonie) unternommen. Über seine Reise berichtet der ehemalige Schlapphut in der März-Ausgabe der rechtsextremen Zeitschrift COMPACT, dem selbst ernannten »Magazin für Souveränität«. Das »schlechte Bild über unsere Kolonialgeschichte« ist ein Thema, das die COMPACT-Macher »derzeit umtreibt«: »Denn tatsächlich war der deutsche Kolonialismus viel besser als sein heutiger Ruf.« Erfreut zeigt sich der Pensionär Roewer angesichts der Tatsache, »dass man in Namibia auch heute noch auf jenen eigenwilligen Typus von Landsleuten trifft, die nicht im Traum daran denken, ihr Deutschland zu verleugnen.« Er selbst, bekennt Roewer, habe vor Ort auch »keine Anzeichen politisch korrekter Erschütterung« gezeigt.

COMPACT, Sprachrohr der Neuen Rechten, trägt nach Darstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, »Positionen und Aussagen in die Öffentlichkeit, die eindeutig als völkisch-nationalistisch sowie minderheitenfeindlich zu bewerten sind«. Demnach enthalten die Äußerungen »wiederholt antisemitische Verschwörungsmotiven und islamfeindliche Motive. Zudem sind sie durch eine Verächtlichmachung und Verunglimpfung der politischen Parteien, Politiker und Repräsentanten der Bundesrepublik gekennzeichnet.« Immer wieder sei von »gesetzlosen« Politikern und einer »Regentschaft der Gesetzlosen« die Rede. Dieses »Regime« müsse gestürzt werden, heißt es.

Autoren der März-Ausgabe sind unter anderem die einschlägigen Szene-Publizisten Werner Bräuninger (Referent bei der NPD-nahen Deutschen Akademie), Sven Eggers (einst verantwortlich für den redaktionellen Teil der National-Zeitung), Manfred Kleine-Hartlage (Zuerst!-Autor) und Martin Sellner (Identitäre Bewegung). Mit einer Anzeige ist ein Ausrüster für »Krisenvorsorge & Survivalsituationen« vertreten. Im Angebot sind unter anderem eine »Compound Armbrust«, »Weitstrahl Pfefferspray« und ein »Langzeit Notfallpaket«. Inhaber ist der ehemalige Berliner NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke. Im Impressum der Homepage seines Unternehmens weist Schmidtke die Anschrift der NPD-Parteizentrale in der Bundeshauptstadt aus. Ob Polit-Pensionär Roewer sich bei dem Ausrüster auch ein Notfallpaket für seine Namibia-Reise bestellt hat? Der rechtsextreme Inhaber dürfte ihm ja noch aus seinen Zeiten als »Verfassungsschützer« bekannt sein!

Da COMPACT die Auffassung vertritt, dass wir »uns für unser koloniales Erbe nicht zu schämen brauchen, sondern mit Stolz darauf blicken können«, haben die Blattmacher im Rahmen von COMPACT-Geschichte (Nr. 18) ein Heft mit dem Titel »Deutsche Kolonien – Viel besser als ihr Ruf« herausgegeben. Der »opulent illustrierte Prachtband, der antideutschen Lügen die historische Wahrheit entgegengesetzt«, kann in der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eingesehen werden.

Helmut Roewer: Frühstück im Cafe Anton, in: COMPACT, März 2023, S. 42–44

COMPACT-Online / eingesehen am 21. Januar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Berlin: Vor 80 Jahren: Hinrichtungen von Mitgliedern der Herbert-Baum-Gruppe

Am 4. März 1943 wurde die Arbeiterin Hella Hirsch (Jg. 1921) zusammen mit acht anderen Mitgliedern der kommunistisch-jüdischen Herbert-Baum-Gruppe, einer der größten jüdischen Widerstandsgruppen in Deutschland, in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Ihre Schwester wurde 1943 in Auschwitz vergast. Ebenfalls am 4. März wurden die Widerstandskämpfer der Baum-Gruppe Marianne Joachim, Siegbert Rotholz, Hildegard Loewy, Hanni Meyer, Heinz Birnbaum, Lothar Salinger, Helmuth Neumann und Heinz Rotholz von den Nazis ermordet.

https://twitter.com/rls_history/status/1631897509932175361 / eingesehen am 4. März 2023

Konrad Kwiet/Helmut Eschwege: *Die Herbert-Baum-Gruppe*. In: Arno Lustiger: *Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden 1933-1945*. Köln 1994, S. 56ff.

Konrad Kwiet/Helmut Eschwege: *Selbstbehauptung und Widerstand deutscher Juden. Der Kampf um Existenz und Menschenwürde*. Hamburg 1984

**Bundesweit:
Neues vom Zentralrat Deutscher
Sinti und Roma**

Mehr als vier Jahrzehnte sind vergangen, seitdem sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma im Februar 1982 gründete. Anlässlich des Gründungsjubiläums hat der Zentralrat eine umfangreiche Ausgabe seiner Reihe newess veröffentlicht. Im Heft werden Themen aufgegriffen, die den Zentralrat im vergangenen Jahr beschäftigt haben. Höhepunkte waren die Ansprache des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier beim Festakt zum 10. Jahrestag der Übergabe des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas im Oktober sowie die Teilnahme von Bundesratspräsident Bodo Ramelow am Europäischen Holocaustgedenktag für Sinti und Roma in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im August 2022. Ein Meilenstein war zudem die »Gemeinsame Erklärung zur Vermittlung der Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma in der Schule«, die die Kultusministerkonferenz gemeinsam mit dem Zentralrat im Dezember 2022 in Berlin verabschiedete. Romani Rose, Präsident des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, betont im Editorial, dass die Ansprache des Bundespräsidenten deutlich gemacht habe, dass es in der Bundesrepublik Deutschland einen Bewusstseinswandel gibt. Demnach wird Antiziganismus als spezifische, gegen Sinti und Roma gerichtete Form des Rassismus zunehmend als Problem wahrgenommen, dem der Staat aber auch die Zivilgesellschaft mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten müssen.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/newess-2022> /eingesehen am 18. April 2023

Interessenten an der Arbeit des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und an aktuellen Veranstaltungen können einen elektrischen Newsletter abonnieren: <http://zentralrat.sintiundroma.de/newsletter/>

**Baden-Württemberg:
AfD-Landesparteitag**

Am 4. und 5. März fand in Offenburg der von mehreren Hundert Mitgliedern besuchte AfD-Landesparteitag statt. Seit Juli 2022 wird der von Markus Frohnmaier und Emil Sänze geführte AfD-Landesverband vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall beobachtet. Bei gewalttätigen Protesten wurden Polizeibeamte und Demonstrationsteilnehmer verletzt. Vor den Ausschreitungen hatten bei einer anderen Demonstration mindestens 1.200 Menschen friedlich protestiert. Der AfD-Politiker Bernd Gögel, zuletzt Fraktionsvorsitzender, nahm die Proteste zum Anlass, um den Verfassungsschutz anzugehen: »Wenn der ‚Verfassungsschutz‘ seinem Namen wieder gerecht werden will, sollte man daher lieber die Mittel für die Linksextremismus-Bekämpfung erhöhen, statt einer demokratischen Partei hinterherzuspionieren.« Der Parteitag hat eine Resolution zum Ukraine-Krieg beschlossen; darin heißt es: »Der politisch-mediale Komplex, bestehend aus Altparteien und etablierten Medien, zieht Deutschland immer weiter in den Ukraine-Krieg hinein. Ursache hierfür ist auch die fehlende Souveränität Deutschlands«.

<https://www.bo.de/lokales/ortenau/polizei-55-menschen-bei-ausschreitungen-um-afd-in-offenburg-verletzt#> / eingesehen am 6. März 2023

<https://bernd-goegel.de/linksextremismus-ist-lebensgefahrllich-anti-afd-demonstranten-verletzen-53-polizisten> / eingesehen am 6. März 2023

PI-News / eingesehen am 6. März 2023

**Österreich:
Zahl rechtsextremer Taten
auf hohem Niveau**

In Österreich kam es 2022 zu 928 Tathandlungen mit rechtsextremem Hintergrund (2021: 1053). Das Innenministerium stuft 791 Taten als explizit rechtsextrem ein (2021: 819), 51 als rassistisch (66), 33 als antisemitisch (52) und drei als islamophob (9). Leicht gesunken ist die Zahl der Anzeigen nach dem Verbotsgesetz, das nationalsozialistische Wiederbetätigung bestraft, und zwar von 998 auf 929. Knapp zwei Drittel der Taten – 599 – wurden von Männern begangen. Seit 2017 werden diese Zahlen von der SPÖ-Nationalratsabgeordneten Sabine Schatz jährlich parlamentarisch erfragt.

<https://www.derstandard.at/story/2000144151666/zahl-rechtsextremer-taten-gesunken-aber-auf-hohem-niveau> / eingesehen am 4. März 2023

Estland:
Verluste für Rechtsextremisten

Die rechtsextreme Konservative Volkspartei Estlands (EKRE) verliert mit 16 % der Stimmen zwei Sitze. Sieger der Wahl am 5. März ist die europafreundlich ausgerichtete Reformpartei von Ministerpräsidentin Kaja Kallas, die 31 % der Stimmen und 37 von 101 Sitzen erzielte. Bei der Wahl gab es wieder die Möglichkeit zur vorzeitigen Stimmabgabe über das Internet, die Estland vor einigen Jahren als erstes Land in Europa eingeführt hatte. Vom E-Voting machten diesmal mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten Gebrauch. EKRE-Parteivorsitzender Mart Helme kündigte an, das Resultat der Internet-Stimmen anzufechten. »Ich traue dem e-Voting nicht; es zerstört jedermanns Leben«, sagte Helme in der Wahlnacht. »Wir tun vor Gericht alles, was wir können, damit dieses Resultat nicht anerkannt wird«, drohte der erklärte Donald Trump-Fan, der immer noch überzeugt ist, dass sein Idol 2021 in den USA um den Wahlsieg betrogen worden ist. EKRE hatte im Wahlkampf die Einstellung der Ukraine-Hilfe zugunsten höherer Sozialausgaben für Esten gefordert. Die Partei spricht vor allem weniger gut Gebildete in den ländlichen Regionen Süd-Estlands an.

<https://www.sn.at/politik/weltpolitik/kallas-bremst-in-estland-die-rechtsradikalen-135067597/> /
 eingesehen am 6. März 2023

Österreich:
**FPÖ-Zuwächse bei der
 Landtagswahl in Kärnten**

Bei der Landtagswahl im österreichischen Bundesland Kärnten am 5. März konnte die FPÖ ihren Aufwärtstrend fortsetzen und mit einem Plus von 1,6 Prozentpunkten ihren zweiten Platz verteidigen – sie kam auf 24,55 %. Auf Platz eins liegt nach wie vor die SPÖ mit 38,9 %. FPÖ-Parteivorsitzender Herbert Kickl sieht nach den Wahlerfolgen seiner Partei in Tirol und Niederösterreich die FPÖ auch in Kärnten im »Steigflug«. FPÖ-Spitzenkandidat Erwin Angerer, zugleich FPÖ-Landespartei- und Nationalratsabgeordneter, FPÖ-Wirtschaftssprecher und Bürgermeister in Mühldorf im Bezirk Spittal an der Drau ist, zeigte sich erfreut über den Zugewinn. Ähnlich wie in Niederösterreich hat die FPÖ auch bei der Kärntner Landtagswahl in den impfskeptischen Gemeinden stärker gepunktet als anderswo im Bundesland. Während die Freiheitlichen landesweit knapp ein Viertel der Stimmen erreichten, waren es in den Gemeinden mit besonders geringer Impfbereitschaft fast 35 %.

Wahlgewinner war auch die FPÖ-Abspaltung Team Kärnten rund um den Spittaler Bürgermeister Gerhard Köfer. Sie konnte ihren Stimmenanteil von 5,7 auf 10,1 % fast verdoppeln.

Homepage ZUERST! / eingesehen am 6. März

Homepage FPÖ / eingesehen am 6. März

<https://www.orf.at/#/stories/3307746/> / eingesehen am 6. März

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

USA:
**Letztes Mitglied der
 Weißen Rose verstorben**

Mit Traute Lafrenz ist am 6. März das letzte Mitglied der Widerstandsgruppe Weiße Rose in der Kleinstadt Meggett im US-Bundestaat South Carolina verstorben. Die gebürtige Hamburgerin wurde 103 Jahre alt. Als Studentin in München lernte sie Hans und Sophie Scholl kennen und beteiligte sich am Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Lafrenz nahm an Gesprächen und Diskussionen der Weißen Rose teil. Gemeinsam mit Sophie Scholl organisierte sie Papier und Briefumschläge für die Versendung von Flugblättern. Im November 1942 brachte Lafrenz das dritte Flugblatt der Weißen Rose nach Hamburg. Am 19. April 1943 wurde sie gemeinsam mit den Widerstandskämpfern Alexander Schmorell und Kurt Huber angeklagt und zu einer Haftstrafe verurteilt. Am 15. April 1945 wurde Lafrenz aus einem Zuchthaus in Bayreuth von amerikanischen Soldaten befreit. Bis zu ihrer Befreiung war sie in vier Gefängnissen inhaftiert gewesen.

1947 emigrierte Lafrenz in die USA. In Chicago leitete sie zuletzt eine heilpädagogische Schule für geistig behinderte Kinder. Bereits am 25. Januar jährte sich die Hinrichtung der Weißen Rose-Widerstandskämpfer Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst in München zum 80. Mal. Die Flugblätter der Weißen Rose waren »der Höhepunkt des deutschen Widerstands gegen Hitler« gewesen, sagt der Historiker Andreas Wirsching. Sie seien »das einzige Dokument des deutschen Widerstandes, in dem der Massenmord an den Juden beim Namen genannt und als das bezeichnet wird, was er war.«

<https://www.weisse-rose-stiftung.de/die-weisse-rose-stiftung-trauert-um-die-letzte-mitwirkende-am-widerstand-der-weissen-rose/> / eingesehen am 13. März 2023

https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/traute-lafrenz/?no_cache=1 / eingesehen am 13. März 2023

Traute Lafrenz, 103, in: Der Spiegel, 11/2023, S.117

Weißer Rose: unerschütterlicher Mut, brutales Schicksal, in: Stuttgarter Nachrichten vom 21. Februar 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Nordrhein-Westfalen:
Verwaltungsgericht entzieht
AfD-MdL den Waffenschein**

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat am 7. März entschieden, dass dem 31-jährigen nordrhein-westfälischen AfD-Landtagsabgeordneten Zacharias Schalley (Alte Hallesche Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf) zu Recht der Waffenbesitz verboten wurde. Der Politiker hatte beim Verwaltungsgericht gegen den Entzug seiner Waffenbesitzkarte geklagt. Schalley hatte als Sportschütze seit 2009 eine Waffenbesitzkarte und war Eigentümer zweier Kleinkaliberpistolen. Seine Einwände erkannte das Gericht allerdings nicht an und berief sich auf das im Jahr 2020 verschärfte Waffenrecht (Az.: 22 K 7087/20).

Mit dem 3. Waffenrechtsänderungsgesetz wurde mit Wirkung zum 20. Februar 2020 das bisher geltende Waffenrecht verschärft. Seitdem legt auch die bloße Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung die Annahme nahe, dass die Person als unzuverlässig im Sinne des Waffengesetzes (WaffG) gilt (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 c) WaffG). Eine individuelle verfassungsfeindliche Betätigung der Betroffenen braucht es seit der Gesetzesverschärfung damit nicht mehr.

Es gebe berechnete Zweifel an der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit des AfD-Abgeordneten, befand das Gericht. So sei der Kläger nicht nur in der AfD und in deren Jugendorganisation Junger Alternative engagiert, die beide vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden, sondern auch beim Leverkusener Verein Publicatio und seinem Arcadi-Magazin engagiert (gewesen). Beide werden vom NRW-Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft und im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Die Entscheidung könne nicht verallgemeinert werden, es handle sich um eine Einzelfallprüfung, betonte die Sprecherin.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf werde anwaltlich geprüft, so ein Sprecher der AfD-Fraktion. AfD-MdL Sven W. Tritschler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Jagdpolitischer Sprecher, hatte bereits 2021 in der AfD-Postille Blickwinkel den Entzug der Waffenbesitzkarte von Schalley kommentiert: »Das alles ist nicht nur Teil einer Kampagne gegen Bürger aus dem AfD-Umfeld. Vielmehr gelten gerade den Grünen alle Legalwaffenbesitzer als verdächtig.« Zacharias Schalley zog 2022 als Abgeordneter aus dem Wahlkreis Rhein-Kreis Neuss III über die Landesliste in den Landtag ein. Seit 2020 sitzt er zudem als einziger Vertreter der AfD im Rat der Stadt Meerbusch.

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-duesseldorf-22k708720-waffenrecht-afd-landtagsabgeordneter-waffen-verbot/> / eingesehen am 8. März 2023

Sven Tritschler: Die Entwaffnung. Legalwaffenbesitzer im AfD-Umfeld werden zunehmend das Opfer von Behördenwillkür, in: Blickwinkel. Politisches Magazin der AfD-Fraktion und des AfD-Landesverbandes NRW, Sommer 2021, S.12f

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
1.000 Rechtsextremisten
mit Waffenerlaubnis**

Noch immer haben bundesweit etwa 1.000 Rechtsextremisten eine Waffenerlaubnis. Das geht aus einer Umfrage des ARD-Politikmagazins Report Mainz bei den Innenministerien der Bundesländer hervor. Unter ihnen sind sogar Menschen, die in der Vergangenheit von Behörden als potenzielle Terroristen eingestuft wurden. Die tatsächliche Zahl dürfte viel höher liegen. Experten gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. Einige Bundesländer können zudem keine genauen Angaben machen. Und auch das Bundesinnenministerium kann keine aktuelle Zahl nennen, verweist auf den Stand von Ende 2021. Allein in Rheinland-Pfalz und Hessen besitzen bekannte Rechtsextremisten und Reichsbürger 925 scharfe Schusswaffen.

Der Grünen-Innenpolitiker Marcel Emmerich, MdB, kritisiert gegenüber Report Mainz, das Waffengesetz sei unzureichend, um Extremisten zu entwaffnen. Das belegten die hohen Zahlen. »Das ist etwas, wo wir uns als Staat lächerlich machen«, so Emmerich. »Da müssen unsere Behörden die notwendigen Mittel an der Hand haben, um das zu beenden.« Grund seien unter anderem unklare Formulierungen im Waffenrecht. Während Straftäter ab einem gewissen Strafmaß qua Gesetz ihre Waffen automatisch verlieren, gilt das bei Extremisten nur »in der Regel«. Und dieser kleine Unterschied erlaube den Gerichten großen Spielraum. Auch der Hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) fordert deshalb Änderungen im Waffenrecht. »Das sind zwar juristische Feinheiten, aber

>>>

diese Feinheiten führen dazu, dass wir im Waffengesetz Anforderungen haben, die es uns nicht ermöglichen, so erfolgreich wie wir sein wollen, den Extremisten die Waffen zu entziehen.« Und auch Thüringens Verfassungsschutz-Chef Stephan Kramer sieht Handlungsbedarf. »Wir wollen uns das alle nicht vorstellen, dass es erst noch mehr Tote geben muss, bis tatsächlich klare Normen formuliert sind.«

<https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/sendung/2023/Rechtsextremewaffen-100.html> / eingesehen am 10. März 2023

Baden-Württemberg:
Land baut Forschungsstelle Rechtsextremismus in Tübingen auf.
Wissenschaftsministerin Petra Olschowski unterstreicht: Enge Kooperation mit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus in Karlsruhe vereinbart

Das Land Baden-Württemberg baut eine Forschungsstelle Rechtsextremismus an der Universität Tübingen auf. Deren Einrichtung war eine zentrale Empfehlung aus dem zweiten Untersuchungsausschuss zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) des baden-württembergischen Landtags, die auch im Koalitionsvertrag verankert wurde. Eine unabhängige Kommission aus renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hat sich einstimmig für das Konzept der Universität Tübingen ausgesprochen. Mit der bundesweit einmaligen Einrichtung möchte das Land die Demokratie schützen und dadurch auch den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. »Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind eine große Gefahr für unsere vielfältige demokratische Gesellschaft. Es braucht deshalb einen wachen Blick und einen breiten Diskurs über die Gefährdungen unserer Demokratie. Das kann nur mit einem umfassenden Ansatz gelingen. Der Wissenschaft kommt hier eine zentrale Rolle zu: Wir sind auf ihre Analyse und Empfehlungen angewiesen, um diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzugehen. Unser Ziel ist es, mit der Forschungsstelle Rechtsextremismus Erkenntnisse zu gewinnen, die Demokratie zu schützen und dadurch auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken«, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 7. März 2023 in Stuttgart. Wissenschaftsministerin Petra Olschowski betonte: »Mit dem Aufbau einer universitären Forschungsstelle geht das Land einen weiteren bedeutenden Schritt und verstärkt seine Strategie im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Die Exzellenzuniversität Tübingen ist ein idealer Standort für die Forschungsstelle Rechtsextremismus.«

Mit der ersten politikwissenschaftlichen Professur zur Rechtsextremismusforschung in Deutschland wähle Baden-Württemberg nicht nur einen innovativen Ansatz, so Olschowski. »Mit der bundesweit ersten institutionell verankerten Forschungsstelle Rechtsextremismus stellen wir zugleich sicher, dass das Thema Rechtsextremismus dauerhaft und systematisch erforscht und bearbeitet wird. Wir leisten damit einen Beitrag zur aktiven Verteidigung unserer Demokratie.« Das Land wird für die neue Forschungsstelle bis zu 1,2 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen.

Die mit drei Professuren der Besoldungsstufe W3 ausgestattete Forschungsstelle wird die landesspezifischen Rahmenbedingungen und Forschungsbedarfe in den Blick nehmen. Die Forschungsstelle wird mit bestehenden Strukturen der Extremismusprävention und Rechtsextremismusforschung innerhalb des Landes, aber auch darüber hinaus kooperieren. Dabei wird die Forschungsstelle lokale, nationale und internationale Kooperationen und Netzwerke aufbauen und stärken. »Unser Ziel ist der Auf- und Ausbau herausragender wissenschaftlicher Expertise im Land: langfristig, strukturiert und vernetzt – lokal, national und international«, betonte die Ministerin. Die Forschungsstelle wird die vom Wissenschaftsministerium im Jahr 2020 am Generallandesarchiv in Karlsruhe etablierte Dokumentationsstelle Rechtsextremismus ergänzen und mit dieser künftig eng zusammenarbeiten. »Forschungs- und Dokumentationsstelle werden bundesweite Strahlkraft und Stärke besonders in der Kooperation entwickeln«, unterstrich Ministerin Olschowski.

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-baut-forschungsstelle-rechtsextremismus-in-tuebingen-auf?pk_medium=newsletter&pk_campaign=230307_newsletter_daily&pk_source=newsletter_daily / eingesehen am 7. März 2023

Baden-Württemberg:
Armin Pfahl-Traughber zu »Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 2019« im Generallandesarchiv Karlsruhe

Im Rahmen der Vortragsreihe »Terror von Rechts. Gestern und Heute« des Generallandesarchivs referierte am 7. März Prof. Dr. phil. Armin Pfahl-Traughber zum Thema »Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 2019. Historische Beschreibung und analytische Einschätzung aus vergleichender Perspektive«. Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Er gibt zusammen mit Hendrik Hansen das Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung (JET) heraus. Seine letzte Buchveröffentlichung: Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten, Bonn 2020. Pfahl-Traughber führte in Karlsruhe aus, dass Rechtsterrorismus eine besondere Form rechtsextremer Gewalt sei, die von politisch eher schwachen, nicht-staatlichen Akteuren ausgeht und aus

einer zumindest latenten Strategie heraus längerfristig geplant ist, um eine öffentliche Wirkung zu erzielen. Als Besonderheiten nannte er fehlende Bekennungen durch öffentliche Erklärungen, eher Minderheitenangehörige und weniger Staatsrepräsentanten als Ziele sowie unterschiedliche Organisationsformen (Einzeltäter, Gruppen, Zellen).

Erst ab Ende der 1960er Jahre entstanden erste Gruppen im benannten rechtsterroristischen Sinne, wobei die meisten Aktivisten aus dem radikalen Flügel der damaligen NPD bzw. später der ab Anfang der 1970er Jahre entstehenden Neonazi-Szene stammten. Diese Gruppen waren hierarchisch strukturiert und relativ personenstark (z.B. Europäische Befreiungsfront, Nationale Deutsche Befreiungsbewegung), ihre Anschläge hatten meist eine »antikommunistische« Zielsetzung (DDR-Einrichtungen, Brandt-Stopf-Treffen etc.). Andere rechtsterroristische Gruppen der 1970er Jahre (z.B. Gruppe Neumann, Gruppe Otte) planten Anschläge, die anderen ideologisch rechtsextremistischen Auffassungen entsprachen (z.B. Anschläge auf Synagogen, Befreiung von Rudolf Hefz).

Der bislang opferreichste rechtsterroristische Anschlag wurde 1980 von Gundolf Köhler, einem Ex-Aktivisten der Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann, auf das Oktoberfest durchgeführt. Der Anschlag forderte 13 Todesopfer. Pfahl-Traughber hinterfragte in seinem Vortrag die favorisierte Darstellung der Alleintäterschaft von Köhler: »Das kann ich nicht nachvollziehen«, gab der Experte kund. Ähnlich verhält es sich laut Pfahl-Traughber mit der Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin durch den ebenfalls der WSG Hoffmann angehörenden Uwe Behrendt, der aus einer »Angesicht-zu-Angesicht«-Situation die Morde beging. Bei der vermeintlichen Aufklärung der Mordtaten sieht Pfahl-Traughber »Ungereimtheiten« und zweifelt auch in diesem Fall die Alleintäterschaft an.

Nach Darstellung der Deutschen Aktionsgruppen um Manfred Roeder und der Hepp-Kexel-Gruppe konstatierte Pfahl-Traughber bezüglich der 1990er Jahre, dass diese zwar von einem starken Anstieg rechtsextremistischer Gewalt geprägt waren, die sich aber zunächst nicht im Rechtsterrorismus artikulierten, auch wenn es gewaltorientierte Gruppen gab (Sächsische Hammerskins, Skinheads Sächsische Schweiz). Eine neue Gruppierung mit rechtsterroristischer Prägung bildete sich 2003 heraus, nannte sich Freikorps Havelland und führte bis 2004 neun Brandanschläge auf Imbissbuden migrantischer Besitzer durch. Eine aus einer neonazistischen Kameradschaft entstandene »Schutztruppe« plante 2003 einen Anschlag, um aus antisemitischen Absichten heraus die Grundsteinlegung für ein neues jüdisches Gemeindezentrum in München zu verhindern.

Bereits zuvor war der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) gegründet worden, der nach dem Untertauchen zehn Morde zwischen 2000 und 2007 beging. Zum Mord an Michèle Kiesewetter und dem Mordversuch auf Martin A. am 25. April 2007 auf der Theresienwiese in Heilbronn, führte Pfahl-Traughber aus, dass ihn alle bisherigen Versionen zum Tathergang »nicht überzeugen«. Auch nach dem NSU entstanden neue rechtsterroristische Strukturen, wobei die Akteure meist Anschläge auf islamische Einrichtungen bezweckten, um einen Bürgerkrieg zu entfesseln: Old School Society, Gruppe Freital, Revolution Chemnitz, Nordadler.

Eigenbericht Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Ungarn:
Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz: zunehmende LGBTI-Stigmatisierung und fremdenfeindlicher Diskurs in der Politik besorgniserregend

Am 7. März veröffentlichte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (European Commission against Racism and Intolerance, ECRI) einen Bericht über Ungarn, der den Zeitraum bis zum 30. Juni 2022 abdeckt. Dem Bericht zufolge ist der politische und öffentliche Diskurs in Ungarn »zunehmend fremdenfeindlich« geworden und hat in den letzten Jahren »sehr spaltende und antagonistische Untertöne« angenommen, insbesondere gegen Geflüchtete, Asylbewerber und Migrant*innen, Muslime und LGBTIQ*-Personen. Personen des öffentlichen Lebens, einschließlich der politisch Verantwortlichen aller Seiten, werden eindringlich aufgefordert, »rasch, entschlossen und öffentlich« Position gegen die Äußerung rassistischer und LGBTI-feindlicher Hassrede zu beziehen.

ECRI ist ein unabhängiges Gremium, das vom Europarat mit dem Ziel eingerichtet wurde, die Situation in Bezug auf Rassismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen und Antisemitismus zu überwachen. Seit 2012 umfasst das Mandat auch die Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Die Kommission wurde 1993 auf Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats eingerichtet. 1994 nahm ECRI seine Arbeit auf. Alle Staaten des Europarats sind Mitglied von ECRI.

<https://mannschaft.com/sorge-in-ungarn-zunehmend-fremdenfeindlich-und-anti-lgbtqi/>
 eingesehen am 9. März 2023

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsschutz/euoparat/europaeische-kommission-gegen-rassismus-und-intoleranz-ecri/> / eingesehen am 9. März 2023

https://search.coe.int/directorate_of_communications/Pages/result_details.aspx?ObjectId=0900001680aa7abb / eingesehen am 9. März 2023

Baden-Württemberg:
Landtag gegen Demonstrationen mit antijüdischen Inhalten auf Plätzen alter Synagogen

Jüdische Einrichtungen und Erinnerungsstätten in Baden-Württemberg sollen bei Demonstrationen und Versammlungen besser geschützt werden. Dies hat der Landtag am 9. März mit großer Mehrheit beschlossen. Die Regierungsfractionen von Grünen und CDU sowie die Oppositionsfractionen von SPD und FDP hatten dies gemeinsam beantragt. Die AfD-Fraktion stimmte mehrheitlich dem Antrag zu, teils enthielten sich AfD-Abgeordnete aber auch oder stimmten dagegen. Der Antrag sieht vor, dass Versammlungsbehörden und Polizei auf der Grundlage einer Handreichung des Innenministeriums antisemitische, antijüdische und antiisraelische Demonstrationen vor jüdischen Gedenkstätten einschränken oder unterbinden können.

Den Anstoß zum Landtagsbeschluss hatte der Vorstandsvorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, Rami Suliman, gegeben. Er wandte sich gegen Demonstrationen und Aufmärsche auf dem Platz der ehemaligen Synagoge in Pforzheim.

https://www.migazin.de/2023/03/13/baden-wuerttemberg-landtag-keine-demos/?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter / eingesehen am 13. März 2023

Thüringen:
Schöffin ihres Amtes enthoben

Das Thüringer Oberlandesgericht (OLG) hat am 9. März die Schöffin Gitta K. wegen Kontakten zur rechtsextremen Szene ihres Amtes enthoben. Der Beschluss ist rechtskräftig. Die Betroffene kann dagegen kein Rechtsmittel einlegen. Die Schöffin am Landgericht Erfurt habe gegen das auch für ehrenamtliche Richter geltende Mäßigungsgebot verstoßen, begründeten die Jenaer Richter ihren Beschluss (Az. S AR 5/23). Ein Schöffe sei nach den Vorgaben des Gerichtsverfassungsgesetzes des Amtes zu entheben, wenn er seine Amtspflichten gröblich verletzt habe. Das Mäßigungsgebot verlange von Richtern und auch von ehrenamtlichen Richtern, dass sie alles unterlassen müssten, was nach außen den Eindruck der Voreingenommenheit oder Unsachlichkeit entstehen lassen könne.

Im konkreten Fall hatte die Schöffin im November 2022 eine Kundgebung mit verschiedenen Rednern aus dem rechtsextremen Spektrum vor dem Erfurter Landtag bei der Stadt angemeldet. Zur Demonstration erschien ein Who-is-Who der extremen Rechten. Vor rund 2.000 Demonstranten traten als Redner die Rechtsextremisten Björn Höcke (AfD), Jürgen Elsässer (COMPACT), Lutz Bachmann (Dresdner Pegida-Bewegung) sowie Martin Kohlmann (Regionalpartei Freie Sachsen) auf. Im September 2022 nahm K. an einem Netzwerktreffen der NPD in Eisenach teil. Ein Richter dürfe sich zwar politisch betätigen, hieß es in der Begründung des OLG. Die Akzeptanz und das Vertrauen der Rechtssuchenden in die Justiz müssten jedoch durch die Wahrung der Neutralität des Richters abgesichert sein. Dies sei im vorliegenden Fall nicht mehr gegeben.

<https://www.lto.de/recht/justiz/j/thueringer-oberlandesgericht-s-ar-523-schoeffin-wird-ihres-amtes-enthoben-rechte-kreise> / eingesehen am 16. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
Zunahme von Angriffen auf Journalisten

In der Bundesrepublik Deutschland werden fast täglich Straftaten gegen Journalisten verübt. 2022 zählte der kriminalpolizeiliche Meldedienst in der Rubrik politisch motivierte Kriminalität bundesweit 320 Delikte (2021: 276, 2020: 260, 2019: 104, 2018: 93), darunter 46 Gewaltdelikte, 41 Nötigungs- und Bedrohungsdelikte, 31 Sachbeschädigungen und 27 Volksverhetzungen gegen Pressevertreter – viermal mehr als vor vier Jahren. 64 Straftaten gegen Journalisten, ein Drittel der Angriffe, darunter 15 Gewaltdelikte, ereignete sich bei Protesten gegen Corona-Maßnahmen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Jan Korte, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Angriffe auf Medienschaffende, BT-Drs. 20/5934: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005934.pdf> / eingesehen am 15. März 2023

Sachsen:
Unternehmerisches Engagement für die extreme Rechte in Ostsachsen

Das an der Universität Leipzig angesiedelte Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) bildet eine Forschungsinfrastruktur in Sachsen, die demokratiefeindliche Einstellungen, Strukturen und Bestrebungen erforscht und dokumentiert. Im Vordergrund stehen dabei verschiedene Formen der Diskriminierung, die Strategien und Dynamiken rechts-autoritär motivierter Bündnisse und die Stärkung demokratischer Politik.

Im März hat das EFBI das Policy Paper »Vernetzt und etabliert: Unternehmerisches Engagement für die extreme Rechte in Ostachsen« veröffentlicht. Auf 18 Seiten widmet sich das EFBI dem politischen und sozialen Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern in Sachsen, welche der extrem rechten Szene nahestehen. Auf Grundlage von Recherchen des Projektes 15 Grad Research und unter Bezugnahme vor allem auf den Landkreis Görlitz wird der Einfluss extrem rechter Unternehmerinnen und Unternehmer auf die politische Kultur der Region beleuchtet.

15 Grad Research ist ein seit 2021 bestehendes Recherchekollektiv aus dem Landkreis Görlitz. Es betreibt ein Monitoring zu extrem rechten Vorfällen in der Region. Ziel ist es, einen Überblick über regionale Strukturen und Akteure sowie deren überregionale Vernetzung zu schaffen. Die regelmäßigen Veröffentlichungen von 15°Research sollen die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf die Vorfälle lenken und Akteure aus Zivilgesellschaft und Politik sowie der Wissenschaft einen Überblick über belegbare Quellen antidemokratischer Ereignisse sowie Informations- und Vernetzungsangebote bieten.

<https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-1-vernetzt-und-etabliert-unternehmerisches-engagement-fuer-die-extreme-rechte-in-ostachsen-2.html> / eingesehen am 14. März 2023

Russland / Bundesweit:
Ex-AfD-MdB bei Gründung der Internationalen Russophilen-Bewegung

Vertreter aus 42 Ländern waren anlässlich der Gründung der Internationalen Russophilen-Bewegung in der russischen Hauptstadt Moskau am 14. März angereist. Zugegen bei der Gründungsveranstaltung war Waldemar Herdt, ein aus Kasachstan stammender Russlanddeutscher. Bis 2021 gehörte er für die AfD dem Bundestag an. In einer Talkshow des russischen Fernsehens gab Herdt kund, dass der Regenbogen der Schwulenbewegung »die Flagge des Satanismus« sei: »Und das muss verstanden werden, darüber muss gesprochen werden und es muss von allen gehört werden«.

https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100144276/afd-politiker-gruendet-mit-lawrow-neue-russland-bewegung-gegen-satanisten-.html / eingesehen am 17. März 2023

Belgien / Europa:
Bericht zu europaweiten Neonazi-Aufmärschen

In Brüssel wurde am 15. März der 83-seitige Bericht »On Europe's Streets: Annual Marches Glorifying Nazism« vorgestellt. B'nai B'rith International und die Amadeu Antonio Stiftung berichten zusammen mit Experten aus ganz Europa über zwölf große jährliche Neonazi-Aufmärsche in Österreich, Belgien, Finnland, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Lettland, Polen und Spanien, deren rechtliche Folgen und Auswirkungen auf den öffentlichen Raum und insbesondere die Folgen für schutzbedürftige Communities.

Download unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/on-europes-streets/> / eingesehen am 15. März 2023

Baden-Württemberg:
Vor 80 Jahren: Deportationen nach Auschwitz

Am 15. März 1943, vor 80 Jahren, wurden über den Nordbahnhof Stuttgart 211 Sinti aus Württemberg und 22 Sinti aus Baden nach Auschwitz-Birkenau verschleppt. Insgesamt wurden bei den März-Deportationen 456 Sinti aus 52 Orten in Baden-Württemberg und deutschlandweit 12.000 Sinti und Roma dorthin deportiert. Fast alle wurden dort ermordet. Die reichsweiten März-Deportationen waren die Folge des »Auschwitz-Erlasses« vom Dezember 1942, mit dem Heinrich Himmler als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei die Radikalisierung und Systematisierung des Völkermords an den Sinti und Roma befohlen hatte. Im Dezember 1942 hatte Himmler die Einrichtung eines Lagers in Auschwitz für Sinti und Roma angeordnet. Am 26. Februar 1943 wurden die ersten Menschen interniert. Das war der Beginn des Völkermords an den europäischen Sinti und Roma. Allein nach Auschwitz wurden fast 20.000 Sinti und Roma verschleppt. Nur etwa 3.000 überlebten.

»Wiedergutzumachen ist das Unrecht, das den Sinti und Roma angetan wurde, nicht. Aber es ist wichtig, dass wir mit allen, die Angehörige verloren haben, mit allen, die gelitten haben, gemeinsam gedenken und der Trauer um die Ermordeten Platz einräumen«, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 15. März 2023 in Stuttgart bei der Gedenkveranstaltung der Landesregierung und des Verbands Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e.V., anlässlich des 80. Jahrestages der Deportation von Sinti und Roma nach Auschwitz. »Wir müssen als Gesellschaft mit der Last des Geschehenen umgehen. Und nicht nur die Erinnerung wachhalten, sondern auch daraus lernen«, betonte der Ministerpräsident. Daniel Strauß, Vorsitzender des Verbands Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Baden-Württemberg e.V. sagte in seiner Rede: »Heute vor 80 Jahren wurde gewaltsam ein Schlussstrich unter eine gemeinsame Geschichte von 500 Jahren gezogen.

>>>

Die gemeinsame Heimat von Deutschen, die Sinti oder Roma waren, und Deutschen, die es nicht waren, wurde zerstört – endgültig, so wollten es die Täter, und so schien es auch den Opfern.« Die wenigen Überlebenden hätten jedoch nicht aufgegeben und nach 1945 den Kampf gegen den Antiziganismus aufgenommen, so Daniel Strauß.

<https://www.sinti-roma.com/veranstaltung/vor-80-jahren-deportationen-nach-auschwitz-gedenken-am-15-maerz-2023> / eingesehen am 16. Mai 2023

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/80-jahrestag-der-deportation-von-sinti-und-roma?pk_medium=newsletter&pk_campaign=230315_newsletter_daily&pk_source=newsletter_daily / eingesehen am 16. Mai 2023

**Berlin:
AfD-Reichsbürgerin vom
Richteramt enthoben**

Die bei einer Großrazzia gegen die Reichsbürgerszene im Dezember 2022 inhaftierte frühere 58-jährige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann ist in einem Eilverfahren auf Antrag der Berliner Justizverwaltung vorläufig des Richterdienstes enthoben worden. Auf Anordnung des Richterdienstgerichtes wird zudem die Hälfte ihrer monatlichen Bezüge einbehalten, wie das Verwaltungsgericht Berlin mitteilte. Das Gericht folgte damit einem entsprechenden Antrag der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung (Beschl. v. 15.03.2023, Az. DG 1/23). In der Begründung des Dienstgerichtes heißt es, eine Richterin, die sich einem auf die Durchführung eines gewaltsamen Staatsstreiches gerichteten Geheimbündnis anschließe, breche den von ihr geleisteten Eid auf das Grundgesetz in besonders schwerer Weise. Sie sei deshalb aus dem Dienst zu entfernen. Gegen den Beschluss könne Beschwerde zum Dienstgerichtshof beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt werden. Malsack-Winkemann war seit 1996 Richterin in Berlin und saß für die AfD von 2017 bis 2021 im Deutschen Bundestag. Im März 2022 kehrte sie an ihr bisheriges Gericht zurück und war dort für Baurecht zuständig.

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-berlin-dg1-23-malsack-winkemann-vorlaeufig-des-dienstes-enthoben-50-prozent-bezuege-gekuert> / eingesehen am 16. März 2023

**USA:
FBI : Hassverbrechen in den USA
erreichen Rekordhoch**

10.840 Hassverbrechen wurden laut einer Statistik des FBI's (3/2023) im Jahr 2021 in den USA registriert. Das sind 31 % mehr als im Vorjahr. Dazu kommen noch rund 12.500 damit in Verbindung stehende Straftaten; dennoch ist trotz der präzisen Zahlen eine hohe Dunkelziffer möglich, da nur ca. 63 % aller US-amerikanischen Strafverfolgungsbehörden ihre Daten an das FBI weiterleiteten. Die richtungsweisende Statistik legt offen, dass viele verschiedene Menschengruppen dieser Entwicklung ausgesetzt sind. In Bezug auf mehrere Minderheiten sind zweistellige Zuwächse der Hassverbrechen zu verzeichnen; anti-schwarz (Anstieg um 14 %), anti-homosexuell (Anstieg um 40 %), anti-jüdisch (Anstieg um 28 %) und anti-asiatisch (Anstieg um 167 %). Eine weitere Erkenntnis der Studie ist, dass Einschüchterungen, Vandalismus sowie einfacher Körperverletzungen und Zerstörung die häufigsten Hassverbrechen sind.

https://www.voanews.com/a/fbi-report-us-hate-crimes-hit-20-year-high-in-2021-/7002489.html?utm_source=iterable&utm_medium=email&utm_campaign=6385489_ / eingesehen am 20. März 2023

<https://www.fbi.gov/news/press-releases/fbi-releases-supplemental-2021-hate-crime-statistics/> / eingesehen am 20. März 2023

**Baden-Württemberg:
Rassistisch motivierte
Diskriminierungen**

301 Menschen haben sich 2022 an die Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg gewandt - 2021 waren es noch 221. Bei rund einem Drittel der Anfragen ging es um rassistisch motivierte Diskriminierungen. Das teilte Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) am Montag vor dem internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März mit.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/deutlich-mehr-diskriminierungen-gemeldet-100.html/> / eingesehen am 21. März 2023

**Bundesweit – Schweiz:
2. Schlag gegen die
Reichsbürger-Szene**

Bei einem zweiten Großeinsatz der Sicherheitsbehörden gegen die Reichsbürger-Szene um das Netzwerk von Heinrich XIII. Prinz Reuß am 22. März wurden mehr als 20 Objekte in acht Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen) sowie in der Schweiz durchsucht. Mit der zweiten Razzia im Terrorverfahren gegen die Reichsbürger-Gruppe ist die Zahl der Beschuldigten inzwischen auf

61 gestiegen. Bei der Großrazzia wurde in Reutlingen ein SEK-Mann durch einen mutmaßlichen Reichsbürger angeschossen. Der Sportschütze Markus L. hatte sich beim Eintreffen der Sicherheitskräfte verschanzt. 2017 hat L. der AfD eine Spende zukommen lassen.

Die Bundesanwaltschaft hat die Ermittlungen wegen des Verdachts des versuchten Mordes übernommen. Ein Auslöser des erneuten Einsatzes von Beamten des Bundeskriminalamtes und Spezialeinheiten des Bundes und der Länder waren offenbar Verschwiegenheitserklärungen, die bei der ersten Razzia im Dezember 2022 entdeckt wurden. Bei einer Pressekonferenz zur Kriminalstatistik hat der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) am 23. Februar verlautbart, dass die Waffenbehörden im Ländle 512 Waffen von Extremisten, Reichsbürgern und Selbstverwaltern eingezogen haben. Der sehr heterogen und durch hohe Waffenaffinität gekennzeichneten Reichsbürger-Szene gehören im Südwesten 3.800 Personen an. Strobl sprach von einem brandgefährlichen Personenkreis. Reutlingen ist ein Schwerpunkt der Reichsbürger-Szene in Baden-Württemberg. Mehrere hundert von ihnen sollen in der Region leben. Am 27. Mai 2020 fanden in den Kreisen Reutlingen und Tübingen Polizei-Razzien gegen die Reichsbürger-Gruppierung Freier Volksstaat Württemberg statt.

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung2-vom-22-03-2023.html?nn=478184> / eingesehen am 22. März 2023

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/strobl-details-razzia-reichsbuerger-100.html> / eingesehen am 23. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bayern:
Reichsweit erstes Konzentrations-
lager: Dachau

Am 22. März vor 90 Jahren, gerade mal rund zwei Monate nach der Machtübertragung am 30. Januar 1933, wurden die ersten 150 Gefangenen ins Konzentrationslager Dachau, keine 20 Kilometer entfernt vom Zentrum der bayerischen Landeshauptstadt, verschleppt – der Beginn des Terror-systems. Bis zur Befreiung am 29. April 1945 mussten hier über 40.000 Menschen ihr Leben lassen. Opfer waren Juden, politische Gefangene, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuelle und Kriegsgefangene aus Deutschland und ganz Europa. Der Münchener Rechtsanwalt, Maler und Kommunist Claus Bastian war Träger der Häftlingsnummer 1. Bastian überlebte KZ-Haft und die NS-Barbarei und führte nach dem Krieg über 2.000 Prozesse für Naziopfer.

<https://twitter.com/alexfischer/status/1638411804299902977> / eingesehen am 22. März 2023

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/charlotte-knobloch-erinnerung-darf-niemals-abreißen/> / eingesehen am 22. März 2023

Baden-Württemberg:
Schwulenfeindliche Sekte
in Pforzheim

Die Sekte Faithful Word Baptist Church gilt als antisemitisch und wünscht Homosexuellen den Tod. Anfang März eröffnete die Sekte aus dem US Bundesstaat Arizona in Pforzheim ihre erste deutsche Niederlassung: die Baptistenkirche Zuverlässiges Wort. Die Sekte stellt sich auf ihrer Homepage als »lokale neutestamentliche Baptistenkirche«, die zugleich »altmodisch« und »fundamental« sei. Verantwortlich für die Arbeit der Ableger-Gemeinde Baptistenkirche Zuverlässiges Wort in Pforzheim ist der gebürtige Görlitzer Anselm Urban, zugleich »Repräsentant in Deutschland«. Der Sektenprediger ist in seiner Heimatstadt wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Aufforderung zu Straftaten zu einer Geldstrafe von 85 Tagessätzen zu insgesamt 1020 Euro verurteilt worden. Das Verfahren ist seit Anfang März rechtskräftig. Urban hatte den Staatssekretär Sven Lehmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Queer-Beauftragter der Bundesregierung, den Tod gewünscht: »Sven Lehmann, Schwuchtel stirb!«. Urban predigt von den USA aus und wohnt in Tempe (Maricopa-County), in der Nähe von Phoenix (Arizona), dem Sitz der Faithful Word Baptist Church. Kirchengründer ist Steven Anderson, der fließend deutsch spricht.

Religiöse Vereine können verboten werden, wenn Ziele oder Aktivitäten des Vereins die Strafgesetze verletzen, wenn sich der Verein gegen die verfassungsmäßige Ordnung wendet oder wenn er sich gegen die Völkerverständigung richtet.

Wir dokumentieren Auszüge eines Schreibens von Urban an die Pforzheimer Zeitung vom März; der Text spricht für sich selbst: »Ich und wir als Baptistenkirche glauben, dass Homos mit der Todesstrafe bestraft werden sollen aufgrund der eindeutigen Aussage in 3. Mose 20,13: ‚Wenn ein Mann bei einem Mann liegt, als würde er bei einer Frau liegen, so haben sie beide einen Gräueltat begangen, und sie sollen unbedingt getötet werden; ihr Blut sei auf ihnen!‘ Da AIDS nunmal fast ausschließlich von Sodomitern übertragen wird, wäre die Umsetzung einer Todesstrafe für Homos die effektivste

Methode, AIDS auszurotten. Wir sehen AIDS als Gottes Rache an Homos – s. Römer 1,27: ‚gleichweise haben auch die Männer den natürlichen Verkehr mit der Frau verlassen und sind gegeneinander entbrannt in ihrer Begierde und haben Mann mit Mann Schande getrieben und den verdienten Lohn ihrer Verirrung an sich selbst empfangen.‘ – und im weiteren Sinne an einer Gesellschaft, die Perverse und Gottes Feinde toleriert. Für die Durchsetzung der Todesstrafe, genauso wie anderer Strafen, ist selbstverständlich der Staat verantwortlich. Denn die Bibel lehrt kontinuierlich im Alten wie im Neuen Testament, dass Gott Obrigkeiten als Exekutive vorgesehen hat, nachzulesen bspw. in Römer 13,4 über die Obrigkeit: ‚Denn sie ist Gottes Dienerin, zu deinem Besten. Tust du aber Böses, so fürchte dich! Denn sie trägt das Schwert nicht umsonst; Gottes Dienerin ist sie, eine Rächerin zum Zorngericht an dem, der das Böse tut.‘ Höhere Mächte wie auch der deutsche Staat haben sich also vor Gott dafür zu verantworten, dass sie darin versagen, Gottes Gericht zu vollstrecken – dem einzelnen Christen obliegt diese Aufgabe nicht.

Da die Bundesrepublik Deutschland – zumindest auf dem Papier – ihren Bürgern Religionsfreiheit zusichert, sehe ich keinerlei ‚Spannungsfeld‘. Ein Spannungsfeld existiert vielmehr innerhalb der deutschen Gesetzgebung und ihrer von derzeitiger Tunten-Politik beeinflusster Interpretation, die die Religionsfreiheit einschränkt. Als Christ – und insbesondere als Prediger – ist es meine Aufgabe, kompromisslos zu Gottes Wort zu stehen. Soweit das nach aktueller Auslegung der Religionsfreiheit möglich ist, berufe ich mich gerne auf diese weltlich zugesicherte Freiheit. Unabhängig davon schreibt mir aber die Bibel vor: ‚Verkündige das Wort, tritt dafür ein, es sei gelegen oder ungelegen; überführe, tadle, ermahne mit aller Langmut und Belehrung!‘ (2. Timotheus 4,2) Sprich: Ob es den Leuten gefällt oder nicht, ob es dem Staat gefällt oder nicht, bin ich aufgefordert, die gesamte Bibel zu predigen.

Dementsprechend wird in der Baptistenkirche Zuverlässiges Wort weiterhin zuverlässig jeder Bibelvers gepredigt – ob das dann als ‚nicht gesetzeskonforme Rede‘ eingestuft wird, ist völlig irrelevant, da die Bibel unmissverständlich sagt: ‚Aber Petrus und die Apostel antworteten und sprachen: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!‘ (Apostelgeschichte 5,29)

Gleichermaßen gilt auch: ‚Ordnet euch deshalb aller menschlichen Ordnung unter um des Herrn willen, es sei dem König als dem Oberhaupt oder den Statthaltern als seinen Gesandten zur Bestrafung der Übeltäter und zum Lob derer, die Gutes tun.‘ (1. Petr. 2,13-14)

Aufgrund dieser und weiterer Verse gilt daher für jeden Christen folgende Handlungsweise: Wir ordnen uns der Staatsgewalt unter, weil Gott es will – solange die jeweiligen weltlichen Gesetze uns nicht zu Sünde anhalten, d.h. gegen Ge- und Verbote der Bibel zu verstoßen. Denn die höchste Autorität hat die Bibel. Daher werde ich weiterhin meiner Aufgabe nachkommen und uneingeschränkt Sünden und auch einzelne Personen beim Namen nennen – ‚Beleidigung‘ hin oder her. Schließlich ist es die Bibel, die Homos als unvernünftige Tiere und Hunde bezeichnet.

Wir als Baptistenkirche Zuverlässiges Wort werden weiterhin das Evangelium von Jesus Christus, genauso wie den Rest der Bibel predigen.«

Homepage Baptistenkirche Zuverlässiges Wort / eingesehen am 22. März 2023

Daniel Streib: Geprägt von Schwulen-Hass. Radikale US-Christen gründen in Pforzheim erste Deutschland-Filiale, in: Badische Neueste Nachrichten vom 17. März 2023, S. 8

Daniel Streib: Strafrechtlich relevant? Innenminister soll gegen schwulenfeindliche Sekte in Pforzheim vorgehen, in: Badische Neueste Nachrichten vom 22. März 2023, S. 8

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Österreich: Szene-Aktivist verstorben

Georg Immanuel Nagel (Jg. 1986), ein »junger Patriot«, so die rechtsextreme österreichische Szene, Betreiber eines »Netztagebuchs für heidnische Spiritualität und Traditionalismus« und ehemaliger Sprecher der Wiener Pegida-Bewegung, wurde im März tot aufgefunden. Nagel »kämpfte gegen Überfremdung, Islamisierung, gegen Abtreibung und für die Familie«. Er war »ein Aktivist, der Österreich, Deutschland und Europa zu einer patriotischen Besinnung regelrecht zwingen wollte«, so das bundesdeutsche Onlineportal Blaue Narzisse, für das Nagel auch zur Feder griff. Zuletzt arbeitete Nagel als Redakteur des Verschwörungsmithen verbreitenden Onlinesenders AUF1. Im Rahmen dieser Tätigkeit interviewte er unter anderem den wegen rassistischer und islamfeindlicher Äußerungen umstrittenen Ex-Sozialdemokraten Thilo Sarrazin. Dieses Gespräch reiht sich in ein Programmspektrum des TV-Senders ein, das von pro-russisch über Migrantenfeindlichkeit bis zum Great-Reset reicht.

<https://report24.news/georg-immanuel-nagel-36-verstorben-erlag-der-bekannte-patriot-der-linken-hetze/>
eingesehen am 21. März 2023

<https://www.blauenarzisse.de/bn-autor-georg-immanuel-nagel-anscheinend-verstorben-ruhe-in-frieden/>
eingesehen am 21. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

USA:
**Antisemitische Hetze bei Twitter
nach Musk-Übernahme**

Nach der Übernahme des Mikroblogging-Dienstes Twitter durch den Milliardär Elon Musk im Oktober 2022 befinden sich deutlich mehr antisemitische Inhalte auf der Plattform. Laut Analyse der Tech-Firma CASM-Technology und der Forschungseinrichtung ISD (Institute for Strategic Dialogue) haben sich entsprechende Postings in den Monaten nach der Übernahme mehr als verdoppelt. Seit der Musk-Übernahme wurden zudem nur knapp 8,5 % der antisemitischen Inhalte wieder entfernt. Als »plausibel antisemitisch« wurden 325.739 englischsprachige Tweets von 146.516 Usern aufgespürt. Vor der Übernahme durch Musk waren es im Schnitt 6.204 antisemitische Tweets pro Woche, danach ist diese Zahl um 105 % auf 12.762 angestiegen. Eine weitere zentrale Erkenntnis der Studie ist, dass bereits kurz nach der Übernahme vermehrt Profile erstellt wurden, die antisemitische Inhalte verbreiten. Inhaltlich handelt es sich um Posts, die im Zusammenhang mit den antisemitischen Tweets Kanye Wests stehen, weißen Nationalismus und Ethnopluralismus thematisieren, Verschwörungstheorien (die sich auf jüdische Kontrolle der Medien und Politik beziehen) wiedergeben oder historischen Antisemitismus beinhalten. Aus den Ergebnissen der Studie ziehen die Autoren den Schluss, dass Hass schürende Communitys aufgrund des Führungsstils von Musk bestärkt werden.

<https://www.isdglobal.org/isd-publications/antisemitism-on-twitter-before-and-after-elon-musks-acquisition/>
eingesehen am 22. März 2023

Baden-Württemberg / Bundesweit:
**Bundesanwaltschaft hat die
Neue Rechte auf dem Schirm**

Die Karlsruher Bundesanwaltschaft, die oberste Anklagebehörde des Bundes, beschäftigt sich »zunehmend« mit »sich smart gebenden 'Neu-Rechten' die in einem vermeintlich bürgerlichen Gewand« daherkommen, »aber die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland mit gewaltsamen Mitteln untergraben oder gar beseitigen wollen«, führte Generalbundesanwalt Peter Frank beim Jahresempfang der Bundesanwaltschaft am 22. März in Karlsruhe aus. Frank erwähnte ebenso, dass im Jahr 2022 19 neuen Verfahren im Bereich der politisch motivierten Gewalt von rechts nur ein neues Verfahren im Bereich des Linksextremismus gegenüberstand. Im Fokus der Ermittlungen der Behörde standen bzw. stehen unter anderem rechtsextreme Gruppierungen wie Knockout 51, Combat 18 Deutschland, die Atomwaffen Division Deutschland (AWDD) und das Sonderkommando 1418 (SKD 1418).

<https://bnn.de/karlsruhe/karlsruher-generalbundesanwalt-beklagt-gewalttaetigkeit-der-extremisten/>
eingesehen am 23. März 2023

Reichsweit:
**Vor 90 Jahren:
SPD-Fraktion geschlossen gegen
das »Ermächtigungsgesetz«**

*Otto Wels: »Freiheit und Leben kann
man uns nehmen, die Ehre nicht.«*

Am 23. März 1933 stand in der provisorisch zum parlamentarischen Versammlungsort hergerichteten und mit Hakenkreuzfahnen ausgestatteten Berliner Krolloper, dem Ausweichquartier nach dem Reichstagsbrand in der Nacht zum 28. Februar 1933, das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, das sogenannte Ermächtigungsgesetz, auf der Tagesordnung. Das Gesetz sollte die faktische Abschaffung des Reichstags und damit der gewählten Volksvertretung leisten. Denn: die Koalition aus NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) verfügte auch nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 nicht über eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit und war auf die Stimmen anderer Parteien angewiesen.

Erster Redner bei der Beratung war der SPD-Vorsitzende Otto Wels, der im Namen der gesamten sozialdemokratischen Fraktion das Gesetz ablehnte: »Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll.« Wels unter den Schmärfen des NS-Mobs weiter: »Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.« Weiter: »Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.«

Dann fiel der legendäre Satz: »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.« Mit 444 gegen 94 Stimmen der SPD nahm der Reichstag das Ermächtigungsgesetz an. Damit war das Ende

>>>

der Weimarer Demokratie besiegelt, das oberste deutsche Parlament hatte sich faktisch selbst abgeschafft und den Weg in die Diktatur geebnet. 26 der 120 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten und die 81 Abgeordneten der KPD waren vor der Abstimmung verhaftet worden, untergetaucht oder geflohen. Die Reichstagsmandate der KPD hatte Hitler bereits am 9. März annullieren lassen. Alle bürgerlichen Parteien, darunter die Reichstagsabgeordneten Theodor Heuss, späterer Bundespräsident und Reinhold Maier, späterer Ministerpräsident von Baden-Württemberg, beide von der Deutschen Staatspartei, hatten für das Ermächtigungsgesetz gestimmt. Kurz nach der Rede floh Wels nach Prag und Paris, wo er 1939 starb.

Lesetipp: Philipp Austermann: Ein Tag im März. Das Ermächtigungsgesetz und der Untergang der Weimarer Republik, Freiburg 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Baden-Württemberg:
Erinnerung an das
Creglinger Pogrom**

Mit einer Gedenkfeier erinnerte die Stadt Creglingen (Main-Tauber-Kreis) am 25. März an den 90. Jahrestag des Creglinger Pogroms. Am 25. März 1933 wurden 16 Männer jüdischen Glaubens aus der Synagoge ins nahe Rathaus geführt, dort mit Stahlruten geschlagen und schwer misshandelt. Unter ihnen waren amtierende und ehemalige Gemeinderäte der Stadt Creglingen und der Vorsitzende der örtlichen Bank. Hermann Stern und Arnold Rosenfeld erlagen ihren Verletzungen. Die beiden Männer gehören zu den ersten ermordeten Juden im Jahre 1933. Durchgeführt wurde das Creglinger Pogrom unter Führung des SA-Mannes Fritz Klein und des NSDAP-Ortsgruppenleiters Karl Stahl.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/gedenkfeier-neunzig-jahre-creglinger-pogrom-100.html> / eingesehen am 25. März 2023

**Bundesweit:
Jeder 20. Deutsche weist Reichs-
bürger-affine Einstellungen aus**

Jeder 20. Deutsche hat eine Nähe zu den Positionen von Reichsbürgern. Überdurchschnittlich hoch fällt die Zustimmung bei Anhängerinnen und Anhängern der AfD aus. Zu diesem Ergebnis kommt die am 23. März von der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichte repräsentative Studie »Kein Staat, meine Regeln«. Für die Studie wurden zwischen dem 1. Dezember 2021 und dem 11. April 2022 insgesamt 5.511 Personen ab 16 Jahren zufällig ausgewählt und befragt.

Bei an Verschwörungstheorien angelehnten Aussagen sowie ausländerfeindlichen Einstellungen finden sich innerhalb der AfD-Anhängerschaft ebenfalls erhöhte Zustimmungswerte. Damit unterscheiden sich die AfD-Anhänger und Anhängerinnen deutlich von allen anderen Parteianhängerschaften. Reichsbürger-affine Personen leben öfter nach eigenen Regeln und ignorieren die des Staates. Zudem zeichnet sich die Gruppe durch ein sehr niedriges Vertrauen in die Regierung, den Bundestag und die öffentlich-rechtlichen Medien aus. 74 % der Reichsbürger-Affinen gaben an, weniger bis gar kein Vertrauen in die Bundesregierung zu haben, in der Gesamtbevölkerung sind es 40 %. Die öffentlich-rechtlichen Medien fanden 72 % nicht vertrauenswürdig (Gesamtdurchschnitt: 39 %). 69 % waren überzeugt, dass die etablierten Medien nur das bringen würden, »was die Herrschenden vorgeben«. In der Gesamtbevölkerung glauben das nur 14 %. Das Misstrauen gegenüber dem Staat geht einher mit der Nichtakzeptanz seiner Regeln. Der Aussage »Mir ist egal, was der Staat regelt. Ich habe meine eigenen Regeln« stimmten 23 % der Reichsbürger-affinen Personen »voll und ganz« zu, im Gesamtdurchschnitt hingegen nur etwa vier %. Eine große Mehrheit der Reichsbürger-Affinen glaubt, dass geheime Mächte die Welt steuern. 64 % von ihnen waren sich sicher oder ziemlich sicher, dass »geheime Mächte« die Welt steuern (Gesamtdurchschnitt: 24 %). Auch hier sind AfD-Anhänger besonders häufig vertreten: Mehr als jeder Zweite ist überzeugt, dass sicher (15 %) oder wahrscheinlich (36 %) geheime Mächte die Welt steuern. Fünf Prozent der Teilnehmer stimmten der Aussage zu, die Bundesrepublik Deutschland werde noch immer von den Besatzungsmächten regiert. Bei den AfD-Anhängern liegt dieses Potenzial bei 16 %. Dabei handelt es sich um eine zentrale Position der Reichsbürger-Bewegung.

Zudem macht die Studie deutlich, dass es bei Reichsbürger-Affinen Überschneidungen zum Rechts-extremismus gibt und ein deutlich erhöhtes Gewaltpotenzial im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt gegeben ist. Die Zahl der potenziellen Gefährderinnen und Gefährder mit Reichsbürgerhintergrund könnte somit höher ausfallen als bisher vermutet, so die Studie.

<https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/kein-staat-meine-regeln/> / eingesehen am 25. März 2023

Sachsen / Zittau:
**Öffentliche Stadtrats-
 sitzung gestürmt**

Nach einer Demonstration gegen eine geplante Asylunterkunft im Zittauer Ortsteil Hirschfelde am 30. März haben Demonstrierende eine öffentliche Stadtratsitzung gestürmt. Zu der Demonstration hatten die rechtsextremen Freien Sachsen aufgerufen.

<https://www.lvz.de/mitteldeutschland/zittau-demonstrierende-stuermen-stadtratsitzung-SKA7LP57CJGODJG7DZFN7VQZY.html> / eingesehen am 31. März 2023

Baden-Württemberg:
Reichsbürger muss in den Knast

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat den 62-jährigen Reichsbürger Manfred J. (Wintersweiler) wegen versuchten Mordes am 24. März zu zehn Jahren Haft verurteilt. Das Gericht ging in seiner Urteilsbegründung davon aus, dass der Mann bei einer Verkehrskontrolle im vergangenen Jahr einen Polizisten absichtlich angefahren hatte. Das Gericht folgte mit seinem Urteil der Bundesanwaltschaft und der Nebenklage. Der Täter hatte am 7. Februar 2022 im Kreis Lörrach einen Polizisten angefahren. Zuvor hatte er am Tag einen Corona-Spaziergang besucht. Der Schreiner ist der erste Reichsbürger, der von der Bundesanwaltschaft vor Gericht angeklagt worden war.

Am Abend des 7. Februar 2022 hatten Polizisten auf der Bundesstraße 3 bei Efringen-Kirchen (Kreis Lörrach) einen weißen Mercedes verfolgt. Rund eine Stunde zuvor hatte sich der alkoholisierte Fahrer bereits einer ersten Polizeikontrolle entzogen und dann rund eine Stunde in einem Waldgebiet geparkt. Als der Mann auf Umwegen wieder in Richtung seiner Wohnadresse fahren will, ging er den Beamten ins Netz. Doch dann eskalierte die Situation. Statt aufzugeben, versuchte der Fahrer erneut zu fliehen. Es fielen Schüsse, ein Polizeihauptkommissar wurde von J. angefahren und schwer verletzt. Der 39-jährige Polizist vom Polizeirevier Weil am Rhein wurde nach der Tat mit dem Rettungshubschrauber in eine Klinik gebracht. Das Opfer erlitt massive Kopfverletzungen und ist bis heute dienstunfähig.

Noch am Tag vor der Tat hatte J. einen Brief an das Amtsgericht Bad Säckingen geschrieben, in dem er sein »unveräußerliches Recht, mich zur Wehr zu setzen«, betonte. J. war der Polizei bereits einschlägig wegen politisch hintergründiger Taten bekannt. Von Anfang bis Mitte des Jahres 2021 fiel er durch entsprechende Beleidigungen politischen Inhalts auf im Zusammenhang mit Polizeikontrollen zur Einhaltung von Corona-Maßnahmen. In diesem Kontext war er angeklagt und in einem Fall zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Aktiv war J. für den Vaterländischen Hilfsdienst; so hat er am Hochrhein Treffen für die rechtsextreme Gruppierung organisiert. Im russischen Netzwerk VK hatte der Täter unter seinem Eigennamen ein Konto und setzte im Januar 2022 dort als Profilbild eine Texttafel der rechtsextremen Gruppierung Ewiger Bund ein: »Wer seine Rechte nicht kennt, hat keine«, heißt es da. Und: »Wusstest du, dass wir Badener bis zum heutigen Tage eine rechtsgültige Verfassung und einen rechtmäßigen Großherzog haben?« J. war Besitzer eines »keltisch-druidischen« Ausweises, seinen bundesdeutschen Personalausweis hatte er im Jahr 2019 abgegeben. An seinem Wohnhaus hatte J. selbst gebastelte Schilder angebracht. Darauf gab er kund, wie er auf das Eindringen von »Polizisten und anderen Kombattanten« in sein Haus reagieren werde. Demnach habe er das »Recht, sie zu eliminieren«.

Der Verurteilte, der sich zeitweilig vom einschlägigen Szene-Rechtsanwalt Dubravko Mandic verteidigen ließ, ist in Revision gegangen.

Christine Bilger: Versuchter Polizistenmord – »Reichsbürger« muss ins Gefängnis, in: Waiblinger Kreiszeitung vom 25. März 2023

Theo Westermann: Wie sich Manfred J. zunehmend radikalisierte, in: Südwestpresse vom 14. Januar 2023, S. 24

Eberhard Wein: Reichsbürger soll zehn Jahre in Haft, in: Stuttgarter Nachrichten vom 18. März 2023

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/zehn-jahre-haft-prozess-reichsbuerger-loerrach-olg-stuttgart-100.html> / eingesehen am 24. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg / Sachsen:
**Oliver Hilburger (Zentrum)
 zu Gast bei
 Martin Kohlmann (Freie Sachsen)**

Der in Baden-Württemberg wohnhafte Oliver Hilburger, einst Musiker der Neonazi-Band Noie Werte und heute Vorsitzender der Pseudo-Gewerkschaft Zentrum e.V., war am 26. März zu Gast im Sonntagsgespräch bei Martin Kohlmann, dem Vorsitzenden der Neonazi-Kleinpartei Freie Sachsen. Im Gespräch wird deutlich, was das Zentrum und die Freien Sachsen von Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland halten: Demnach sei das System der Korruption der vermeintlich »linksgleichgeschalteten« Gewerkschaften und Betriebsräte durch den Staat abgesichert worden.

>>>

Vorgeworfen werden ihnen Manipulation der Betriebsratswahlen und Bestechung von Betriebsräten. Hilburger appelliert an die Zuhörer, sich von den Einheitsgewerkschaften ab- und den »alternativen« Gewerkschaften zuzuwenden. Kohlmann schlägt vor, die heimische Wirtschaft zu stärken statt jedem Trend, wie etwa der E-Mobilität, zu verfolgen, sowie notfalls eben die sächsische Autonomie – der »Säxit«.

Homepage Freie Sachsen/ eingesehen am 27. März 2023

Bayern / Sachsen:
**»Hängt die Grünen«
 ist Volksverhetzung**

Vor dem Landgericht München fand der Berufungsprozess gegen zwei Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg statt. Das Gericht sieht in Wahlplakaten mit der Aufschrift »Hängt die Grünen« einen »eindeutigen Gewaltaufruf bis hin zum Tötungsdelikt« gegen die Grünen. Der damalige Vorsitzende Klaus Armstroff (66) wurde wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 140 Tagessätzen zu 60 Euro (statt 50 Euro in der ersten Instanz) verurteilt. Juristisch stand Armstroff die Szene-Anwältin Nicole Schneiders zur Seite. Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Karl-Heinz Statzberger (42) wurde freigesprochen. Im Bundestagswahlkampf 2021 hatte die Neonazi-Gruppe »Hängt die Grünen!« plakatiert. Zwar stellte das Landgericht zweifellos die Strafbarkeit der Plakate fest, sah aber Statzbergers Beteiligung als nicht bewiesen an. In der ersten Instanz war Statzberger noch zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Wenige Tage zuvor wurden in Sachsen zwei weitere Neonazi-Funktionäre wegen der hetzerischen Plakat-Aufschrift verurteilt. Wegen Volksverhetzung muss Tony Gentsch, Kommunalpolitiker des III. Weges, eine Geldstrafe in Höhe von 4.800 Euro (120 Tagessätze à 40 Euro) zahlen, sein Kamerad Rico Döhler 50 Tagessätze. Ursprünglich hatte das Amtsgericht Zwickau kein Hauptverfahren eröffnen wollen, die Staatsanwaltschaft legte jedoch erfolgreich Beschwerde dagegen ein. Rechtskräftig sind die beiden Urteilsprüche noch nicht.

<https://www.endstation-rechts.de/news/haengt-die-gruenen-plakate-freispruch-zweiter-klasse-fuer-einen-beteiligten> / eingesehen am 29. März 2023

Sachsen:
Braune Drogen

Im sächsischen Colditz haben Zollfahnder am 28./29. März 5,5 Kilogramm Crystal (Verkaufswert etwa 500.000 Euro), 32.000 Euro Bargeld, fünf Kurz- und zwei Langwaffen sowie zwei hochwertige Fahrzeuge der Marken Lamborghini und Mercedes Benz G-Klasse AMG sichergestellt. Entdeckt wurde auch eine professionelle Indoor-Cannabisplantage. Drei deutsche Männer (Uwe 35, Andreas 38, Ralf 66) wurden festgenommen. An der Razzia waren 225 Einsatzkräfte beteiligt. Die Familie N. ist in neo-nazistische Zusammenhänge verstrickt.

<https://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig-news/sachsen-drogenfund-bei-razzia-220-polizisten-stuermen-firma-83374436.bild.html> / eingesehen am 29. März 2023

<https://www.inventati.org/leipzig/?p=2513> / eingesehen am 10. April 2023

Bundesweit:
**CeMAS-Report zum
 Themenkomplex Telegram
 und Rechtsextreme**

Telegram wurde 2013 gegründet, trat im deutschsprachigen Raum jedoch erst seit 2018 stärker in Erscheinung. Seitdem konnte sich Telegram zur wichtigsten Bühne für Verschwörungsideologen und Rechtsextreme im deutschsprachigen Raum entwickeln: Auf Telegram organisierte die sogenannte Querdenken-Bewegung ihre Proteste, Rechtsextreme diskutierten mitunter öffentlich ihre Pläne für einen Staatsstreich, antisemitische wie rassistische Inhalte werden massenhaft verbreitet. Einige Kanäle erreichen täglich Hunderttausende. Die über den Messengerdienst geteilte prorussische Desinformation schafft es mitunter weit über die Chatverläufe hinaus, Einfluss auf den politischen und öffentlichen Diskurs zu nehmen.

Das Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS; Berlin) veröffentlichte Ende März den Report »Chronologie einer Radikalisierung: Wie Telegram zur wichtigsten Plattform für Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus wurde«. Ziel von CeMAS ist es, die Gesellschaft zu befähigen, Verschwörungsideologien, Desinformation, Antisemitismus und Rechtsextremismus im Rahmen aktueller Problemlagen und zukünftiger Krisen aktiv entgegenzutreten zu können. Dazu werden demokratiefeindliche Tendenzen frühzeitig erfasst und analysiert. CeMAS stellt seine Analysen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren zur Verfügung, um ihnen zu ermöglichen, gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen konstruktiv zu begegnen.

<https://cemas.io/publikationen/telegram-chronologie-einer-radikalisierung/> / eingesehen am 18. April 2023

Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern / Sachsen / Sachsen-Anhalt / Thüringen:
**»Potsdamer Erklärung«
 der Ost-AfD**

»Es ist ein politischer Paukenschlag – und eine längst fällige Kampfansage an die völlig aus dem Ruder gelaufene Zuwanderungspolitik der Ampel-Regierung«, jubiliert das Onlineportal der rechtsextremen Monatszeitschrift Zuerst!. In einer am 30. März verabschiedeten »Potsdamer Erklärung« fordern die AfD-Fraktionsvorsitzenden aus den neuen Bundesländern sowie aus Berlin einen sofortigen Stopp der illegalen Masseneinwanderung und eine grundlegende Kurswende in Sachen Migration. »Will Deutschland nicht im Chaos versinken, muß es eine Wende in der Migrationspolitik geben – und das sofort!«, wird in der »Potsdamer Erklärung« postuliert. Gefordert wird unter anderem die »Abschaffung des individuell einklagbaren Rechtes auf Asyl« und die »Absenkung der Sozialleistungen für Asylbewerber und ihre Umstellung auf Sachleistungen sowie deutlich strengere Anforderungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft«. Abschließend heißt es: »Wirtschaftliche und kulturelle Blüte, Wohlstand und innere Sicherheit gibt es nicht durch, sondern nur ohne massenhafte Einwanderung. Die Verächtlichmachung unserer Kultur und Tradition muss beendet, die linke Ideologie des deutschen Selbsthasses muss überwunden werden. Ein vitales Selbstbewusstsein des deutschen Volkes und der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes bedingen einander.«

Namentlich haben die »Potsdamer Erklärung« unterzeichnet: Hans-Christoph Berndt (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg), Kristin Brinker (Vorsitzende der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin), Björn Höcke (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Thüringen), Oliver Kirchner (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt), Nikolaus Kramer (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern), Ulrich Siegmund (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt) und Jörg Urban (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen).

Homepage ZUERST! / eingesehen am 31. März 2023

*<https://afd-fraktion-brandenburg.de/potsdamer-erklaerung-masseneinwanderung-stoppen-jetzt/>
 eingesehen am 31. März 2023*

Schweiz:
**Studie über strukturellen
 Rassismus**

Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) in Bern hat eine Kurzfassung einer Studie über strukturellen Rassismus in der Schweiz, erarbeitet vom Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien, publiziert. Die Studie bietet einen Überblick über die wichtigsten wissenschaftlichen Grundlagen in zehn Lebensbereichen. Demnach liegen Hinweise auf institutionell-strukturelle Diskriminierung insbesondere in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Behörden und Einbürgerung sowie teilweise bei der sozialen Sicherung sowie bei Polizei und Justiz vor. Kontrovers diskutiert wird in der Forschung, ob eine solche Diskriminierung auch im Gesundheitswesen und in der Bildung vorliegt. Noch ungenügend ausgeleuchtet sind die Zusammenhänge rassistischer Diskriminierung in Medien und Internet sowie in den Bereichen Alltag, öffentlicher Raum und Familie.

www.frb.admin.ch / eingesehen am 19. April 2023

<https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/frb/publikationen/KurzfassungStudieStrukturellerRassismus.html> / eingesehen am 19. April 2023

Berlin:
**Anstieg LGBTQI-feindlicher
 Vorfälle**

In Berlin wurden im Jahr 2022 vergangenen Jahr so viele LGBTQI-feindliche Vorfälle wie noch nie seit Beginn der Erfassung der Zahlen registriert. (2022: 239 2021: 199; 2020: 169; 2019; 222) Das geht aus Daten des Ende März vorgestellten Berliner Registers hervor, das in allen zwölf Berliner Bezirken mit eigenen Beratungsstellen aktiv ist und Vorfälle jeglicher Art systematisch erfasst. Im Unterschied zur polizeilichen Kriminalstatistik berücksichtigt das Projekt nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle, sondern Anfeindungen jeglicher Art, wie etwa diskriminierende Propaganda im Netz und auf der Straße. Dazu gehören körperliche Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen, Aufkleber extrem rechter Organisationen, Diskriminierungsfälle und sogar Veranstaltungen.

Tödliche Attentate gegen queere Menschen gab es im Juni 2022 in Oslo (Norwegen), im Oktober in Bratislava (Slowakei) und im November in Colorado Springs (USA). Im August 2022 wurde ein tödlicher Angriff auf Malte C. bei der Parade des Christopher Street Day in Münster verübt.

<https://www.berliner-register.de/artikel/auswertung-fuer-2022-467/> / eingesehen am 10. April 2023

Türkei / Bundesweit /
Baden-Württemberg:
**Türkischer Rechtsextremist
auch im Ländle unterwegs**

Im Rahmen der Parlaments- und Präsidentenwahl am 12. Mai in der Türkei tourt ein türkischer Abgeordneter der rechtsextremen Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) durch Gemeinden der Grauen Wölfe in der Bundesrepublik Deutschland, so Recherchen der Frankfurter Rundschau. Demnach hat am 26. März der türkische Abgeordnete der ultranationalistischen MHP, Cemal Cetin, die Gemeinde der Türk Federasyon in Ludwigsburg besucht. Cetin hält sich seit längerem in der Bundesrepublik auf. So haben die Recherchen von fr.de ergeben, dass Cetin am 19. März auch bei der Türk Federasyon in Frankfurt und am 25. März in der Gemeinde in Dortmund anwesend war. Cetin war ehemals Vorsitzender der Türk Federasyon, die als Sammelbecken für Anhänger der türkischen Nationalistischen Bewegung gilt. Letztere sind auch unter der Bezeichnung Ülkücüler (Idealisten) bekannt; oder unter der Selbstbezeichnung Bozkurtlar (Graue Wölfe) verbreitet. Ülkücüler / Bozkurtlar verstehen sich als außerparlamentarischer Arm der MHP. Das Gedankengut dieser türkischen Rechtsextremisten fußt auf einer antisemitischen, nationalistischen und rassistischen Ideologie. Die Überhöhung des türkischen Volkes geht mit einer gleichzeitig ausgeprägten Abwertung anderer Ethnien, Staaten und Religionen, vor allem der Juden, des Staates Israel und der Armenier, einher. Kurden bilden ein weiteres stark ausgeprägtes Feindbild. Gehuldigt wird dem Traum einer alle Turkvölker in einem homogenen »Großtürkischen Reich« vom Balkan bis nach Westchina vereinten Nation. Die MHP ist seit Juli 2018 an der Regierung von Recep Tayyip Erdoğan beteiligt.

<https://www.fr.de/politik/tuerkei-wahl-abgeordneter-der-rechtsradikalen-mhp-seit-tagen-in-gemeinden-der-grauen-woelfe-unterwegs-92182812.html> / eingesehen am 30. März 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Index

Institutionen, Parteien, Medien

- 15 Grad Research ... 69
- actio spes unica ... 29
- Aktionsfront Nationaler Aktivisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) ... 53
- Alte Hallesche Burschenschaft Rhenania-Salinalgia zu Düsseldorf ... 65
- Alternative für Deutschland (AfD) ... 27, 30, 31, 32, 35, 36, 37, 39, 40, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 55, 56, 57, 58, 62, 63, 65, 68, 69, 70, 71, 74, 77
- Alternativ för Sverige (AFS / Alternative für Schweden) ... 24
- Amadeu Antonio Stiftung ... 69
- Amtsgericht Bad Säckingen ... 75
- Amtsgericht München ... 34
- Amtsgericht Zwickau ... 76
- Anti-Defamation League (ADL) ... 52, 53
- Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg ... 70
- Antisemitismusbeauftragte Nordrhein-Westfalen ... 45
- Arcadi-Magazin ... 65
- ATLANTIS Stiftung ... 40
- Atomwaffen Division ... 46
- Atomwaffen Division Deutschland (AWDD) ... 73
- AUF1 ... 47, 56, 72
- Aufbruch Leverkusen ... 58
- Baptistenkirche Zuverlässiges Wort ... 71
- Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) ... 50
- Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus ... 31
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ... 31
- Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus ... 39
- Bevara Sverige Svenskt (BSS / Bewahre Schweden schwedisch) ... 23, 25
- Blaue Division ... 47
- Blaue Narzisse ... 72
- Blickwinkel ... 65
- Blood & Honour ... 21, 48
- B'nai B'rith International ... 53, 69
- Bozkurtlar (Graue Wölfe) ... 78
- Brachial ... 60
- British National Front ... 21
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ... 55
- Bundeskriminalamt (BKA) ... 12, 28, 31, 43, 53, 59, 71
- Bundesnachrichtendienst (BND) ... 8, 55
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ... 52, 58
- Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) ... 9, 11
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 65, 68, 70, 71
- Burschenschaft Arminia Graz ... 48
- Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld ... 9, 13, 14
- Cato ... 28, 29, 34
- Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) ... 43
- Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) ... 76
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) ... 34, 39, 40, 65, 68, 71
- Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) ... 27
- Combat 18 Deutschland ... 73
- COMPACT ... 55, 56, 57, 62, 68
- Dänische Volkspartei ... 47
- Der Eckart ... 42
- Der III. Weg ... 28, 29, 35, 48, 57, 60, 76
- Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. (DES) ... 52
- Det fria Sverige (DFS / Das freie Schweden) ... 24
- Deutsche Akademie ... 62
- Deutsche Aktionsgruppen ... 11, 67
- Deutsche Arbeiterpartei (DAP) ... 56
- Deutsche Heilfürsorge ... 55
- Deutsche Hochschulgilde (DHG) Hermann Löns zu Hannover ... 14
- Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) ... 11
- Deutschgläubige Gemeinschaft ... 11
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ... 73
- Die Heimat Dortmund ... 30
- Dienstgericht des Landes Berlin ... 70
- Die Rechte ... 30, 45, 49
- Die Republikaner (REP) ... 30
- Dim Records ... 21
- Direction de la surveillance du territoire (DST) ... 13
- División Azul ... 47
- División Española de Voluntarios ... 47
- Dokumentationsstelle Antiziganismus (Dosta) ... 54
- Dokumentationsstelle Rechtsextremismus ... 14, 59, 66
- Dokumentationszentrum Gedenkstätte Grafeneck ... 32
- Eesti Konservatiivne Rahvaerakond ... 46
- Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) ... 68
- Endstufe ... 20, 21, 22
- Europäische Befreiungsfront ... 67
- Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (European Commission against Racism and Intolerance, ECRI) ... 67
- Europäische Konservative und Reformer (EKR) ... 47

- Ewiger Bund ... 75
- Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) ... 77
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) ... 45
- Faithful Word Baptist Church ... 71
- Federal Bureau of Investigation (FBI) ... 70
- Förderstiftung konservative Bildung und Forschung (FKBF) ... 29
- Forschungsstelle Rechtsextremismus ... 66
- Forum Ludwig Marum e.V. ... 33
- Forza Italia ... 50
- Fraktion Identität & Demokratie ... 46, 47, 48
- Fratelli d'Italia ... 50
- Freie Demokratische Partei (FDP) ... 68
- Freier Volksstaat Württemberg ... 71
- Freie Sachsen ... 35, 49, 68, 75
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ... 41, 44, 46, 48, 64
- Freikorps ... 22
- Freikorps Havelland ... 67
- Freilich ... 44, 48
- Freundeskreis Ein Herz für Deutschland e.V. ... 55, 60
- G.B.F. Records (German British Friendship) ... 21
- Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau ... 63
- Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ ... 32
- Gemeinwohllasse ... 55
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof ... 71, 73, 75
- Generallandesarchiv Karlsruhe ... 9, 29, 33, 61, 66
- Generalstaatsanwaltschaft Berlin ... 43
- Generalstaatsanwaltschaft München ... 27
- Gruppe Freital ... 67
- Gruppe Neumann ... 67
- Gruppe Otte ... 67
- Hard & Smart ... 20, 21, 22, 60
- Hepp-Kexel-Gruppe ... 6, 11, 67
- Herbert-Baum-Gruppe ... 62
- Hessen's Most Hated ... 20
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) ... 12, 13, 54
- Hirnsturz ... 22
- Hundriver ... 48
- Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ... 62
- IKEA ... 25
- Institute for Strategic Dialogue (ISD) ... 73
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) ... 51
- Institut für Zeitgeschichte (IfZ) ... 54
- Internationale Bewegung der Russophilen ... 69
- Internationales Auschwitz Komitee ... 42
- Israelitische Religionsgemeinschaft Baden (IRG Baden) ... 38, 68
- Junge Alternative (JA) ... 47, 48, 65
- Junge Freiheit (JF) ... 29, 34, 51, 52, 56
- Junge Nationalisten (JN) ... 48
- Kampf der Nibelungen ... 49
- Knockout 51 ... 73
- Kommando Skin ... 21
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ... 74
- Königreich Deutschland (KRD) ... 32
- Konrad-Adenauer-Stiftung ... 74
- Konservative Volkspartei Estlands (EKRE) ... 94
- Konzentrationslager Dachau ... 42, 71
- Konzentrationslager Kislau ... 33, 42
- Konzentrationslager Oranienburg ... 42
- Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ... 36, 69
- Kraft durch Froide ... 21
- Kraftschlag ... 21
- Kultusministerkonferenz ... 63
- Landesarchiv Baden-Württemberg ... 37, 38
- Landeskriminalamt Baden-Württemberg ... 18
- Landgericht Erfurt ... 68
- Landgericht Karlsruhe ... 12
- Landgericht München ... 76
- Lega ... 46, 50
- Légió Hungária ... 48
- Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung ... 15
- Mechanische Weberei Pausa ... 41
- Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) ... 78
- Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ... 6, 7, 11, 13, 15
- Mossad ... 14
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 30, 48, 49, 50, 54, 57, 58, 62, 67, 68
- Nationaldemokratiska Partiet (Nationaldemokratische Partei) ... 23
- Nationale Bruderschaft der Blauen Division ... 47
- Nationale Deutsche Befreiungsbewegung ... 67
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ... 12, 42, 53, 56, 73
- Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ... 11, 17, 19, 55, 67
- National-Zeitung ... 62
- Nationella Samlingsrörelsen (Nationale Sammlungsbewegung) ... 23
- Neue Stärke Partei (NSP) ... 49
- Noie Werte ... 21, 22, 75
- Nordadler ... 67
- Nordiska modstandsörrelsen (NMR / Nordische Widerstandsbewegung) ... 24
- Nordiska Rikspartiet (Nordische Reichspartei) ... 23
- Nordland-Netz ... 54
- Nysvenska Rörelsen (Neuschwedische Bewegung) ... 23

- Oath Keepers ... 33
- Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main ... 14
- Oberlandesgericht (OLG) Schleswig-Holstein ... 58
- Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart ... 75
- Oberlandesgericht (OLG) Thüringen ... 68
- Oldschool Records ... 22
- Old School Society ... 67
- Palästinensische Befreiungsfront ... 6, 13
- Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ... 11, 14
- Partei der Vernunft ... 34
- Pegida ... 56, 68, 72
- Perussuomalaiset ... 46
- Politically Incorrect ... 27
- Priesterbruderschaft St. Pius X. (FSSPX) ... 28
- Publicatio ... 65
- QAnon ... 34
- Queer-Beauftragte*r der Bundesregierung ... 71
- Querdenken-Bewegung ... 57, 76
- Radikahl ... 20, 21, 22
- Rassemblement National (RN) ... 46
- Reichsbürger ... 27, 28, 45, 55, 57, 70, 74, 75
- Revolutionäre Zellen (RZ) ... 11, 13
- Revolution Chemnitz ... 67
- Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) ... 41, 44
- Rock Against Communism ... 21
- ROCKS Rock- & Brewpub ... 20
- Rote Armee Fraktion (RAF) ... 11, 13
- Sächsische Hammerskins ... 67
- Samizdat ... 20
- Schwarzer September ... 14
- Sezession ... 51
- Sicherheitshinweise für Nationalisten (SfN) ... 50
- Skindogs ... 60
- Skinheads Sächsische Schweiz ... 67
- Skrewdriver ... 21, 22
- Soko Parkplatz ... 17, 18
- Sonderkommando 1418 (SKD 1418) ... 73
- Southern Rebels ... 20
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ... 68, 73
- Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ... 63
- Staatsanwaltschaft Braunschweig ... 45
- Staatsanwaltschaft Heidelberg ... 27
- Stiftung Blaue Division ... 47
- Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) ... 51
- Störkraft ... 21, 22
- Svenska Motståndsrörelsen (SMR / Schwedische Widerstandsbewegung) ... 23
- Svenska Nationalsocialistiska Frihetsförbundet (Schwedischer Nationalistischer Freiheitsverband / SNF) ... 23
- Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten) ... 23, 24, 25
- Sverigepartiet (Schwedenpartei) ... 25
- Sveriges Fascistiska Kamporganisation (Schwedische faschistische Kamporganisation) ... 23
- Svoboda a přímá demokracie ... 47
- Team Todenhöfer ... 50
- Thule-Netz ... 54
- Tonstörung ... 21
- Tötungsanstalt Grafeneck ... 32
- transform! european network for alternative thinking and political dialogue ... 47
- Triebtäter ... 21
- Türk Federasyon ... 78
- Ülkücüler (Idealisten) ... 78
- Union der Bulgarischen Nationalen Legionen ... 57
- Universität Tübingen ... 66
- Vaterländischer Hilfsdienst ... 75
- Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e.V. ... 69
- Verfassungsschutz Baden-Württemberg ... 50
- Verfassungsschutz Bund (BfV) ... 14, 28, 39, 55, 56, 65
- Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ... 65
- Verfassungsschutz Sachsen ... 55
- Verfassungsschutz Thüringen ... 62, 66
- Vernichtungslager Treblinka ... 57
- Vérszerzödés ... 48
- Verwaltungsgericht Düsseldorf ... 65
- Verwaltungsgericht Mainz ... 29
- Verwaltungsgericht Schwerin ... 35
- Vlaams Belang ... 46
- Voice of Anger ... 22
- Wehrsportgruppe Ausland ... 12
- Wehrsportgruppe Schlageter ... 11
- Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann ... 12, 14, 15, 27, 67
- Weißerose ... 64
- WerteUnion e.V. ... 39
- Wiking-Jugend (WJ) ... 9, 11, 15
- Zentrale Antisemitismusbeauftragte der bayerischen Justiz ... 27
- Zentralrat der Juden in Deutschland ... 39, 59
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ... 63
- Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) ... 27, 34
- Zentrum e.V. ... 75
- Zuerst! ... 30, 34, 35, 39, 41, 46, 51, 58, 62, 77

Orte	Achern (DE-BW) ... 11	Gießen (DE-HE) ... 11
	Argentinien (AR) ... 43	Gomadingen (DE-BW) ... 32
	Arizona (USA) ... 71	Göppingen (DE-BW) ... 31
	Bachmut (UA) ... 30	Görlitz (DE-SN) ... 69, 71
	Backnang (DE-BW) ... 31	Greifswald (DE-MV) ... 35
	Baden-Baden (DE-BW) ... 50	Griechenland (GR) ... 69
	Baden-Württemberg (DE-BW) ... 20, 21, 28, 30, 31, 32, 33, 35, 37, 38, 40, 44, 46, 49, 50, 51, 55, 60, 61, 63, 66, 68, 69, 70, 71, 73, 74, 75, 78	Großbritannien (GB) ... 21, 47
	Bad Grönenbach (DE-BW) ... 22	Großostheim (DE-BY) ... 35
	Bad Homburg (DE-HE) ... 12	Gurs (FR) ... 37
	Bad Homburg (DE-HS) ... 12	Hamburg (DE-HH) ... 11, 58, 64, 70
	Balingen (DE-BW) ... 28	Heidelberg (DE-BW) ... 31
	Bayern (DE-BY) ... 20, 21, 22, 27, 32, 35, 55, 70, 71, 76	Heilbronn (DE-BW) ... 17, 33, 60, 67
	Bayreuth (DE-BY) ... 64	Hessen (DE-HE) ... 20, 32, 40, 46, 65, 70
	Beirut (LBN) ... 12	Hohenlohe (DE-BW) ... 30
	Belgien (BE) ... 34, 46, 49, 69	Illerkirchberg (DE-BW) ... 60
	Berlin (DE-BE) ... 15, 21, 29, 43, 47, 49, 54, 57, 59, 62, 70, 77	Israel (IL) ... 13, 35
	Bernburg (DE-ST) ... 32	Italien (IT) ... 46, 47, 49, 50, 69
	Bielefeld (DE-NW) ... 14	Karlsruhe (DE-BW) ... 50, 52, 54, 66
	Brackenheim (DE-BW) ... 28	Kärnten (AT) ... 64
	Brandenburg (DE-BB) ... 77	Kasachstan (KAZ) ... 69
	Bratislava (SK) ... 77	Knowsley (GB) ... 47
	Bremen (DE-HB) ... 20	Königstein (DE-HE) ... 46
	Budapest (HU) ... 13, 48	Krasny Bonr (RU) ... 47
	Buffalo (US-NY) ... 52	Kupferzell (DE-BW) ... 49
	Bulgarien (BG) ... 57	Latium (IT) ... 50
	Bundesrepublik Deutschland (DE) ... 27, 28, 29, 30, 31, 32, 34, 36, 38, 39, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 62, 63, 65, 68, 69, 70, 73, 74, 76, 78	Leipzig (DE-SN) ... 49
	Butzbach (DE-HE) ... 11	Leisnig (DE-SN) ... 49
	Chemnitz (DE-SN) ... 13, 39	Lettland (LV) ... 69
	Chicago (USA) ... 64	Libanon (LBN) ... 12
	Colditz (DE-SN) ... 76	Linz (AT) ... 41
	Colorado Springs (US-CO) ... 52, 53, 77	Lombardei (IT) ... 50
	Creglingen (DE-BW) ... 74	London (GB) ... 21
	Dänemark (DK) ... 47	Ludwigsburg (DE-BW) ... 78
	Deutsche Demokratische Republik (DDR) ... 12, 13	Lüneburg (DE-NI) ... 11
	Diksmuide (BE) ... 11	Madrid (ES) ... 47
	Dortmund (DE-NW) ... 30, 78	Magdeburg (DE-ST) ... 49
	Dresden (DE-SN) ... 49, 55, 56	Mailand (IT) ... 50
	Efringen-Kirchen (DE-BW) ... 75	Mainz (DE-RP) ... 12
	Erfurt (DE-TH) ... 11, 68	Malmö (SE) ... 23
	Ermreuth (DE-BY) ... 27	Mar del Plata (AR) ... 43
	Estland (EE) ... 46	Mecklenburg-Vorpommern (DE-MV) ... 35, 70, 77
	Europa (EU) ... 46, 47, 69	Meerbusch (DE-NW) ... 65
	Finnland (FI) ... 47, 69	Meggett (USA) ... 64
	Frankfurt am Main (DE-HE) ... 12, 78	Menden (DE-NW) ... 55
	Frankreich (FRA) ... 13, 46, 47, 49	Metzingen (DE-BW) ... 28
		Mexiko (MX) ... 27
		Moskau (RU) ... 69
		Mössingen (DE-BW) ... 40
		Mühlendorf (AT) ... 64
		München (DE-BY) ... 17

- Münster (DE-NW) ... 77
 Namibia (NA) ... 62
 Neudenu (DE-BW) ... 32
 Neumünster (DE-SH) ... 20, 22
 Niederlande (NL) ... 49
 Niedersachsen (DE-NI) ... 45, 70
 Nordrhein-Westfalen (DE-NW) ... 21, 30, 32, 55, 65, 70
 Norwegen (NO) ... 77
 Oberursel (DE-HE) ... 46
 Offenburg (DE-BW) ... 63
 Öhringen (DE-BW) ... 20
 Oklahoma City (US-OK) ... 53
 Oradour-sur-Glane (FR) ... 49
 Oslo (NO) ... 77
 Österreich (AT) ... 29, 34, 41, 44, 48, 56, 63, 64, 69, 72
 Paris (FR) ... 13
 Pfedelbach (DE-BW) ... 36
 Pforzheim (DE-BW) ... 55, 68, 71
 Pinneberg (DE-SH) ... 58
 Polen (PL) ... 69
 Ramstein (DE-RP) ... 57
 Reutlingen (DE-BW) ... 28, 71
 Rheinland-Pfalz (DE-RP) ... 29, 32, 37, 38, 57, 65
 Rickenbach (DE-BW) ... 38
 Riedlingen (DE-BW) ... 51
 Russland (RU) ... 57, 69
 Saarland (DE-SL) ... 37, 38
 Sachsen (DE-SN) ... 21, 35, 49, 55, 56, 68, 70, 75, 76, 77
 Sachsen-Anhalt (DE-ST) ... 55, 77
 Schleswig-Holstein (DE-SH) ... 21
 Schweden (SE) ... 23, 25, 49
 Schweiz (CH) ... 70, 77
 Serbien (RS) ... 49
 Slowakei (SK) ... 77
 Sofia (BG) ... 57
 Spanien (ES) ... 47, 49, 69
 Spittal an der Drau (AT) ... 64
 Staupitz (DE-SN) ... 21
 Stetten (DE-BW) ... 51
 Strelln (DE-SN) ... 35
 Stuttgart (DE-BW) ... 28, 51, 69
 Syrien (SYR) ... 13
 Tablas (PH) ... 34
 Tansania (TZ) ... 27
 Tempe (US-AZ) ... 71
 Thüringen (DE-TH) ... 20, 27, 38, 39, 44, 55, 56, 68, 77
 Tschechien (CZ) ... 20, 47, 49
 Tübingen (DE-BW) ... 71
 Tunesien (TUN) ... 13
 Tunis (TUN) ... 8, 14
 Türkei (TR) ... 27, 78
 Ukraine (UA) ... 24, 30, 47, 48, 56, 57, 63, 64
 Ungarn (HU) ... 48, 49, 67, 69
 United States of America (USA) ... 12, 33, 35, 46, 47, 52, 56, 57, 64, 70, 73, 77
 Upahl (DE-MV) ... 35
 Villingen-Schwenningen (DE-BW) ... 28
 Weimar (DE-TH) ... 32
 Wien (AT) ... 29, 72
 Wilfingen (DE-BW) ... 51
 Wintersweiler (DE-BW) ... 75
 Wittenberg (DE-ST) ... 32, 55
 Zapfendorf (DE-BY) ... 35
 Zug (CH) ... 40

Personen

Adam, Konrad ... 46
 Alabali-Radovan, Reem ... 31
 Aldrich, Anderson Lee ... 53
 A., Martin ... 17, 67
 Anderson, Steven ... 71
 Angerer, Erwin ... 64
 Armstroff, Klaus ... 76
 Auricht, Jeanette ... 49
 Ausonius, John ... 24
 Bachmann, Lutz ... 56, 68
 Baerbock, Annalena ... 56
 Bardella, Jordan ... 47
 Baron, Anton ... 30, 31
 Bärthel, Christian ... 38
 Bas, Bärbel ... 32, 36, 37
 Bastian, Claus ... 71
 Baum, Christina ... 31, 58
 Beck, Gunnar ... 47
 Begi, Reza ... 49
 Behrendt, Uwe ... 15, 67
 Beisicht, Markus ... 58
 Bergmann, Kay Uwe ... 12
 Berlusconi, Silvio ... 50
 Berndt, Hans-Christoph ... 56, 77
 Beuth, Peter ... 65
 Birnbaum, Heinz ... 62
 Blasche, Helge ... 11
 Böhme, Herbert ... 11
 Böhnhardt, Uwe ... 11
 Böttcher, Eberhard ... 6, 7, 11, 13, 15
 Brandenburg, Paul ... 57
 Brandner, Stephan ... 37
 Bräuninger, Werner ... 62
 Bräuninger, Wilhelm ... 51
 Brinker, Kristin ... 50, 77
 Brück, Michael ... 49
 Bseiso, Atef ... 14
 Buchrucker, Bruno Ernst ... 61
 Cetin, Cemal ... 78
 Chalaf, Salah ... 14
 Chau, Nguyen Ngoc ... 11
 Clendaniel, Sarah ... 46
 C., Malte ... 77
 Corvaglia, Silvio ... 55
 Cotar, Joana ... 40
 Croset, Naomi ... 48
 Csirke, Gergely »Geri« ... 48
 Däuble, Alfred ... 51
 Decker, Theodor ... 51
 Deckert, Günter ... 58
 Deptolla, Alexander ... 30, 49
 Despang, René ... 49
 Dippel, Hakola ... 40
 Döhler, Rico ... 76
 Donaldson, Ian Stuart ... 21
 Donninger, Alexander ... 49
 Dupper, Steffen ... 12
 Eggers, Kurt ... 9, 12
 Eggers, Sven ... 62
 Einsiedler, Benjamin ... 22
 Eisenreich, Georg ... 27
 Elsässer, Jürgen ... 41, 55, 57, 68
 Emmerich, Marcel ... 65
 Engdahl, Per ... 23
 Erdoğan, Recep Tayyip ... 78
 Farle, Robert ... 58
 Fassbinder, Stefan ... 35
 Fest, Nicolaus ... 46
 Fischer-Marum, Andrée ... 33
 Fitzek, Peter ... 32, 55
 Fontanam, Attilio ... 50
 F., Peter ... 17, 18
 Fraas, Hans-Peter ... 11, 12
 Franke, Andreas ... 55
 Frank, Ludwig ... 33
 Frank, Peter ... 73
 Froelich, Thomasz ... 48
 Frohnmaier, Markus ... 31, 63
 Fuchs, Marcus ... 57
 Gauland, Alexander ... 37
 Gbeyo, Gerald ... 24
 Gendron, Payton S. ... 52
 Gentges, Marion ... 60
 Ghadban, Mohammed ... 13
 Giesen, Lutz ... 49
 Gnauck, Hannes ... 47
 Goebbels, Joseph ... 59
 Gögel, Bernd ... 31, 63
 Goll, Julia ... 44
 Goßner, Hans-Jürgen ... 31
 Grimm, Christoph ... 35
 Günther, Lars ... 57
 Hackett, Joseph ... 33
 Haldenwang, Thomas ... 39
 Hamberger, Peter ... 12
 Hammer, Steffen ... 21
 Handlos, Franz ... 30
 Hansen, Hendrik ... 66
 Hébras, Robert ... 49
 Heise, Thorsten ... 20, 49

- Helferich, Matthias ... 31
 Helme, Mart ... 64
 Henkel-Waidhofer, Brigitte Johanna ... 29
 Hepp, Odfried ... 6, 7, 10, 11, 12
 Herdt, Waldemar ... 69
 Heß, Rudolf ... 13, 67
 Heubner, Christoph ... 42
 Heuss, Theodor ... 74
 Hilburger, Oliver ... 75
 Hildmann, Attila ... 27
 Himmler, Heinrich ... 69
 Hindenburg, Paul von ... 42, 61
 Hindi, Amin el ... 14
 Hirsch, Hella ... 62
 Hitler, Adolf ... 42, 51, 53, 56
 Höcke, Björn ... 27, 44, 56, 68, 77
 Hoffmann, Heinz ... 15
 Hoffmann, Karl-Heinz ... 6, 14, 27
 Hoffmann, Ute ... 32
 Holm, Leif-Erik ... 35
 Hron, John ... 24
 Huber, Kurt ... 64
 Hünich, Lars ... 57
 Hyrynko, Patrick ... 56
 Ijad, Abu ... 14
 Incze, Béla ... 48
 Issmer, Hartmut ... 32
 Janich, Oliver ... 34
 Javid-Kiste, Carola ... 27
 J., Manfred ... 75
 Joachim, Marianne ... 62
 Jünger, Ernst ... 51
 Jungklaaf, Odfried ... 11
 Juritz, Stefan ... 44
 Kallas, Kaja ... 64
 Kamprad, Ingvar ... 25
 Kaufmann, Malte ... 31
 Kaupert, Simon ... 47
 Kernstock, Otto ... 54
 Kexel, Walther ... 8, 11, 12
 K., Gitta ... 68
 Kickl, Herbert ... 41, 64
 Kiese, Martin ... 45
 Kiesewetter, Michèle ... 17, 18, 55, 67
 Kirchner, Oliver ... 77
 Klapper, Peter ... 54
 Kleine-Hartlage, Manfred ... 62
 Klein, Felix ... 39
 Klein, Fritz ... 74
 Kneifel, Josef ... 13
 Köfer, Gerhard ... 64
 Köhler, Gundolf ... 67
 Kohlmann, Martin ... 68, 75
 Köster, Stefan ... 49
 Kramer, Nikolaus ... 35, 77
 Kramer, Stephan ... 66
 Krause, Rolf ... 54
 Kretschmann, Winfried ... 66, 69
 Krolzig, Sascha ... 30, 49
 Kubitschek, Götz ... 41
 Kühnen, Michael ... 53
 Kuhs, Joachim ... 46
 Kujau, Konrad ... 53
 Kyburg, Luis ... 43
 Lafrenz, Traute ... 64
 Landbauer, Udo ... 41
 Lan, Do Anh ... 11
 Lee-Seuis, Ricky ... 11
 Lehmann, Sven ... 71
 Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine ... 45
 Levin, Shlomo ... 15, 67
 Lindemann, Gunnar ... 49, 57
 Lindenschmid, Daniel ... 31
 L., Markus ... 71
 Loewy, Hildegard ... 62
 Longerich, Peter ... 61
 Löwenstein, Artur ... 41
 Löwenstein, Felix ... 41
 Lucha, Manfred ... 70
 Lucke, Bernd ... 46
 Ludendorff, Erich ... 61
 Lukov, Hristo ... 57
 Maaßen, Hans-Georg ... 39, 40, 56
 Maier, Gerald ... 38
 Maier, Reinhold ... 74
 Malsack-Winkemann, Birgit ... 70
 Mandic, Dubravko ... 75
 Mangs, Peter ... 24
 Marum, Johanna ... 33
 Marum, Ludwig ... 33
 McVeigh, Timothy ... 46, 53
 Medinger, Hermann ... 51
 Mekkaoui, Farid ... 13
 Meloni, Giorgia ... 50
 Menzel, Felix ... 41
 Merkel, Angela ... 39, 52
 Meyer, Hanni ... 62
 Mielke, Erich ... 15
 Minuta, Roberto ... 33
 Mitsch, Alexander ... 39

- Moerschel, David ... 33
 Mohler, Armin ... 51
 Montero, Matías ... 48
 Müller, Sebastian ... 32, 33
 Müller, Ursula ... 54
 Müller, Ursula und Curt ... 12
 Mundlos, Uwe ... 11
 Musk, Elon ... 73
 Nagel, Georg Immanuel ... 72
 Naggert, Kai „Prototyp“ ... 49
 Nerling, Nikolai ... 49, 57
 Neumann, Helmuth ... 62
 Neumann, Marvin ... 47
 Niekisch, Ernst ... 12
 Niemeyer, Ralph T. ... 58
 N., Michael ... 14
 Olschowski, Petra ... 66
 Orbán, Viktor ... 29
 Otte, Max ... 39
 Papst-Dippel, Claudia ... 40
 Pfahl-Traughber, Armin ... 66, 67
 Pfeifer, Karl ... 29
 Podeswa, Rainer ... 31
 Poeschke, Frida ... 15
 Poggenburg, André ... 58
 Pohl, Monika ... 33
 Priem, Arnulf ... 15
 Probst, Christoph ... 64
 Putin, Vladimir ... 56
 Quent, Matthias ... 28
 Rabe, Thomas ... 54
 Rahn, Rainer ... 40
 Ramelow, Bodo ... 63
 Rathenau, Walther ... 12
 Renner, Martin ... 46
 Reuß, Heinrich XIII. Prinz ... 27, 70
 Rhodes, Stewart ... 33
 Rocca, Francesco ... 50
 Roeder, Manfred ... 6, 11, 67
 Roewer, Helmut ... 62
 Rosenfeld, Arnold ... 74
 Rose, Romani ... 63
 Rotholz, Heinz ... 62
 Rotholz, Siegbert ... 62
 Russell, Brandon ... 46
 Salinger, Lothar ... 62
 Salvini, Matteo ... 50
 Sänze, Emil ... 30, 63
 Sarrazin, Thilo ... 40, 72
 Schalley, Zacharias ... 65
 Schatz, Sabine ... 63
 Schiffmann, Bodo ... 27
 Schlageter, Albert Leo ... 11, 61
 Schlierer, Rolf ... 30
 Schmidberger, Franz ... 28
 Schmidt, Edda ... 49
 Schmidtke, Sebastian ... 47, 62
 Schmorell, Alexander ... 64
 Schneiders, Nicole ... 76
 Scholl, Hans ... 64
 Scholl, Sophie ... 64
 Scholz, Rupert ... 34
 Schönhuber, Franz ... 30
 Schopper, Theresa ... 37
 Schreiber, Peter ... 49
 Schubert, Frank ... 12
 Schuster, Josef ... 59
 Schwammberger, Josef ... 53
 Schwarzbach, Lennart ... 58
 Schwarzer, Alice ... 57
 Schwilk, Heimo ... 51
 Seeckt, Hans von ... 61
 Seewald, Wjatscheslaw ... 57
 Sellner, Martin ... 62
 S., Hendrik ... 55
 Sickl, Heinrich ... 48
 Siegmund, Ulrich ... 77
 Skoda, Sven ... 49
 Söderberg, Björn ... 24
 Sporleder, Dieter ... 11
 Stahl, Karl ... 74
 Statzberger, Karl-Heinz ... 76
 Steier, Axel ... 39
 Steinbach, Erika ... 52
 Steinmeier, Frank-Walter ... 63
 Stein, Udo ... 31
 Stern, Hermann ... 74
 Stinnes, Hugo ... 61
 Stöckicht, Peter ... 54
 Storch, Sara ... 49
 Stotz, Jakob ... 41
 Strache, Heinz-Christian ... 41
 Strasser, Gebrüder ... 12
 Strauß, Daniel ... 69, 70
 Strobl, Thomas ... 71
 Suliman, Rami ... 38, 68
 Teufel, Erwin ... 51
 Tillmann, Ulrich ... 11
 Tillschneider, Hans-Thomas ... 57
 Tritschler, Sven W. ... 65

Trump, Donald ... 33, 64
Urban, Anselm ... 71
Urban, Jörg ... 56, 57, 77
Vad, Erich ... 57
Vallejo, Edward ... 33
Voigt, Ekkehard ... 30
Wagenknecht, Sahra ... 57
Weidel, Alice ... 37
Weinmann, Nico ... 44
Weinzierl, Eduard ... 51
Weißmann, Karlheinz ... 29, 51
Wels, Otto ... 73
West, Kanye ... 73
Wiesenthal, Simon ... 53
Winterberg, Yury ... 6
Wirsching, Andreas ... 64
Wissenbach, Walter ... 40
Zanni, Marco ... 47
Zaulich, Lothar ... 53
Zimmermann, Wolfgang ... 33
Z., Runhild ... 14

Erscheinungsdatum:

Mai 2023

Impressum:

Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.rechts-geschehen.de

Text / Redaktion:

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung:

Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Ältere Ausgaben finden sie als PDF-Datei unter www.rechts-geschehen.de.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de

